

**Sonderthema:**  
**Deutschland und Polen**  
 Gedenken an den 1. September 1939

**DEUTSCHE IN POLEN**  
 Breslau erinnert an das historische Erbe der einstigen deutschen Einwohner **SEITE 5**

**POLEN IN DEUTSCHLAND**  
 Die größte Einwanderergruppe kommt seit Jahren aus dem Nachbarland **SEITE 12**

# Das Parlament

**KOPF DER WOCHE**

## Mann des Ausgleichs

**Bronislaw Komorowski** Er gilt als Mann der versöhnlichen Töne: Bereits als Sejm-Marschall suchte der heutige polnische Präsident den Ausgleich über die Lager hinweg. Auch gegenüber den Nachbarn fand der frühere Solidarnosc-Aktivist den richtigen Ton: Das war bei dem für Polen traumatischen Flugzeugabsturz im russischen Smolensk so, bei dem Komorowskis Vorgänger Lech Kaczynski ums Leben kam. Und das war so in den Debatten um die Vertreibungen der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Am 10. September wird der 62-Jährige, der wie Polens Premier Donald Tusk der liberal-konservativen „Bürgerplattform“ angehört, Gastredner im Bundestag sein und an ein dunkles Kapitel der Geschichte beider Länder erinnern: den deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939. *aha*

**ZAHLE DER WOCHE**

**189.000**

**Zuzüge** aus Polen registrierte das Statistische Bundesamt im vergangenen Jahr. Damit stammten die meisten ausländischen Zuwanderer – und das bereits seit 1996 – aus unserem östlichen Nachbarstaat. Im vergangenen Jahr lebten überdies 609.855 Menschen mit ausschließlich polnischer Staatsangehörigkeit dauerhaft in Deutschland. *Quelle: DeStat*

**ZITAT DER WOCHE**

**»Wir freuen uns heute mit unseren polnischen Nachbarn.«**

**Norbert Lammert (CDU)**, Bundestagspräsident, erinnert am 4. Juni im Bundestag an den Wahlsieg der „Solidarnosc“ und den friedlichen Machtwechsel vor 25 Jahren.

**IN DIESER WOCHE**

- THEMA**  
**Vertreibung** Millionen Deutsche im Osten mussten ihre Heimat verlassen **Seite 4**
- Umbruch** Polen war der Vorreiter für das Ende des Kommunismus im Ostblock **Seite 7**
- Grenze** Leben in der Doppelstadt Frankfurt (Oder) und Słubice **Seite 9**
- Geschichte** 1.000 Jahre deutsch-polnische Beziehungen **Seite 13**
- KEHRSEITE**  
**Bundestag** Das Mauerstück der Danziger Werft am Reichstagsgebäude **Seite 14**

**MIT DER BEILAGE**



Das Parlament  
 Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
 60268 Frankfurt am Main



# In Zeiten der Teufelspakte

**JAHRESTAG** Mit dem deutschen Überfall auf Polen begann vor 75 Jahren der Zweite Weltkrieg

**D**er 1. September 1939, der Tag des deutschen Überfalls auf Polen, ist in Deutschland ein bedingter Gedenktag. In der Bonner Republik war dieser Beginn des Zweiten Weltkrieges lange Zeit nur kurze Zeitungsnotizen wert. Noch 1989 – anlässlich des 50. Jahrestages – verhinderte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) einen Besuch von Bundespräsident Richard von Weizsäcker auf der Danziger Westerplatte, weil er das Zeichen eines Neuanfangs in den deutsch-polnischen Beziehungen für sich selbst reservieren wollte – und das sollte nicht der Geschichte, sondern der Zukunft zugewandt sein. Kohl hat dieses Zeichen zwei Tage nach der Öffnung der Berliner Mauer mit dem Friedensgruß von Kreisau setzen können. Seine Umarmung mit Polens erstem nichtkommunistischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki sollte neben die Ikone von Willy Brandts Kniefall in Warschau gestellt werden als ein Sinnbild für die Versöhnung und die – in der europäischen Zeitgeschichte beispiellose – deutsch-polnische Interessengemeinschaft. Zum ersten Mal bildeten Deutschlands Einheit und Polens Freiheit keinen existentiellen Gegensatz. Bereits im August 1989 erklärten Sejm-Abgeordnete der Solidarnosc das Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung, während sich das 1990 vereinte Deutschland als „Anwalt“ der polnischen Bemühungen um die Einbindung in die westlichen Strukturen sah.

**Blindstelle** Der „Feldzug in Polen“ 1939 blieb allerdings im Geschichtsbewusstsein vieler Deutscher wohl eher ein Kavalierepizentrum als ein nagender Gewissensbiss. Bereits die Nazi-Propaganda verweigerte dem Überfall auf Polen die Qualität eines Krieges unter gleichberechtigten Gegnern. Vor 1989 wurde er durch die Wunde der Oder-Neiße-Grenze und der Nachkriegsverreibungen der Deutschen überlagert, in der DDR dagegen durch das Prisma der stalinistischen Geschichtsdeutung gebrochen, nach der der Zweite Weltkrieg eigentlich erst mit dem Überfall auf die Sowjetunion begann. Noch die heiß diskutierte „Wehrmachtsausstellung“ von 1995 begann mit dem „Unternehmen Barbarossa“ im Jahre 1941. Die Schau ignorierte den deutschen Überfall auf Polen als einen Sündenfall, obwohl ein Jahr zuvor Bundespräsident Roman Herzog in seiner Warschauer Rede eindeutig gewesen war: „Es erfüllt uns Deutsche mit Scham, dass der Name unseres Landes und Volkes auf ewig mit dem Schmerz und dem Leid verknüpft sein wird, die Polen millionenfach zugefügt wurden“, sagte Herzog damals. „Ich bitte um Vergebung für das, was ihnen von Deutschen angetan worden ist.“ In Polen war diese Erwidigung auf den bahnbrechenden Satz der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder von 1965 – „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ – auch als Ergänzung zum stummen Kniefall Willy Brandts lange erwartet worden.

Trotz eindrucksvoller Reden – wie von Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 oder Bundeskanzlerin Angela Merkel am 1. September 2009 auf der Westerplatte – wird der „polnische Aspekt“ des Zweiten Weltkrieges in Deutschland häufig ausgeblendet. Und trotz der vorhandenen einschlägigen Literatur über die Besatzungspolitik gibt es keinen deutschen Spielfilm, der etwa den Alltag der „Herrenmenschen“ bei der „Germanisierung“ des besetzten Polen thematisiert. Und wenn schon ein Fernsehredireiter wie „Unsere Mütter, unsere Väter“ polnische Episoden aufnimmt, dann strotzen sie von Klischees und Desinteresse für die reale Verortung der Handlung. Einen der Gründe für diese Verdrängung konnte man in diesem „Jahr der Jahrestage“ 2014 aus einer Bemerkung des Historikers Ernst Nolte heraushören, der gegenüber dem „Spiegel“ erklärte, dass man „den Anteil der Polen und der Engländer“ am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges „stärker gewichten muss“. Der Überfallene also sei an seinem Schicksal selbst schuld, weil er die legitimen deutschen Interessen einer Revision des un-



„Der Teufel führt den Tanz“ (1942) – mit den Mitteln der Karikatur wehrte sich der in Polen geborene Künstler Arthur Skyz gegen die deutsche Aggression (Ausschnitt).

gerechten Versailler Vertrages nicht beachtet und stur auf die britischen Garantien gesetzt habe? Dieses „Geschichtsfeld“ scheint heute mit der veränderten Wahrnehmung des Jahres 1914 in der deutschen Öffentlichkeit zusammenzuhängen. Wenn alle Hauptschuldigen damals Schlafwandler oder Zocker waren, dann kann man die Deutschen auch für den Aufstieg Hitlers nur bedingt verantwortlich machen. „Das gilt dann ebenso für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, weswegen es ungerecht sei, ihnen zur Strafe für immer die Ostgebiete wegzunehmen“, skizzierte der Politikwissenschaftler Herfried Münkler in der „Süddeutschen Zeitung“ diese Selbstabsolution. Er selbst hält nichts von der These, dass die Verinnerlichung der deutschen Kriegsschuld gehütet werden müsse als eine Errungenschaft, weil sie auch Brandts Ostpolitik ermöglichen sollte. Schuld, führte Münkler aus, sei eine moralische beziehungsweise religiöse Kategorie und keine politiktheoretische; die Bundesrepublik habe die deutsche Ostgrenze anerkannt, der politische Einfluss der Vertriebenenverbände sei dahingeschmolzen. „Führen wir also eine wissenschaftliche und keine geschichtspolitische Debatte!“ Eine wertfreie Geschichtswissenschaft gibt es aber nicht. Sie hat immer irgendeine „geschichtspolitische“ Note ihrer Zeit. Und eben das monierten der Historiker Heinrich-August Winkler und sein jüngst verstorbener Kollege Hans-Ulrich Wehler im Streit mit Christopher Clark und Herfried Münkler um

die Frage der Verantwortung für den Kriegsausbruch im Sommer 1914. Für einen Historikerstreit darüber, welche Politiker im Sommer 1939 schlafwandeln oder sich verzoekten, ist die Aktenlage indes zu eindeutig. Es war Hitlers Krieg – und Stalins. Beide wollten ihn, wie das geheime Zusatzprotokoll des „Teufelspaktes“ belegt, den die Außenminister Joachim von Ribbentrop und Wjatscheslaw Molotow am 23. August 1939 unterzeichneten. Dennoch gibt es paradoxerweise sowohl in Deutschland als auch in Polen manche merkwürdige publizistische Verrenkungen, diesen Teil der Geschichte auch heute noch zu vernebeln. In Polen wirkt der Schock des 1. September 1939 bis heute nach. In der nationalkonservativen Ecke wird immer wieder an alternativen Szenarien gebastelt, wie Warschau die Katastrophe hätte vermeiden können. Hätte Polen Hitlers „großzügiges Angebot“ annehmen sollen, auf polnische Ansprüche in Danzig und wahrscheinlich auch auf den „Korridor“ verzichtet und dann an der Seite Deutschlands sein Glück im Krieg gegen Stalins Sowjetunion suchen sollen? Derartige „political fiction“, Romane und polemische Essays wie Piotr Zychowicz' Bestseller aus dem Jahr 2012 „Der Ribbentrop-Beck-Pakt“, mit dem Polen angeblich dem Hitler-Stalin-Pakt hätte vorbeugen können, füllen inzwischen ein kleines Bücherbord. Wirklichkeitsflucht als Befreiung von einer Geschichtsneurose? Wenn ja, dann ist es keineswegs nur eine polnische Spezialität.

Eine ähnliche Selbsttherapie verpasst sich auf der deutschen Seite Stefan Scheil mit seiner der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zufolge „in der Tendenz revisionistischen“ Biographie Ribbentrops aus dem Jahr 2013. Hitlers Außenminister ist darin zwar kein Schlafwandler, aber doch ein Zocker, der sein Spiel mit der gewiesenen Kriegspartei in England verlor. Diese wollte demnach das erstarkende Deutschland einhegen, und mit den unheilvollen Garantien für Polen stellte London Warschau einen Blankocheck aus. Noch am 2. September 1939 sei Hitler bereit gewesen, sich aus Polen zurückzuziehen, wenn ein neues München zustande gekommen wäre. Fassungslos sei er gewesen, als ihm dann am 3. September Großbritannien den Krieg erklärte. Kurzum: Ein Zeugnis diesmal deutscher Geschichtsneurose. In diesem Jahr der Jahrestage steht der Sommer 1939 im Schatten anderer Sommer – der Julikrise 1914, der Demontage des Ostblocks 1989 und der EU-Erweiterung 2004. All diese Jahrestage sind von einer gegenwärtigen Krise in der Ukraine überlagert. Auf dem Kiewer Euromaidan ließen sich zeitlich verschoben Züge der ostmitteleuropäischen Revolution 1989 erkennen, ein Votum für den Westkurs des Landes, für die funktionierende EU und gegen eine nebulöse, von Moskau dirigierte Euroasiatische Union. In der russischen Annexion der Krim und in dem in der Ostukraine von Moskau geschürten Krieg kann man eine Wiederauflage der alten imperialen „Arrondierung“ Russlands sehen, die die Zaren im 18. und 19. Jahrhundert ebenso wie Stalin 1939 und 1945 verfolgten. Bei allen historischen Analogien, die in diesem Jahr bemüht werden: Geschichte ist kein Kochrezept, die Antworten auf aktuelle Krisen sind nicht in der Vergangenheit, sondern in der Gegenwart und Zukunft zu suchen. Auch Russland sollte endlich begreifen, dass die Zeiten der Teufelspakte, der „Feldzüge“ in sperrigen Nachbarländern sowie papierenen Kriegserklärungen vorbei sind. *Adam Krzeminski*



Reichsaußenminister Ribbentrop unterzeichnet 1939 in Moskau den „Hitler-Stalin-Pakt“.

**EDITORIAL**

## Gelebte Nachbarschaft

VON JÖRG BIALLAS

Die Freundschaft zwischen Polen und Deutschland ist noch jung. Erst nach dem Zusammenbruch der DDR, der Wiedervereinigung und den nachfolgenden politischen Umwälzungen in Osteuropa konnte damit begonnen werden, eine mit Leben erfüllte, gute Nachbarschaft aufzubauen. Damit endete ein langer, von Kriegen und zahllosen Spannungen geprägter historischer Abschnitt. Das furchtbarste Kapitel in der Beziehung beider Staaten hatte die deutsche Wehrmacht mit dem Überfall auf Polen vor 75 Jahren eingeleitet. Der nationalsozialistische Wahnsinn hat schier unermessliches, kaum vorstellbares Leid über Nachbarstaaten, weite Teile der Welt und auch das eigene Volk gebracht. Diese Katastrophe hat in Polen tiefe Wunden gerissen, die bis heute schmerzen. Umso bemerkenswerter ist es, dass beginnend mit dem Kniefall von Bundeskanzler Willy Brandt vor dem Denkmal für die Helden des Warschauer Ghettos 1970 tatsächlich ein Prozess der Aussöhnung in Gang gekommen ist. Danach sollte es noch gut 20 Jahre dauern, bis beide Staaten einen Nachbarschaftsvertrag unterzeichneten. Jetzt war formal besiegelt, was seitdem beendbar umgesetzt werden konnte: ein reger Kontakt zwischen Deutschen und Polen. Längst haben die Menschen beiderseits der Grenze das jeweils andere Land entdeckt. Zahlreiche Programme des Jugendaustausches führen junge Leute zusammen. Viele Kommunen haben Partnerschaften geschlossen. Menschen mit polnischen Wurzeln sind nach den Türken die zweitgrößte Migrationsgruppe in Deutschland. Für Polens Wirtschaft ist das Nachbarland der wichtigste Handelspartner. Umgekehrt sind deutsche Unternehmer die größten Investoren in Polen. Kurzum: Was viele Jahrzehnte als völlig undenkbar galt, ist heute alltäglich gelebte Realität. Und doch ist das Verhältnis beider Staaten noch immer nicht gänzlich unbeschwert. Nur wenn das Geschehene nicht verdrängt oder gar vergessen wird, bleiben die Hindernisse, die das Grauen der Geschichte aufgebaut hat, auch dauerhaft eingerissen. Erst dann erwächst aus Vergangenheit die Verpflichtung für den Aufbau einer gemeinsamen Zukunft. So war es im Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich. Und so wird es eines Tages auch zwischen Deutschland und Polen sein.

Der Autor ist Redakteur des polnischen Nachrichtenmagazins „Polityka“. Für seine Verdienste um die deutsch-polnische Verständigung wurde er mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

GASTKOMMENTARE

POLEN UND DEUTSCHLAND ALS MOTOR EUROPAS?

Verlässliche Partner

PRO



Christoph von Marschall  
»Der Tagesspiegel«, Berlin

Über Jahrzehnte galt es als selbstverständlich, dass Europa nur vorankommt, wenn Deutschland und Frankreich gemeinsam daran arbeiten. Nach dem Ende der Ost-West-Spaltung ist es nur folgerichtig, diesen strategischen Ansatz auf Deutschlands wichtigsten Nachbarn im Osten zu übertragen. Annähernd die Hälfte der 28 EU-Mitglieder liegen in Mittelost- und Südosteuropa. Polen ist der mit Abstand größte Staat und die bedeutendste Wirtschaftsmacht unter ihnen. Ihm kommt eine natürliche Führungsrolle zu – nicht in dem Sinne, dass es die kleineren Staaten dominiert, sondern dass es ihre Wünsche und Sichtweisen aufnimmt und in Konsultationen mit EU-Schwergezeiten im Westen mit vertritt. In Ministerpräsident Donald Tusk und Staatspräsident Bronislaw Komorowski hat Deutschland verlässliche Partner. Das war nicht immer so. Nach dem EU-Beitritt hatte Polen einige Jahre gebraucht, um in diese Rolle hineinzuwachsen. Als die national-konservative Koalition unter den Kaczynski-Zwillingen regierte, hatten selbst Polen-Freunde mitunter den Eindruck, Polen wolle Europa nicht mitgestalten, sondern nur in Brüssel dabei sein, um unerwünschte Entwicklungen zu verhindern. Polen bringt Kompetenzen und Erfahrungen mit, die westlichen Ländern fehlen, aber unverzichtbar sind, um Europa zu gestalten: zum Beispiel seine Kenntnisse der Ukraine, Weißrusslands und Russlands. Und die historischen Lehren aus seiner schicksalhaften Lage zwischen zwei Schwergewichten wie Russland und Deutschland, die in guten Zeiten Prosperität eröffnete, in schlechten zur existenziellen Bedrohung führte. Der deutsch-polnische Motor gehört heute ebenso unverzichtbar zu Europa wie der deutsch-französische.

Rücken an Rücken

CONTRA



Gerhard Gnauk  
»Die Welt«  
»Welt am Sonntag«

Unser Verhältnis zu Polen soll so sein wie jenes zu Frankreich – oft hat man das in Sonntagsreden gehört. Gut gemeint – aber realistisch? Zweifel sind erlaubt. Die Gräben der Geschichte sind nach Osten hin tiefer: Die Hauptstadt Warschau hat nach 1939 durch Krieg, Terror und Holocaust etwa so viele Einwohner verloren wie das Land Frankreich. Damit umzugehen wäre leichter, wenn Deutschland mit Polen eine lange Tradition gegenseitiger Wertschätzung verbunden hätte. Oder wenn beide Partner wirtschaftlich und politisch heute annähernd gleichgewichtig wären. Beides ist nicht der Fall. Nun hat man, als die große Finanz- und Schuldenkrise begann, viel von „hanseatischen Tugenden“ geredet, davon, dass die solide wirtschaftenden Polen und andere Nordeuropäer den Deutschen näher stünden als etwa die Griechen. Aber dann nahm die Krise ihren Lauf, und man hörte nichts mehr davon. Statt dessen wurde nach Polens EU-Beitritt deutlich, wie sehr beide Länder Rücken an Rücken leben: Berlin baute trotz polnischer Warnungen die Ostsee-Pipeline – Warschau setzt auf Flüssiggas, Schiefergas und Kohle; Berlin schaffte, ohne seine Nachbarn zu konsultieren, seine Kernkraftwerke ab – in Warschau sind die ersten zwei gerade in Planung. Und der Beitritt zur Euro-Zone? Polen wartet ab, wie es mit dem Euro weitergeht. Es gibt Politikfelder ohne Konflikte. Aber daneben bleibt es eine Tatsache, dass die Gesellschaften und die Intellektuellen in beiden Ländern sehr unterschiedlich „ticken“. Neuestes Beispiel: die Russland-Ukraine-Krise. Sie hat in Deutschland eine neue Debatte ausgelöst, ob die Deutschen wirklich zu „Westen“ gehören und gehören wollen. Ich kenne viele Polen, denen bei solchen deutschen Tönen angst und bange wird.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 13.  
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Vor 25 Jahren fiel der Eiserne Vorhang, und die Polen hatten mit den ersten halbfreien Wahlen im Ostblock einen großen Anteil daran. Vor zehn Jahren wurde Polen Mitglied der Europäischen Union. Zugleich erinnert das Jahr 2014 an den deutschen Überfall auf Polen, der vor 75 Jahren den Beginn des Zweiten Weltkrieges markierte. Wie sehr liegen die Schatten dieser Vergangenheit heute noch auf den Beziehungen zwischen Polen und Deutschen?

Nicht so sehr wie das bis zur Wende von 1989 der Fall war. Im damaligen Polen hatte die kommunistische Propaganda vor allem das westliche Deutschland als Feind dargestellt. Das zeigt zum Beispiel die scharfe Reaktion der Warschauer Regierung im Jahre 1965 auf den Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder mit dem berühmt gewordenen Satz: „Wir vergeben und bitten um Vergebung.“ Meiner Generation wurde eingepflichtet, dass wir die Sowjetunion „lieben“ müssten, weil im Westen der Feind steht. Unser Blick auf Deutschland hat sich nach 1989 stark geändert und Bildung und gegenseitiger Austausch haben daran einen großen Anteil. Inzwischen gibt es eine Reihe von jungen polnischen Historikern, die offen und unbefangen über die Vergangenheit diskutieren. Für mich persönlich spielt die Vergangenheit keine so große Rolle wie für die Generation meiner Eltern oder Großeltern. Ich bin wie so viele meiner Generation eher auf Europa und die Zukunft orientiert.

Alles bestens also zwischen Deutschen und Polen?

Versöhnung ist ein dauerhafter Prozess. Wir können nicht sagen, dass wir alle Probleme bewältigt haben. Ich kann auch nicht für die Generation meiner Eltern oder Großeltern sprechen. Aber: Die gemeinsame Ausstellungseröffnung der Präsidenten Bronislaw Komorowski und Joachim Gauck anlässlich des Warschauer Aufstandes vor 70 Jahren in der Gedenkstätte „Topografie des Terrors“ in Berlin Ende Juli ist doch ein Beispiel gemeinsamer Erinnerung und zeigt, dass der Versöhnungsprozess in eine positive Richtung geht.

Sind Deutschland und Polen heute gute Nachbarn – oder auch echte Partner?

Sowohl als auch. Polen ist seit dem EU-Beitritt vor zehn Jahren ein stabiler, berechenbarer und zuverlässiger Partner. Wir hatten 2011 die Europäische Ratspräsidentschaft inne und sind dieser Verantwortung gerecht geworden. Und was die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen angeht: 2011, also 20 Jahre nach dem „Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“, haben beide Regierungen eine gemeinsame Erklärung aufgesetzt, die ganz konkret eine ganze Reihe von Projekten auflistet, die wir in den nächsten 15 bis 20 Jahren gemeinsam erarbeiten wollen. Aber das ist für mich nicht mal der wichtigste Punkt; entscheidend ist, dass wir gemeinsam die weitere Vertiefung der Europäischen Integration vorantreiben, eben weil sie in unserem gemeinsamen Interesse liegt. Genauso wichtig sind die 650 Partnerschaften zwischen polnischen und deutschen Gemeinden und Städten oder die Tatsache, dass inzwischen fast 2,5 Millionen junge Polen und Deutsche am Jugendaustausch teilgenommen haben. Das sind ganz konkrete Schritte der gemeinsamen Annäherung.

Welchen Einfluss hat die Ukraine-Krise und das Verhältnis zu Russland auf die Beziehungen zwischen Berlin und Warschau?



»Der Dialog ist intensiv«

MAREK KRZAKALA Polen und Deutsche können wirklich schätzen, was sie seit 1989 gemeinsam erreicht haben, findet der Sejm-Abgeordnete

Der Schlüssel, um die Probleme in der Ukraine zu lösen, liegt in Moskau, nicht in der Ukraine. Auch hier gilt, dass wir nur dann stark sind, wenn wir gemeinsam in der EU handeln. Das haben die Außenminister Deutschlands, Polens und Frankreichs, Frank-Walter Steinmeier, Radoslaw Sikorski und Laurent Fabius, mit ihren Initiativen ja auch getan. Und auch die jetzt beschlossenen erweiterten Sanktionen gegenüber Russland sind ein starkes Signal der Geschlossenheit der EU-Mitgliedsländer.

Inwiefern hat die Ukraine-Krise einen älteren Streitpunkt zwischen Deutschland und Polen – die Frage der Abhängigkeit von russischen Öl und Gas – wieder sichtbar gemacht? Es wird immer deutlicher, dass wir einen gemeinsamen europäischen Energiemarkt schaffen sollten. Dazu gehören gemeinsame Einkäufe von Energie und auch der Ausbau des Energienetzes. Andere Differenzen zwischen Polen und Deutschland sehe ich eher als Chance: Deutschland will aus der Atomkraft aus-

steigen und die Energiewende schaffen, wir in Polen diskutieren hingegen, ob wir ein neues Atomkraftwerk bauen sollen. Neu ist, dass wir untereinander auch über solche Differenzen offen reden können. Das war vor 25 Jahren oder früher noch gar nicht möglich.

Wie haben sich die parlamentarischen Beziehungen zwischen Bundestag und Sejm entwickelt?

Deutschland ist zunächst einmal eines der wenigen Länder, mit denen Polen regelmäßige Regierungskonsultationen abhält. Der Dialog ist intensiv, das zeigt allein ein Blick in den Kalender dieses Jahres: Im September ist der polnische Präsident Gastredner im Bundestag, kurz darauf treffen sich das deutsche und das polnische Kabinett in Warschau und Ende September gibt es ein Treffen der Präsidien von Bundestag und Sejm in Danzig.

Polen hat als erstes europäisches Land eine Begrenzung der Staatsschulden in die Verfassung geschrieben, das Land sieht sich als „Land der Leistungen“ und kann mit einem starken Wirtschaftswachstum aufwarten. Ist Polen reif für den Euro?

Diese Debatte hat bei uns längst begonnen. Mich selbst muss man gar nicht überzeugen, dass mein Land so schnell wie möglich den Euro einführen sollte. Wenn wir in Europa mehr mitreden und mitgestalten wollen, dann sollten wir auch der Euro-Zone beitreten. Allerdings müssten wir dafür unsere Verfassung ändern. Dafür ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament notwendig und die hat die Regierungskoalition aus „Bürgerplattform“ und „Polnischer Volkspartei“ nun mal nicht. Natürlich gab und gibt es bei uns auch Befürchtungen und es wird ausgiebig in der Öffentlichkeit die Frage diskutiert, ob und wie die Währungseinführung den Bürger belasten würde. Andererseits würde Polen durch den Wegfall des Währungsrisikos und durch Kosteneinsparungen im Im- und Export erheblich vom Euro profitieren.

Obwohl Polen und Deutsche Nachbarn sind, scheinen sie sich oft noch fern. Kann Politik daran etwas ändern?

Es gibt bei uns Politiker in der größten Oppositionspartei, die leider immer wieder aufs Neue die „deutsche Karte“ ziehen, um Ängste vor dem Nachbarn zu schüren. Ich sehe uns aber als Länder, die sich immer näher kommen. Deutsche und Polen müssen sich nicht in jedem Punkt einig sein. Aber wir akzeptieren die Meinung des anderen, und das ist wichtig. Im Mai 1990 stand ich an den Resten der Berliner Mauer. Hätte mir damals jemand Deutschland und Polen im heutigen Europa geschildert – mit freien Märkten und offenen Grenzen –, ich hätte das niemals für möglich gehalten. Wir können wirklich schätzen, was wir in diesen 25 Jahren erreicht haben.

Das Interview führte Alexander Heinrich.

Marek Krzakala ist Vorsitzender der polnisch-deutschen Parlamentariergruppe im Sejm, in den er 2007 für den Wahlkreis Rybnik (Woiwodschaft Schlesien) erstmals gewählt wurde. Der 46-jährige gehört der regierenden liberal-konservativen „Bürgerplattform“ an und ist Mitglied im Auswärtigen und im Europa-Ausschuss des Sejms.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Polen-Experte: Dietmar Nietan

Die Versöhnung „mit den Völkern, denen wir in der Nazizeit unendliches Leid angetan haben“, sei ihm immer wichtig gewesen, sagt Dietmar Nietan aus Düren. Als er dann 1998 für die SPD in den Deutschen Bundestag kam, habe ihm sein aus dem ostpreussischen Allenstein stammender Großvater gesagt: „Wir haben unsere Heimat nicht verloren wegen der Roten Armee, nicht wegen der Polen, sondern wegen der Faschisten, die ihre Nachbarn überfallen haben. Nun musst du, Junge, dich für die deutsch-polnische Versöhnung einsetzen.“ Heute ist der 50-jährige Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft. Im Bundestag gehört Nietan dem Auswärtigen Ausschuss an und als stellvertretendes Mitglied dem Europa-Ausschuss.

An den Polen imponiert Nietan, dass sie „immer, in jeder Situation, einen Sinn für die Freiheit haben“. Während der Nazi-Besatzung hätten sie unter Lebensgefahr Untergrundschulen und -universitäten betrieben. Im Warschauer Aufstand 1944, der sich gerade jährt, hätten sie für die Freiheit ihr Leben eingesetzt. Auch in der Zeit der kommunistischen Diktatur habe „man sich immer wieder trotz Freiheitsräume erkämpft“. Und wie Polen es danach „wie kaum ein anderer der ehemals kommunistischen Staaten geschafft hat, aus der wirtschaftlichen Misere herauszukommen“, hängt für Nietan auch mit diesem Freiheitswillen zusammen. Dass die Polen sehr patriotisch sind, hält der Sozialdemokrat für „völlig normal“. In einem Land, „das drei mal geteilt wurde, das so zwischendurch als Staat von der Landkarte verschwunden

war“, würde es ihn „eher wundern, wenn es nicht so ist“. Skeptischen Deutschen empfiehlt er „zu gucken: Was ist Patriotismus, was ist dumpfer Nationalismus. Und da kann ich sagen, die allermeisten Polen sind Patrioten und eben keine Nationalisten.“ Angesichts der Ukraine-Krise, aber auch schon vorher während des Georgien-Krieges, gab es zwischen Berlin und Warschau Unstimmigkeiten über den Umgang mit Russland. Für Nietan hängt



»Die meisten Polen sind Patrioten und keine Nationalisten.«

das mit unterschiedlichen historischen Erfahrungen zusammen. Er erlebe aber in Polen kein „Anti-Russentum, weil die Polen einfach die Russen nicht leiden könnten oder per se vor der russischen Nation Ängste hätten“. Vielmehr seien die Polen „besonders sensibel, frühzeitig zu erkennen, wo die Freiheit in Gefahr ist“. Diese Sensibilität hätten manche Deutsche „so ein bisschen verloren“. Dass es in Polen aufgrund der Geschichte auch ein latentes Misstrauen gegenüber Deutschland gebe, will Nietan so pauschal nicht stehen lassen. Zwar glaube die polnische Rechte „politische Geschäfte machen zu können“, indem sie „wider besseres Wissens“

behauptete, die Deutschen würden „am Ende wieder mit den Russen einen Sonderweg über die Köpfe der Polen hinweg suchen“. Sein Eindruck aber sei, dass „die Mehrheit der Polen und insbesondere auch die Mehrheit der politischen Eliten sich sicher ist, dass sie sich auf Deutschland verlassen können, das ihr verlässlichster und wichtigster Partner in Europa Deutschland ist.“ – trotz der Meinungsverschiedenheiten „in Nuancen, nicht im Grundsatz“ über das Vorgehen gegen Russland.

Dem Wunsch Polens wie auch der baltischen Staaten nach Stationierung von Nato-Truppen im eigenen Land steht Nietan offen gegenüber. Wenn ein Nato-Mitgliedsstaat das wünsche, um sein Sicherheitsbedürfnis zu erfüllen, „dann muss man das ernst nehmen“. Die Grundsatzdebatten in Deutschland, ob man das machen solle oder nicht, „greifen zu kurz“. Man müsse allerdings „gut überlegen, welche Art von Truppen in welchem Umfang stationiert werden sollten, damit dies von russischer Seite nicht als Auftaktsignal zu einem neuen Aufrüstungs- oder Stationierungswettlauf an unseren Grenzen aufgefasst wird“. Er glaube, Polen gehe es mehr um die Vergewisserung, dass die Nato im Zweifelsfall an ihrer Seite steht. „Hier geht es nicht um Aufrüstung oder Säbelrasseln.“ Nietans Eindruck ist, dass sich seit den Anfängen unter Willy Brandt die deutsch-polnische Versöhnung in eine wirkliche deutsch-polnische Freundschaft umgewandelt hat. „Eine Erfolgsgeschichte, und die am dankbarsten dafür sein müssen, sind wir Deutschen.“ Peter Stützel

DasParlament

Herausgeber **Deutscher Bundestag**  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
**Aus Politik und Zeitgeschichte**  
ISSN 0479-611 x  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

**Anschrift der Redaktion**  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,  
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24  
Internet:  
<http://www.das-parlament.de>  
E-Mail:  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

**Chefredakteur**  
Jörg Biallas (jb)

**Verantwortliche Redakteure**  
Dr. Bernard Bode (bob)  
Claudia Heine (che)  
Alexander Heinrich (ah), stellv. Cvd  
Michael Klein (mik)  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Hans Krump (kru), Cvd  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz (joh)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)

**Fotos**  
Stephan Roters

**Redaktionsschluss**  
8. August 2014

**Druck und Layout**  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kurfürstenstraße 4-6  
64546 Mörfelden-Walldorf

**Anzeigen-/Vertriebsleitung**  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Klaus Hofmann (verantw.)  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main

**Leserservice/Abonnement**  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung Das Parlament  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-42 53  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: [katrin.kortmann@fs-medien.de](mailto:katrin.kortmann@fs-medien.de)

**Anzeigenverkauf**  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Katrin Kortmann  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-42 74  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: [anzeigenverkauf@fs-medien.de](mailto:anzeigenverkauf@fs-medien.de)

**Anzeigenverwaltung, Disposition**  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Anzeigenabteilung  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-42 74  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: [anzeigenverwaltung@fs-medien.de](mailto:anzeigenverwaltung@fs-medien.de)

**Abonnement**  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.  
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



1. September 1939: Danziger Polizeiangehörige entfernen den Schlagbaum zur polnischen Grenze. Polen war der erste Staat in Europa, der sich dem Expansionsdrang der Nationalsozialisten entgegenstellte und dafür einen furchtbaren Blutzoll bezahlen musste.

# Das Trauma der Besatzung

**KRIEGSBEGINN** Der deutsche Einmarsch vom September 1939 ist bis heute in Polen ein stark diskutiertes Thema

Dem deutschen Normalbürger mag es übertrieben erscheinen, wenn auch heute noch, nahezu 70 Jahre nach Kriegsende, die Zeit der deutschen Besatzung in Polen ein viel diskutiertes Thema ist und die Beziehungen beider Länder belastet. Verständlich wird dies, wenn man sich vor Augen führt, welche katastrophalen Folgen der deutsche Einmarsch 1939 für unsere östlichen Nachbarn hatte. Der polnische Außenminister Józef Beck hatte im März 1939 vor dem Sejm mit starken Worten den deutschen Forderungen nach einer Einverleibung der Freien Stadt Danzig in das Reichsgebiet und einer exterritorialen Verbindung durch den polnischen Korridor, der Ostpreußen vom übrigen Reichsgebiet trennte, eine Abfuhr erteilt: „Den Begriff des Friedens in jedem Preis kennen wir Polen nicht. Im Leben der Menschen, der Völker und der Staaten gibt es nur ein Gut, das keinen Preis hat: die Ehre!“ Die aus den Trümmern des Ersten Weltkriegs nach über einem Jahrhundert der Teilungen wiedererstandene Republik wollte sich nicht zum Spielball einer seiner übermächtigen Nachbarn – Deutschland und Russland – machen lassen. Eine selbstbewusste Haltung, die letztlich zur vierten Teilung Polens, festgeschrieben im geheimen Zusatzprotokoll des „Hitler-Stalin-Paktes“, führte. Polen war damit der erste Staat in Europa, der sich dem Expansionsdrang des Dritten Reiches entgegenstellte. Kurz zuvor hatte die Geschwichtspolitik der Westmächte gegenüber dem Dritten Reich lediglich dazu geführt, dass dessen Truppen die Tschechoslowakei besetzten.

Stärkere hat das Recht. Größte Härte.“ Da sie das besetzte Gebiet aufgrund vorheriger Warnungen der Truppenführer und althergebrachter Vorurteile irrtümlicherweise für „partisanenverseucht“ hielten, liefen deutsche Soldaten während des Vormarsches in polnischen Ortschaften Amok. Zum Opfer fielen ihnen Tausende Männer, Frauen, Kinder und alte Menschen, sowie polnische Soldaten, die unmittelbar im Anschluss an ihre Gefangennahme erschossen wurden. Die deutsche Luftwaffe bombte derweil unterschiedslos Hunderte polnische Städte und Dörfer in den ersten Tagen des Angriffs in Grund und Boden.

**Die »Intelligenzaktion«** Die Zweite Gewaltwelle ging von den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei aus, die im Rücken der Truppe ein zuvor festgelegtes Mordprogramm in die Tat umsetzten. Dieses richtete sich gezielt gegen die Angehörigen der polnischen Bildungsschichten, der sogenannten „Intelligenz“. Hintergrund war die zynische Überlegung, dass aus diesem Personenkreis am ehesten die Anführer eines zu erwartenden polnischen Widerstandes hervorgehen würden. Im Sommer 1939 hatte man bereits von Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen Informationen gesammelt und ein „Sonderfahndungsbuch“ erstellt, das über 30.000 Namen enthielt. Bei deren Verfolgung und Ermordung griffen die Einsatzgruppen ebenfalls auf Männer aus den Reihen der „Volksdeutschen Minderheit“ in Polen zu.

1939 hatte man bereits von Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen Informationen gesammelt und ein „Sonderfahndungsbuch“ erstellt, das über 30.000 Namen enthielt. Bei deren Verfolgung und Ermordung griffen die Einsatzgruppen ebenfalls auf Männer aus den Reihen der „Volksdeutschen Minderheit“ in Polen zu.



Komorowski (links) und Gauck eröffnen Ende Juli eine Ausstellung in Berlin.

rück, die durch ihre Ortskenntnisse und aktive Beteiligung den Prozess erheblich beschleunigten. Viele von ihnen waren auch dadurch hoch motiviert, dass der in Auflösung begriffene polnische Staat in den ersten Septembertagen brutale Repressionen gegen die deutsche Minderheit durchgeführt hatte: Schätzungsweise 4.500 Opfer hatte sie zu beklagen. Das deutsche Mordprogramm dagegen forderte bis Jahresende über 50.000 Tote aus den Reihen der Bevölkerung.

Die Parallelen zum deutschen Vorgehen in der Sowjetunion 1941 legen es nahe, den deutschen Überfall 1939 als Auftakt zu einem Vernichtungskrieg zu sehen, der durch völkerrechtswidriges Vorgehen der Truppe gegen die Landeseinwohner und Kriegsgefangenen einerseits und die Durchführung eines Mordprogrammes durch die Einsatzgruppen andererseits charakterisiert war. In Russland schnellten die Opferzahlen allerdings rasch in den sechsstelligen Bereich, und anstelle einer autochthonen „Intelligenz“ wurden nun die im Einmarschgebiet lebenden Juden zum Hauptfeind erklärt.

**Die Vierte Teilung** Eine völlige Unterwerfung Polens war ab Ende 1939 erklärtes Ziel im besetzten Gebiet. Während die westlichen Teile dem Deutschen Reich einverleibt wurden und so schnell wie möglich von Polen und Juden „gesäubert“ werden sollten, wurde im östlichen Teil ein „Generalgouvernement“ eingerichtet, wo in einem rechtsfreien Raum die Verfolgung und Ermordung der Bevölkerung unbehellig durchgeführt werden konnte. Juden wurden ab 1940 in Ghettos zusammengepfercht. Ab Sommer 1942 errichteten die Besatzer auf polnischem Boden die Vernichtungslager, in denen drei Millionen polnische Juden und Hunderttausende Polen ermordet wurden. Insgesamt verloren schätzungsweise sechs Millionen Bürger der Zweiten Polnischen Republik zwischen 1939 und 1945 ihr Leben, was in etwa einem Fünftel der Vorkriegsbevölkerung entspricht.

Die deutsche Besatzungspolitik im besetzten Osten während des Zweiten Weltkriegs war beispiellos. Etwas Vergleichbares hatte es zuvor nicht gegeben, trotz mancher Parallelen zum geplanten deutschen Vorgehen im polnischen Nordosten während des Ersten Weltkriegs. Der Bevölkerung Polens wurde dabei von Beginn an keine Perspektive gegeben: Schulunterricht, so legte der Reichsführer SS Heinrich Himmler im Mai 1940 fest, sollte nur bis zur vierten Klasse erfolgen; „Einfaches Rechnen bis höchstens 500, Schreiben des Namens, eine Lehre, dass es ein göttliches Gebot ist, den Deutschen gehorsam zu sein und ehrlich, fleißig und brav zu sein. Lesen halte ich nicht für

erforderlich,“ und „Den Begriff Juden hoffe ich [...] völlig auslöschen zu sehen.“ Damit schürte die politische Führung des Dritten Reiches paradoxerweise den unerbitlichen Widerstand, den sie im September 1939 hatte auslöschen wollen: Ab 1940 bildete sich mitten im deutsch besetzten Gebiet ein illegaler polnischer Untergrundstaat, der unter anderem über eine eigene Regierung – die polnische Exilregierung in London –, eigene Schulen und Universitäten und eine eigene Armee – die polnische „Heimarmee“ – verfügte. Zwei verzweigte Aufstandsversuche – der Warschauer Ghettoaufstand im April 1943 und der Warschauer Aufstand der Heimarmee im August 1944 – wurden von deutscher Seite

blutig niedergeschlagen. Letzterer, dessen Ausbruch sich dieser Tage zum siebzigsten Mal jährt, forderte unter der Warschauer Bevölkerung 170.000 Todesopfer, die meisten davon am Kampf unbeteiligte Zivilisten.

**Die Erinnerung** Der 1. September 1939 leitete all diese Entwicklungen ein und steht daher bis heute in Polen symbolisch für das Trauma der Besatzung, während er hierzulande eher allgemein als Beginn des Zweiten Weltkriegs erinnert wird. Bis heute wird von manchem deutschen Historiker der brutale Charakter des deutschen Krieges gegen Polen relativiert: Die Massenerschießungen der Wehrmacht hätten sich

vermutlich doch gegen polnische Partisanen gerichtet, Luftangriffe hätten sich auf rein militärische Ziele beschränkt. Dies ist umso beschämender, als die Quellenlage eindeutig ist: Selbst die Wehrmacht räumte schon 1939 den terroristischen Charakter ihrer Kriegführung ein. In Polen geht man dagegen mittlerweile auch allmählich dazu über, schmerzhaft Themen, wie etwa die Beteiligung einzelner Teile der Bevölkerung an der Verfolgung und Ermordung der Juden, aber auch an Angehörigen der deutschen Minderheit zu untersuchen. *Jochen Böhrer*

Der Autor arbeitet als Historiker am Imre Kertész Kolleg der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

## »Ihr wisst, dass es hier zu viel Juden gibt«

**WARSHAUER GHETTO** 2012 erinnerte sich Marcel Reich-Ranicki vor dem Bundestag

Am 27. Januar 2012, am jährlichen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, war der mittlerweile verstorbene Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki der Hauptredner vor dem Bundestag. Er überlebte das Warschauer Ghetto und wurde nach dem Krieg einer der bekanntesten Intellektuellen der Bundesrepublik. Wir dokumentieren einen Auszug seiner Rede über eine von der SS am 22. Juli 1942 anberaumte Sitzung in den Räumen des Judenrates, die Reich-Ranicki protokollieren musste:

„Höfle (SS-Sturmabteilungsleiter und Leiter der Hauptabteilung Reinhard beim SS- und Polizeiführer, d. Red.) eröffnete die Sitzung mit den Worten: „Am heutigen Tag beginnt die Umsiedlung der Juden aus Warschau. Es ist euch ja bekannt, dass es hier zuviel Juden gibt. Euch, den Judenrat, beauftrage ich mit dieser Aktion. Wird sie genau durchgeführt, dann werden auch die Geiseln wieder freigelassen, andernfalls werdet ihr alle aufgekümpft, dort drüben.“ Er zeigte mit der Hand auf den Kinderspielplatz auf der gegenüberliegenden Seite der Straße. Wir spürten, dass der vierschrittige Mann – er war erst 31 Jahre alt – nicht die geringsten Bedenken hätte, uns sofort erschießen zu lassen. So schnoddrig und sadistisch Höfle die Sitzung eingeleitet hatte, so sachlich diktierte er einen mitgebrachten Text. Die Stille im Raum war unheimlich, und sie wurde noch intensiver durch die fortwährenden Geräusche: das Klappern meiner alten Schreibmaschine, das Klicken der Kamera einiger SS-Führer, und die aus der Ferne kommende, leise und sanfte Weise von der schönen, blauen Donau. Von Zeit zu Zeit warf mir Höfle einen Blick zu, um sich zu vergewissern, dass ich auch mitkä-



Marcel Reich-Ranicki (1920-2013). Seine Familie überlebte den Holocaust nicht.

me. Ja, ich kam schon mit, ich schrieb, dass „alle jüdischen Personen“, die in Warschau wohnten, „gleichgültig welchen Alters und Geschlechts“, nach Osten umgesiedelt würden. Was bedeutete hier das Wort „Umsiedlung“? Was war mit dem Wort „Osten“ gemeint, zu welchem Zweck sollten die Warschauer Juden dorthin gebracht werden? Darüber war in Höfles Ausführungen nichts gesagt. [...] Höfle diktierte weiter. Jetzt war davon die Rede, dass die „Umsiedler“ 15 Kilogramm als Reisegepäck mitnehmen dürften sowie „sämtliche Wertsachen, Geld, Schmuck, Gold“. Noch am selben Tag sollte der jüdische Ordnungsdienst, der die Umsiedlungsaktion unter Aufsicht des „Judenrates“ durchführen musste, 6.000 Juden zu einem an einer Bahnlinie gelegenen Platz bringen. Von dort führen die Züge in Richtung Osten ab. Aber noch

wusste niemand, wohin die Transporte gingen. [...] Wenige Augenblicke später verließen die SS-Führer das Haus. Kaum waren sie verschwunden, da verwandelte sich die tödliche Stille nahezu blitzartig in Lärm und Tumult: Nach kannten die vielen Angestellten des „Judenrates“ die neuen Anordnungen nicht. Doch schien es, als spürten sie schon, was sich eben ereignet hatte – dass über die größte jüdische Stadt Europas das Urteil gefällt worden war, das Todesurteil.“ *PA*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



**B**is heute ist die Mehrheit der Polen über die Vertreibung der Deutschen schlecht informiert, die objektive Aufarbeitung des sperrigen Themas durch polnische Historiker hat die breite Öffentlichkeit nicht erreicht. Aus diesem Grunde konnten Politiker und Publizisten des rechten Lagers an der Weichsel die neue deutsche Vertreibungsdebatte, die das Projekt eines Dokumentationszentrums in Berlin ausgelöst hat, als politische Bedrohung darstellen. Parteiübergreifend werfen sie der deutschen Seite Verfälschung der Geschichte vor: Die Debatte rücke die Verbrechen der Deutschen im besetzten Polen völlig in den Hintergrund. In der Tat hatten die Deutschen, die östlich von Oder und Neiße lebten, den Preis für den Vernichtungskrieg von SS und Wehrmacht zu zahlen, für die von ihnen begangenen Massenmorde und brutalen Vertreibungen, für die Missachtung jeglicher Rechte und die hochfahrende Demütigung der Polen. Die Einwohner der Ostgebiete flüchteten und durften nicht an ihre Heimatorte zurückkehren, sie wurden vertrieben oder zwangsausgesiedelt, weil Polen als Ergebnis des Krieges rund 250 Kilometer nach Westen verschoben wurde: Es verlor große Gebiete an die Sowjetunion. Darauf hatten sich die Großen Drei – Stalin, Roosevelt und Churchill – im Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta geeinigt. Demnach sollte Polen zur sowjetischen Einflusszone gehören. Erstmals waren Stalin, Churchill und Roosevelt im November 1943 in Teheran zusammengekommen, um über die Nachkriegsordnung zu beraten. Dabei erörterten sie auch die Verschiebung Polens von Ost nach West zu Lasten des Deutschen Reiches. Die Sowjetunion sollte die bislang polnischen Gebiete östlich der Flüsse Bug und San behalten. Stalin behielt somit das Gebiet, das ihm Hitler im geheimen Zusatzabkommen zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt von 1939 zugestanden hatte. Polen sollte dafür mit Ostpreußen, Ostpommern sowie Oberschlesien entschädigt werden. Dies sollte die neue Heimat von zwei Millionen Einwohnern des bisherigen Ostpolens werden, sie wurden nach Westen zwangsausgesiedelt. Churchill veranschaulichte seinen Plan mit drei Streichhölzern: Das rechte verschob er nach ganz links, von Ost nach West.

**Offene Grenzfragen** In Jalta und auch auf der Potsdamer Konferenz im August 1945 konnten die Großen Drei jedoch keine Einigkeit über die Westgrenze Polens erzielen. Dies sollte einer künftigen Friedenskonferenz vorbehalten bleiben. Bis dahin sollten laut dem Potsdamer Protokoll die Oder-Neiße-Gebiete „unter polnischer Verwaltung“ stehen. Der Begriff „Deutschland in den Grenzen von 1937“, der später für so viel Polemiken und Kontroversen sorgen sollte, entstand also in Potsdam. Doch wurden die Oder und die Gölzitzer Neiße faktisch zur neuen polnischen Westgrenze, weil die kommunistische Führung in Warschau die deutschen Ostgebiete mit Rückendeckung des Kremls annektierte. Der Vormarsch der Roten Armee im Winter 1944/45 hatte vor allem für die Frauen und Kinder – die Männer waren ja im Krieg, gefallen oder in Gefangenschaft – eine Zeit des Schreckens, des Elends und des Chaos bedeutet. Die Rotarmisten waren von ihren Politoffizieren aufgerufen worden, sich für die Verbrechen zu rächen, die die deutschen Besatzer in der Sowjetunion begangen hatten – Rache für Millionen getöteter Zivilisten, für die verhungerten Kriegsgefangenen, für die Zerstörung der Städte und die Vernichtung ganzer Landstriche durch die Taktik der „verbrannten Erde“. Doch hatte das zügellose Verhalten der Rotarmisten in den deutschen Ostprovinzen ganz offensichtlich noch einen anderen Grund: Sie sollten Angst und Schrecken verbreiten, um die zurückgebliebenen Deutschen zur Flucht zu veranlassen. Die Gebiete sollten ja an Polen fallen. Der Kreml kalkulierte offenbar mit einem deutsch-polnischen Dauerkonflikt, in dem Warschau langfristig an Moskau gebunden wäre. Denn nur die Sowjetarmee konnte

# »In Haufen hinter Oder und Neiße«

**VERTREIBUNG** Die Ostdeutschen mussten den Preis für Hitlers Polenpolitik bezahlen



Die Vertreibung – im Bild rechts Flüchtlinge aus Pommern, unten links ein polnischer Räumungsbefehl in Niederschlesien – war eine große Hypothek der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland nach 1945. Formell beschlossen wurde die Zwangsausiedlung von bis zu 15 Millionen Deutschen auf der Potsdamer Konferenz 1945 (2. Bild links oben). Deutschland musste die Gebiete östlich von Oder und Lausitzer Neiße an Polen und die Sowjetunion abtreten.

die neue polnische Westgrenze schützen. Die polnischen Behörden begannen mit „wildem Ausstreuen“, wie es westliche Politiker formulierten. Nach Berechnungen deutscher Historiker befanden sich im Sommer 1945 noch mehr als fünf Millionen Deutsche östlich von Oder und Neiße, also die Hälfte der Einwohner der Vorkriegszeit. Als „Feinde des polnischen Volkes“ hatten sie keinerlei Rechte, sie wurden enteignet, die polnische Bürgermiliz, wie nun die Polizei nach sowjetischem Vorbild hieß, schützte sie nicht vor den

Übergriffen von Banden, die Justiz ahndete an ihnen verübte Verbrechen nicht. Erklärte Nazi-Gegner, darunter Kommunisten und Sozialdemokraten, die im KZ gesessen hatten, wurden ebenso wie Geistliche keineswegs von den Repressionen ausgenommen. Kapitalverbrechen wie Raubmord und Totschlag waren an der Tagesordnung, ebenso wie Vergewaltigungen.

»Deutschen-Ghettos« Zehntausende von Deutschen wurden zur Zwangsarbeit heran-

gezogen, an vielen Orten wurde ihnen mit Kreide ein großes Hakenkreuz auf den Rücken gemalt. Neunkömmlinge aus Polen konnten Deutsche, die noch in den eigenen vier Wänden wohnten, auf die Straße setzen, wenn ihnen die Wohnung gefiel. In mehreren Städten mussten diese in besonders gekennzeichnete Straßen ziehen, diese Bezirke nannten die Behörden „Deutschen-Ghettos“. Die kommunistische Arbeiterpartei gab die Parole aus: „Wir treiben sie in Haufen hinter Oder und Neiße!“ – und bekam dafür auch

Beifall aus dem antikommunistischen bürgerlichen Lager, das wenig später selbst Verfolgungen ausgesetzt war. Auch Hunger sollte die Deutschen aus dem Land treiben. Die katastrophalen hygienischen Bedingungen in den zerstörten Städten führten unter den schlecht ernährten Deutschen zum Ausbruch von Seuchen. Fleckfieber, Ruhr und Diphtherie breiteten sich aus, vor allem alte Menschen und Kleinkinder starben. Auch grassierten unter den Frauen Geschlechtskrankheiten, eine Folge der Vergewaltigung durch Rotarmis-

ten. Meist hatten die Deutschen in Viehwaggons ihre Heimatstadt zu verlassen. Doch mussten Hunderttausende auch den beschwerlichen Fußmarsch nach Westen antreten. Ein beträchtlicher Teil von ihnen überlebte den Treck nach Westen nicht, vor allem Greise und Kleinkinder.

**Die Kirche schwieg** In Polen fand bis heute keine Debatte darüber statt, warum Repressalien kopiert wurden, die die Polen selbst unter der deutschen Besatzung während des Krieges erduldeten. Allerdings handelte es sich nicht um eine Vernichtungspolitik, es gab weder staatlich durchgeführte Massenmorde, noch Vernichtungslager wie unter der deutschen Besatzung während des Krieges. Wohl nahm die Führung in Warschau bei der Verdrängung der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße den Tod vieler Betroffener billigend in Kauf. Doch nicht zuletzt wegen Protesten aus dem westlichen Ausland gab Warschau damals bald eine andere Linie vor: Es galt die Sprachregelung vom „Bevölkerungstransfer aus Polen“, der „auf Befehl der Siegermächte geordnet und human“ durchgeführt worden sei.

Auch die katholische Kirche Polens protestierte nicht gegen die Art und Weise, wie die Deutschen behandelt wurden. Vor allem auf dieses Wegesehen bezog sich der zweite Teil der berühmten Botschaft „Wir vergeben und bitten um Vergebung“, die die polnischen Bischöfe zwei Jahrzehnte später ihren deutschen Amtsbrüdern übergaben. Allerdings änderte der Briefwechsel der Bischöfe von 1965/66 nichts daran, dass die polnische Kirche gemeinsam mit der kommunistischen Führung den Standpunkt vertrat, Polen habe einen historischen Anspruch auf Schlesien, Pommern, West- und Ostpreußen. So wurden im Einklang systematisch alle deutschen Spuren entfernt: von Biergläsern und Kaffeetassen mit deutschen Aufdrucken über Straßenschilder und Reklametafeln bis zu Denkmälern, Kirchen und Friedhöfen. Die Grabsteine wurden teilweise verbaut, in Breslau etwa in den Stützmauern für eine neue Zuschauertribüne im Fußballstadion oder für die Raubtiergehege im Zoo. Auch die polnischen Geschichtsbücher marginalisierten die deutsche Vergangenheit der Oder-Neiße-Gebiete und brandmarkten sie als Fremdherrschaft. Dass der schlesische Adel sich im frühen 14. Jahrhundert unter den Schutz des deutschen Kaisers gestellt hatte, dass 99 Prozent der Einwohner Breslaus und 97 Prozent in Danzig vor dem Krieg Deutsche waren, dass die protestantischen Masuren treu zu Preußen standen und stark antipolnisch eingestellt waren – all diese Themen waren bis zur politischen Wende von 1989 weitestgehend tabu.

Doch nach dem Ende der Zensur erschienen in Polen Hunderte von Büchern über die deutsche Vergangenheit der Regionen östlich von Oder und Neiße. Sie wurde zum Modethema junger Historiker und Gegenstand zahlreicher Ausstellungen. Begegnungen mit Vertretern der Heimatvertriebenen wurden Alltag, lösten weder Ängste, noch Polemiken aus. In zahllosen schlesischen Gemeinden und Pfarreien sind Partnerschaften zwischen den früheren deutschen und den jetzigen polnischen Einwohnern entstanden. Sie verbindet nicht nur die gemeinsame Erfahrung, die Heimat verloren zu haben, sondern auch das gemeinsame Interesse an der Erhaltung von Kulturgütern, die ihre Heimatorte prägen.

Doch im fernen Warschau versteht man diese Annäherung wenig. Die Deutschlandexperten der Hauptstadtredaktion haben es bis heute nicht geschafft, ihren Landsleuten zu vermitteln, dass die überwältigende Mehrheit der Heimatvertriebenen längst ihr Schicksal akzeptiert und ihren Frieden mit den Polen gemacht hat, auch im Bund der Vertriebenen.

*Der Autor war lange Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ in Warschau und hat unter anderem das Buch „Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und der Polen im 20. Jahrhundert“ (Beck) geschrieben.*

## Erinnerung an das menschliche Leid

**GEDENKKULTUR** In Berlin entsteht nach langen Diskussionen ein Informationszentrum zu Flucht und Vertreibung. Es nimmt auch die europäische Dimension des Themas in den Blick

Ein authentischer Ort, eingebettet in die Landschaft deutscher Gedenkkultur. Von der Rückseite des Deutschlandhauses am Berliner Anhalter Bahnhof, dicht an der ehemaligen Sektorengrenze, geht der Blick hinüber auf die Topographie des Terrors, eine Einrichtung zur Erinnerung an die gigantischen NS-Verbrechen. In dieser Nachbarschaft entsteht nach quälend langen politischen Debatten für rund 30 Millionen Euro das Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gab am 11. Juni 2013 das Startsignal für den Umbau des zwischen 1926 und 1935 als Teil des Komplexes Europahaus errichteten Deutschlandhauses, das während der Zeit der Spaltung ein von der DDR-Staatsicherheit mit Feldstechern kontrolliertes Vertriebenen-Beggnungszentrum war. „Es waren“, gestand

Merkel, „wahrlich viel schwierige Schritte nötig. Auch ich war nicht jeden Tag sicher, ob es gelingt. Es ist gelungen, aber mancher musste auch über Schatten springen.“ Drastischer drückte sich in der Rückschau auf die Geschichte dieses Vorhabens Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), aus. Sie verglich den langen Weg zu der Stiftung, vom Grundsatzbeschluss der ersten schwarz-roten Bundesregierung im Jahr 2005 über die Einigung auf die Konzeption 2008 zu jenem Juni-Tag, mit „einer Art Extrembergsteigen, nicht ohne Verwerfungen und Stein-schlag“.

**Die geistigen Paten** Die CDU-Bundestagsabgeordnete Steinbach und der verstorbene SPD-Politiker Peter Glotz sind die geistigen Paten. Ohne ihre Initiative für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ würde es die heutige unabhängige Bundesstiftung unter dem Dach des Deutschen Historischen Museums (DHM) kaum geben – auch wenn das staatliche Projekt etwas anderes ist als das 1998 inspirierte zivilgesellschaftliche „Zentrum“. Steinbach musste freilich über die von Merkel erwähnten Schatten springen und unter poli-



Die CDU-Abgeordnete Erika Steinbach

tischem Druck, vor allem aus Polen, auf einen Sitz im Stiftungsrat verzichten. Von Anfang an wurde das Vorhaben vom Vorwurf begleitet, in deutschem Namen begangene Verbrechen relativieren zu wollen. „Manch-

mal“, so erinnerte sich Professor Manfred Kittel, Gründungsdirektor der Bundesstiftung, „konnte man in der Hitze des Gefechts fast den Eindruck gewinnen, als ginge es noch einmal um die Unterzeichnung des Moskauer, des Warschauer und des Prager Vertrages – und nicht nur um einen Sitz im Stiftungsrat oder um die Konzeption eines Ausstellungs-zentrums“. Dabei hatte schon vor einem Jahrzehnt der des Revanchismus unverdächtige Sozialdemokrat Glotz beschrieben, worum es geht: „Deutschen dazu zu bringen, über Vertreibungen nachzudenken, gegen neuerliche Vertreibungen zu kämpfen und die Opfer der Vertreibungen zu betrauern“. Dass es zu keiner Zeit die Absicht war, die deutschen Wunden als singular darzustellen, kam schon im Plural im Namen der Steinbach/Glotz-Initiative zum Ausdruck: „Zentrum gegen Vertreibungen“. Und Paragraph 16 des Errichtungsgesetzes der Bundesstiftung bestimmt, die Einrichtung solle „im Geiste der Versöhnung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihren Folgen wach-

halten“. Konkret: Es soll nicht nur an die Schicksale deutscher Vertriebenen erinnert werden. Vielmehr richtet sich der Blick auch auf andere Opfer von Flucht, Vertreibung und „ethnischer Säuberung“: von den Balkankriegen vor dem Ersten Weltkrieg und dem Vertrag von Lausanne 1923 zum griechisch-türkischen „Bevölkerungsaustausch“ bis nach Ex-Jugoslawien in den 1990er Jahren. „Wobei auch klar ist“, sagt Professor Kittel über die Darstellung der Geschichte der „Gewaltmigration“ im ganzen 20. Jahrhundert: „Ausgangspunkt der Debatte in Deutschland war nun eben mal auch Flucht und Vertreibung von 14 Millionen Deutschen. Das ist wichtig, weil wichtige geistige Vorläufer von Vertreibungs-ideen schon sehr früh, vor dem Ersten Weltkrieg entstanden sind. Und das Rad wurde dann immer weiter gedreht.“ Ein Ziel der Stiftung, das hat Kittel schon 2010 vor der bayrischen SPD-Landtagsfraktion erklärt, sei die Versöhnung der Deutschen mit sich selbst: der vertriebenen Minderheit mit der nicht vertriebenen Mehrheit, in einem Land, das von den Vertriebenen oft genug als „kalte Heimat“ empfunden worden sei. „Wir dürfen also, bei aller Sensibilität für die europäische Dimensi-

*Der Autor ist Journalist in Bonn und war stellvertretender Chefredakteur der „Welt“.*





# Stolz auf das ganze Erbe

**BRESLAU** Unter kommunistischer Herrschaft wurde die deutsche Vergangenheit der Stadt verdrängt. Heute präsentiert die schlesische Metropole ihre lange Geschichte frei von ideologischer Verzerrung

Breslauer Stadtansichten gestern und heute: das Rathaus im Jahr 2011 (links) und um 1910 mit Blick in die Ohlauer Straße

**A**n der Gräbscher Straße im Südwesten von Breslau, ungefähr dort, wo sich zu deutscher Zeit das Krematorium des Städtischen Friedhofs befand, steht ein ungewöhnliches Denkmal. Es hat die Form einer fast 70 Meter langen und mehr als drei Meter hohen Granitmauer, in die Dutzende von deutschen Grabsteinen eingefügt sind. Sie stammen von deutschen Gräberfeldern und wurden nach deren mutwilliger Einbebung zu Bauzwecken gelagert. Es entstand eine Friedhofsmauer ohne Friedhof, auf der die nicht mehr vorhandenen deutschen Begräbnisstätten Breslaus verzeichnet sind. „Zum Andenken an die früheren Einwohner unserer Stadt, die auf Friedhöfen beigelegt wurden, die heute nicht mehr bestehen“, verkündet auf Deutsch eine Tafel.

**Vollständige Stadtgeschichte** Die im Oktober 2008 eingeweihte Gedenkstätte, die nach den Worten von Stadtpräsident Rafal Dutkiewicz „ehemalige und heutige Breslauer“ verbindet, kennzeichnet geradezu symbolhaft den Wandel beim Umgang der heute polnischen Stadt und ihrer Bürger mit der deutschen Vergangenheit. Nach Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft, in der die Zeit vor 1945 verdrängt und Spuren der früheren Bevölkerung massenweise beseitigt wurden, hat die schlesische Metropole an der Oder ihr historisches Gedächtnis

wiedergefunden. In einer Fülle alter und neuer Erinnerungsstätten und Gedenktafeln spiegelt sich der Wunsch der politischen und kulturellen Eliten, den Bewohnern und ihren Gästen ein möglichst vollständiges, von ideologischer Verzerrung freies Bild der Stadtgeschichte zu bieten.

**Bilderstürmerei** Am Ende des Zweiten Weltkrieges, als deutsche Provinzen östlich von Oder und Neiße zunächst faktisch, später auch für mal Polen angegliedert wurden, konnte sich niemand eine solche Entwicklung zur heutigen Erinnerungskultur auch nur annähernd vorstellen. Damals tobte in Breslau wie in anderen ostdeutschen Städten Bilderstürmerei. Denkmäler wurden geschleift, Inschriften an öffentlichen Gebäuden herausgemeißelt oder übermalt. Grabplatten aus Kirchen entfernt, Straßen, Plätze und Brücken umbenannt. „Entdeutschung“ hieß die Parole. Und den neuen Bewohnern, die zu einem erheblichen Teil aus den von der Sowjetunion annektierten Gebieten Ostpolens in die weitgehend zerstörte Stadt kamen, wurde von der Regierung eingeredet, sie befänden sich in einer urpolnischen Stadt und in wieder gewonnenen Gebieten, aus denen man die Deutschen als Schuldige am Zweiten Weltkrieg und als Nachkommen einstiger Okkupanten zu Recht vertrieben habe. Gewiss, es gab auch in der kommunistischen Ära andere Stimmen. Zu ihnen gehört

der spätere Breslauer Kardinal Boleslaw Kominek, der 1965 als Mitautor eines an die westdeutschen Amtsbrüder gerichteten Briefes den versöhnlichen Satz formulierte: „Wir vergeben und bitten um Vergebung.“ Willy Brandts Kniefall 1970 vor dem Mahnmahl für die Opfer des Warschauer Ghettos brachte bei vielen Polen das Feindbild vom angeblichen westdeutschen Revanchismus ins Wanken. Und auch bei den meisten Anhängern der Bürgerrechtsbewegung Solidarnosc, die in Breslau wie in Danzig besonders zahlreich waren, stieß die Geschichts-



Bonhoeffer-Denkmal in Breslau

klitterung der Kommunisten auf Ablehnung. Doch der eigentliche Durchbruch zu einer vorurteilsfreien Beschäftigung mit dem deutschen Erbe gelang erst, als sich Polen 1989 vom Kommunismus befreite und eine demokratisch gewählte Regierung bekam. Endlich konnte die Diskrepanz zwischen öffentlicher Verdrängung der deutschen Vergangenheit und alltäglicher Begegnung mit dem, was von ihr noch sichtbar war, öffentlich thematisiert werden. Er habe „keine Angst vor der Geschichte“, sagte der frühere Stadtpräsident Bogdan Zdrojewski, nachdem er 1990 als Kandidat der Solidarnosc ins Amt gekommen war. Die Wiedereinführung des historischen Stadtwappens aus der Habsburger Zeit gehörte zu seinen ersten Initiativen. In seiner Zeit als Stadtoberhaupt wurde im gotischen Rathaus eine Galerie eingerichtet, in der Berühmtheiten der Stadt gezeigt werden. Auf Stelen sieht man unter anderen die Büsten „großer Breslauer“, darunter der Baumeister Carl Gotthard Langhans, der Maler Adolph von Menzel, der Industrielle August Borsig und der Schriftsteller Gerhart Hauptmann. Auch Zdrojewskis Nachfolger Dutkiewicz, der unter anderem im badischen Freiburg studierte und vielfältige Kontakte nach Deutschland unterhält, hat großen Anteil daran, Breslaus unverfälschte Geschichte im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Ein enger Mitstreiter des Stadtpräsidenten ist Maciej Lagiewski, der Direktor der Bres-

lauer Museen. Der Jurist und Historiker, 1955 in Breslau geboren, war 1991 an die Spitze des Historischen Museums berufen worden. Ein Höhepunkt seines Wirkens war die Eröffnung der Dauerausstellung „1.000 Jahre Breslau“ 2009 im einstigen Schloss preußischer Könige. Mit ihr wird die Stadtgeschichte zum ersten Mal ohne Auslassungen präsentiert. Zwei der Räume sind König Friedrich Wilhelm III. gewidmet, der an diesem Ort 1913 den gegen Napoleon gerichteten Aufruf „An mein Volk“ unterzeichnet und das Eiserne Kreuz gestiftet hat. Polen, die noch die Klischees der kommunistischen Ära im Kopf hatten, kritisierten, die Ausstellung sei zu deutsch. Als Legiewski gefragt wurde, warum er auf deutsche Nobelpreisträger stolz sei, deren Porträts in der Universität zu sehen sind, antwortete er: „Weil sie zu unserem Erbe gehören.“

**Denkmäler und Tafeln** Hinweise auf die deutsche Vergangenheit gehören heute zum Stadtbild. Vor der Elisabethkirche zieht eine Skulptur die Blicke auf sich. Sie erinnert an den Märtyrertod von Dietrich Bonhoeffer, der in diesem Gotteshaus als Geistlicher der Bekennenden Kirche wirkte. Im Scheitniger Park steht wieder das Schiller-Denkmal, im Botanischen Garten die Statue von Joseph von Eichendorff. An verschiedenen Gebäuden erfährt man auf Tafeln, wer früher dort gelebt hat, etwa der Physiker Max Born, der Dichter Karl Eduard von Holtei und die Or-

densfrau Edith Stein. In einem Raum der Jahrhunderthalle wird die Bauleistung des Architekten Max Berg und seiner Helfer gewürdigt. Und auf einer Tafel am Eingang des Schweidnitzer Kellers im Rathaus stehen die Namen prominenter Deutscher, die hier einst gespeist und gezecht haben.

**Kulturhauptstadt** Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Zukunft gestalten. In Breslau ist der Spruch mehr als ein Gemeinplatz. Die Stadt mit ihrer langen Geschichte wechselnder Herrschaftsverhältnisse hat nach den Zerstörungen des Krieges eine bewundernswerte Aufbauleistung geleistet. Seit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union profitiert sie verstärkt von der Nähe zu Deutschland. Die Metropole an der Oder boomt, wirtschaftlich und kulturell. „Das Deutsche ist nicht mehr fremd hier“, sagt der Historiker Krzysztof Ruchniewicz, Leiter des in Breslau ansässigen Willy-Brandt-Zentrums. Breslau ist Heimat für Deutsche und Polen. 2016 ist die schlesische Metropole europäische Kulturhauptstadt. Dann will die viertgrößte Stadt Polens ihrem aus der Barockzeit stammenden Namen „Blume Europas“ gerecht werden und sich so präsentieren, wie sie schon jetzt ist: weltoffen, tolerant und multikulturell. Peter Pragal

Der Autor, in Breslau geboren, ist Verfasser des Buches „Wir sehen uns wieder, mein Schlesierland“.

## Zwei Dutzend Bürgermeister und ein Sitz im Warschauer Sejm

**MINDERHEIT** Seit den 1990er Jahren können sich die Deutschen in Polen wieder selbst organisieren, zu Wahlen antreten sowie ihre Sprache und Kultur pflegen

Der 4. September 2008 war für das Dorf Lubowitz ein besonderer Tag. Gemeinsam mit dem deutschstämmigen Vorsteher des Gemeindeverbandes Rudnik enthüllte der polnische Landrat von Ratibor in einem feierlichen Akt das neue zweisprachige Ortsschild. Auf grünem Grund stand unter der polnischen Bezeichnung Lubowice in gleicher Größe und mit weißer Schrift der alte deutsche Name. Das rund 300 Einwohner zählende oberschlesische Dorf, in dem 1788 der deutsche Dichter Joseph von Eichendorff geboren wurde, war der erste Ort in Polen, den die Regierung erlaubte, neben der offiziellen polnischen Bezeichnung wieder so zu heißen wie vor 1945.

**Erweiterte Rechte** Mit der zusätzlichen Ortsbezeichnung setzte Polen ein 2005 beschlossenes Gesetz um, das die Rechte der Minderheiten erweiterte. Danach kann in Gebieten mit nationalen Minderheiten deren Muttersprache als „Hilfssprache“ bei Behördengängen zugelassen werden. Auch die Aufstellung zweisprachiger Ortsschilder ist grundsätzlich erlaubt, muss aber dreifach genehmigt werden, vom Gemeinderat, vom Woiwoden und vom Innenministerium in Warschau. Das kann dauern, zumal nicht wenigen Polen die Regelung missfällt. Inzwischen haben 29 Kommunen – fast ausschließlich in der Region Oppeln – polnische und deutsche Ortsschilder; in weiteren wird die Aufstellung vorbereitet.

Als nach dem Zweiten Weltkrieg und der „Westverschiebung“ Polens Millionen Deutsche durch Flucht und Vertreibung ihre Heimat östlich von Oder und Neiße verloren, waren mehrere hunderttausend Reichsbürger vor allem in Schlesien und Masuren zurückgeblieben. Es handelte sich in der Regel um Fachkräfte, auf deren Kenntnisse die polnischen Neusiedler angewiesen waren und die man zwangsweise im Lande hielt, sowie um alteingesessene Bewohner, die nach Annahme der polnischen Staatsangehörigkeit bleiben durften. Das galt auch für Deutsche mit einem polnischen Ehepartner. Deutsch in der Öffentlichkeit zu sprechen, wurde in der kommunistischen Ära verboten. Die Diskriminierung und erzwungene Assimilierung machte es den verbliebenen Deutschen nahezu unmöglich, ihre Kultur und Sprache zu pflegen. Verständlich, dass Zehntausende während des politischen „Taufweters“ Ende der 1950er Jahre die vom Staat gebotene Chance nutzten, auf dem Wege der Familienzusammenführung Polen zu verlassen. In der Folge des 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen geschlossenen „Warschauer Vertrages“ setzte eine massenhafte Ausreisewelle von Deutschen aus Po-

len ein, die als Aussiedler in den Westen Deutschlands kamen. Zu ihnen zählte auch der 1978 als Sohn eines Deutschen und einer Polin in Oppeln geborene Fußballspieler Miroslav Klose. Mit dem Ende der kommunistischen Herrschaft und dem Abschluss des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages von 1991 änderte sich die Lage grundlegend. Nationale Minderheiten wie die deutsche, die ukrainische und die litauische konnten sich organisieren, zu Wahlen antreten und ihre Sprachen und Kulturen pflegen. Wie viele deutschstämmige Bürger mit polnischer Staatsbürgerschaft im östlichen Nachbarland leben, ist nicht exakt zu ermitteln. Bei der Volkszählung 2011 gaben rund 45.000 Einwohner eine ausschließlich deutsche Identität an. 103.000 nannten die deutsche neben einer anderen, in der Regel polnischen Volkszugehörigkeit. Das Auswärtige Amt beziffert die deutsche Minderheit auf etwa 300.000 Personen. Organisiert sind die Deutschen in mehreren Vereinen und regionalen Verbänden. Ihre Arbeit konzentriert sich auf die Förderung der deutschen Sprache und Kultur. Der größte ist die Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Deutschen in Oppeln. In der Woiwod-

**Das Auswärtige Amt beziffert die deutsche Minderheit in Polen auf etwa 300.000 Personen.**



Ryszard Galla (links) sitzt für die deutsche Minderheit im polnischen Parlament. Rechts das zweisprachige Ortsschild von Lubowitz am Tag der Enthüllung im Jahr 2008.



schaft haben Deutsche einen Bevölkerungsanteil von etwa 7,7 Prozent. Das macht sich auch politisch bemerkbar. Als Kandidaten der deutschen Liste wurden bei der jüngsten Kommunalwahl 23 Bürgermeister und Gemeindevorsteher gewählt. In drei Kreistagen

verfügt die deutsche Minderheit über die Mehrheit der Mandate. Im Oppelner Bezirksparlament ist sie mit sechs Sitzen zweitstärkste Fraktion. Im nationalen Parlament in Warschau stellt sie einen Abgeordneten. Angehörige der Minderheit mit deut-

scher Staatsangehörigkeit konnten im vergangenen Jahr nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum ersten Mal den Bundestag mitwählen. Mit dem „Schlesischen Wochenblatt“ hat die Minderheit eine eigene Zeitung. Die deutsche evangelische Kirchengemeinde in Breslau gibt den „Christophorboten“ heraus. Sprachrohr der deutschen Katholiken in der Erzdiözese Breslau ist der „Heimatbote.“ Die Minderheit kommt auch im Regionalprogramm des polnischen Hörfunks und Fernsehens zu Wort, allerdings zu ungünstigen Tageszeiten. Finanzielle Mittel bezieht die deutsche Minderheit von Polens Regierung und aus Deutschland. Als unzureichend beklagen Vertreter der Minderheit die Situation von Kindergärten und Schulen. Zwar gibt es vereinzelt bilinguale Einrichtungen, jedoch handelt es sich dabei oft um Privatinitiativen. Damit Kinder ihre deutsche Muttersprache außerhalb der Familie spielerisch lernen können, veranstaltet der Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften sogenannte Samstagkurse. Daran haben allein 2013 gut 2.000 Kinder teilgenommen. Peter Pragal

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



# Brücken bauen in den Osten

**AUSSÖHNUNG** Die schrittweise Annäherung zwischen Westdeutschland und Polen nach dem Krieg war ausgesprochen schwierig und ein diplomatischer Drahtseilakt. Im Zentrum der Gespräche stand stets die kritische Grenzfrage

Polen sei überhaupt der Grund, weshalb er 1969 in die Politik gegangen ist, hat Richard von Weizsäcker (CDU) einmal gesagt. Konsequenzen wollte er ziehen und Verantwortung übernehmen für das, was Hitler-Deutschland dem Nachbarland angetan hatte, aber es ging spürbar auch um seinen persönlichen Anteil daran, denn am 1. September 1939 zählte der junge Weizsäcker zu jenen Soldaten, die in Polen einmarschierten. Mindestens ebenso wichtig wie die Aussöhnung mit Frankreich sei die mit Polen, pflegte auch Helmut Schmidt (SPD) zu sagen. Dass das nicht bloß Rhetorik für ihn war, hatte er bereits im Sommer 1966 mit einer Reise nach Warschau und Moskau klargemacht. Damals hielt Polens Parteichef Wladyslaw Gomulka eine flammende Rede, in der er die DDR als Bollwerk gegen den „westdeutschen Revanchismus“ pries.

**Ostblock** Vor allem dank Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) und Frankreichs Außenminister Robert Schuman war früh ein Brückenschlag mit Frankreich geglückt, auch das schon beinahe ein Wunder. Aber Frankreich gehörte zum Westen, Polen war eingebunden in den Warschauer Pakt. Für die Bonner Politik handelte es sich weniger um ein Land mit Opfern deutscher Aggression, sondern um einen Mosaikstein im gleichgeschalteten Ostblock. Hinzu kam, dass Schlesien, Hinterpommern und das südliche Ostpreußen nun polnisches Staats-

gebiet waren, aber weder CDU/CSU noch SPD sich eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze vorstellen konnten. Erste Schritte zu einer wirklichen Annäherung wagten einige führende Köpfe des Protestantismus Ende der 1950er Jahre bei Evangelischen Kirchentagen. Ihr erstes „Tübinger Memorandum“ aus dem Jahr 1961 wandte sich gegen eine nukleare Aufrüstung und plädierte für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Neben Carl Friedrich von Weizsäcker, dem spiritus rector der Denkschrift, hatten weitere Prominente unterzeichnet. Kurz zuvor war die Mauer durch Berlin errichtet worden, zwei Jahre darauf, 1963, hielt Egon Bahr (SPD) seine berühmte Tutzingener Rede, in der er „Wandel durch Annäherung“ als Formel für das neue Ost-West-Verhältnis empfahl. Der DDR jagte schon der Gedanke einen Schrecken ein, in Polen hingegen ging die Saat auf.

**Grenzfragen** 1965 gab der polnische katholische Episkopat seine berühmte Erklärung an die Deutschen ab mit dem bemerkenswerten Kernsatz: „Wir vergeben und bitten um Vergebung“. Ein Sturm der Entrüstung erhob sich in Polen – Vergebung für was? Flucht und Vertreibung der Deutschen waren bis dahin beschwiegen worden. Ihre moralische Wucht gewann die Botschaft aber rasch, weil die „Bringschuld“ bei der Versöhnung zweifellos die Deutschen hatten. Halbherzig, geradezu reserviert klang die Antwort der



Der Kniefall Willy Brandts 1970 im Gedenken an die Opfer des Warschauer Ghettos war die wohl stärkste politische Geste in der Aussöhnung der beiden Nachbarstaaten.

deutschen Bischöfe, in der sie vor einer Grenzankennung zurückzuckten. Als „Antwort“ darauf, erinnert sich Richard von Weizsäcker, hätten die Protestanten die Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) im selben Jahr zwar nicht gedacht, „komplementär“ aber sollte sie durchaus sein. Der damalige Kirchentagspräsident zählte zu den Mitautoren. Die brisante Botschaft hieß, nicht die Forderung nach der deutschen Wiedervereinigung habe Priorität, Einheit könne nur die Folge eines Ausgleichs mit den östlichen Nachbarn sein.



Gierek (li.) und Schmidt 1975 in Helsinki

Schlagartig veränderte dies die Perspektive: Nicht die „deutsche Frage“, die „polnische Frage“, und also Europas Aussöhnung, rückte ins Zentrum. „Wir mussten Brandt und Bahr doch schubsen“, hat Weizsäcker dazu später gesagt, vor einer Grenzankennung zuckte selbst Brandt zurück. Seine Ostvertragspolitik seit 1969 nahm diese Hürde. Brandt erklärte: „Wir nehmen die Ergebnisse der Geschichte an.“ Warschau reagierte pikiert darauf, dass bei den Verhandlungen dennoch „der Schlüssel in Moskau liegt“, wie Bahr es formulierte. Die Grenzfrage wurde zudem nur vorbehaltlich eines Friedensvertrags geregelt. Aus deutscher Sicht nahm sich das anders aus: Weizsäcker wollte gegen die widerstrebenden Unionsparteien den Warschauer Vertrag als Herzstück der Ostpolitik im Parlament retten. Schließlich gelang das auch, nicht zuletzt mit seiner Hilfe. Sämtliche Ostverträge passierten – denkbar knapp – das Parlament.

**Vergebung** Chiffre für den unumkehrbaren Schritt zur Aussöhnung aber wurde nicht der deutsch-polnische Vertrag, sondern Willy Brandts (SPD) Kniefall vor dem Denkmal für die Helden des Warschauer Ghettos im Dezember 1970. Seine stumme Geste nahm die Vision eines Ostwesteuropas ohne Mauer vorweg. Wir bitten um Vergebung! In der Bundesrepublik lehnte eine Mehrheit die Geste ab. Weil ein „Revanchist“ auf den Knien dem Feindbild zuwiderlief, erlaubte

die polnische Zensur nicht, dass Bilder davon veröffentlicht wurden. Ermöglicht aber hatten den Kniefall zuvor viele Wegbereiter, Eisbrecher, Brückenbauer – Schriftsteller, Journalisten, Theologen darunter, und manche Offiziere außer Dienst. Zur ersten Versöhnungsgeneration hierzulande zählten beispielsweise Klaus von Bismarck, Peter Bender und Marion Gräfin Dönhoff, aber auch Günter Grass mit seiner „Blechtrommel“ und seinem Engagement für Polen. Ähnlich verhielt es sich auf polnischer Seite, es kristallisierte sich eine kleine, einflussreiche „deutsche Fraktion“ heraus, die verblüffend unbefangenen zuhörte, den Ausgleich suchte und zur „Entfeindung“ beitrug, wie Brandt das nannte.

**Auf Augenhöhe** Auf dieser Plattform konnte dann 1970 Edward Gierek aufbauen, als er dem glücklosen Gomulka an der Parteitagspitze nachfolgte. Der flexible Technokrat öffnete Warschau Politik nach Westen. Junge Polen nutzten die neue Möglichkeit, durch Europa zu reisen – besonders nach Westdeutschland, wo sie erstaunt registrierten, wie viel Resonanz das erwachende kulturelle und intellektuelle Polen fand: Leszek Kolakowski, Stanislaw Lem oder Andrzej Wajda. Brandts Nachfolger im Kanzleramt, Helmut Schmidt (SPD), verstand sich blendend mit dem „Reformer“ Gierek, dem Pragmatiker aus dem schlesischen Kattowitz. Ob es um Wirtschaftshilfe, gemeinsame Schul-

bücher oder Arbeits- und Ausreisemöglichkeiten für Deutschpolen ging, locker spielten sie sich die Bälle zu. Bei der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki 1975 demonstrierte Schmidt den versammelten West- und Osteuropäern, dass er Gierek auf Augenhöhe ernst nimmt. Grenzen in Europa durften künftig nur noch friedlich und im wechselseitigen Einverständnis verändert werden. Zudem garantierte die Schlussakte der KSZE, von Bonn inspiriert, Menschen- und Minderheitenrechte, auf die sich auch Warschauer kritische Geister fortan berufen konnten. Eintracht herrschte zwischen Schmidt und Gierek auch in der Hinsicht, dass sie sich beide Reformen im Einflussbereich Moskaus nur von oben herab vorstellen konnten. Auch ihre Skepsis gegenüber allzu viel Mitsprachewünschen von „unten“ ganz generell verband sie, das sollte bis in die unruhigen 1980er Jahre mit Friedensbewegung da und der freien Gewerkschaft Solidarnosc dort noch Folgen tragen. Was heißt es unter dem Strich? So weit wie Frankreich und die Bundesrepublik gelangten Warschau und Bonn bis Ende der 1970er Jahre mit ihrer Aussöhnung zwar noch nicht. Aber eine tragfähige Basis für den Alltag der Nachbarn im geteilten Europa war immerhin gefunden: auch das ein kleines Wunder. *Gunter Hofmann*

Der Autor ist Korrespondent der Wochenzeitung „Die Zeit“.

Anzeige

## Deutsche Politikwissenschaftler von Abendroth bis Zellentin



### Deutsche Politikwissenschaftler – Werk und Wirkung

Von Abendroth bis Zellentin  
Herausgegeben von  
Eckhard Jesse und  
Sebastian Liebold

2014, 849 S., geb., 98,- €  
ISBN 978-3-8329-7647-7  
[www.nomos-shop.de/19360](http://www.nomos-shop.de/19360)



Demokratie, Pluralismus, Integration – Thesen der Politikwissenschaft prägen die Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Band bietet eine vergleichende Würdigung von Werk und akademischer wie öffentlicher Wirkung von 50 wichtigen deutschen Politologen. Er versteht sich als Studienbuch wie als Nachschlagewerk.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.  
Portofreie Buch-Bestellungen unter [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



## Einer friedlichen Zukunft in Europa verpflichtet

**STIFTUNG KREISAU** Auf dem früheren Gut der Familie Moltke in Niederschlesien ist eine Jugendbegegnungsstätte entstanden

Der prominente Name wirkt noch heute als Mahnung und Verpflichtung, ist aber seit einiger Zeit auch beispielgebend für einen neuen Aufbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen. Der sogenannte Kreisauer Kreis steht ursprünglich für jene zivile Widerstandsgruppe, die sich schon ab 1940, also zu Beginn des Zweiten Weltkrieges, mit der Frage befasste, wie Deutschland nach dem Sturz des diktatorischen Nazi-Regimes politisch, wirtschaftlich und sozial grundlegend erneuert werden könnte. Die rund 20 Aktivisten trafen sich in Berlin und München, aber auch auf Gut Kreisau in Niederschlesien (heute Polen), dem Familienbesitz des Grafen von Moltke, um ihre Pläne detailliert auszuarbeiten. Insbesondere der Jurist Helmuth James Graf von Moltke (1907-1945), Begründer der Initiative, hatte den von Berlin gesteuerten Zentralismus des Dritten Reiches für sich selbst früh infrage gestellt und diesem Konstrukt ein Grundgerüst der kommunalen Selbstverwaltung entgegen gesetzt.

**Visionen** Der Kreisauer Kreis entwickelte sich in den Kriegsjahren zu einem intellektuellen Mittelpunkt des Widerstandes gegen das Nazi-Regime, ohne feste Strukturen aufzuweisen. Mitglieder und Sympathisanten kamen aus der bürgerlichen Zivilgesellschaft, den Kirchen und auch der Sozialdemokratie. Die unterschiedlichen Persönlichkeiten fanden ihre gemeinsame Basis in

der Ablehnung des auf Adolf Hitler eingeschworenen Terrorregimes und in christlichen Grundwerten. In ihren Thesen befürworteten die Aktivisten einen föderal organisierten, demokratischen Rechtsstaat. Im Sommer 1943 verständigten sich die Akteure auf außenpolitische Ziele und erwarpen vorausschauend eine europäische Föderation mit „innereuropäischer Einheitswahrung und Wegfall der Zollschranken“. Der Kreisauer Kreis nahm schließlich auch Kontakt auf zu Aktivisten des Widerstandes in den von Deutschland besetzten Ländern Niederlande, Dänemark und Norwegen, zu den Alliierten und zum militärischen Widerstand in Deutschland. Nachdem Moltke im Januar 1944 verhaftet worden war, schlossen sich einige „Kreisauer“ der Widerstandsgruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg an. Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 wurden viele der Kreisauer Aktivisten hingerichtet, darunter auch Moltke, aber ihre Ideen lebten fort.

**Versöhnungsmesse** Überlebt hat auch der bekannte Name Kreisau (polnisch Krzyżowa). Mit der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung, die ihren Sitz auf dem ehemaligen Gutshof der Adelsfamilie Moltke hat, soll „die Tradition des Widerstandes, des Nonkonformismus und der Zivilcourage“, wie es heißt, weiter geführt werden. Als in Berlin die Mauer fiel, feierten nur weni-



Jugendliche vor Schloss Kreisau

ge Tage später, am 12. November 1989, Polen und Deutsche mit dem damaligen polnischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki und Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) auf Gut Kreisau eine Versöhnungsmesse (siehe Seite 7). In der Folge konnte

mit Unterstützung beider Regierungen das in den Jahren heruntergekommene Gut renoviert und als Standort der Stiftung ausgebaut werden. Wichtiger Projektpartner der Stiftung ist die bereits im Sommer 1989 von Berlinern gegründete Kreisau Initiative.

**Begegnungsstätte** Die kommunistische Regierung Polens hatte das Familiengut nach Kriegsende verfallen lassen und den früheren Adelsitz schließlich für eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft freigegeben. Nach der politischen Wende und den finanziellen Zusagen aus beiden Nachbarländern wurde 1998 in Kreisau eine internationale Jugendbegegnungsstätte eröffnet, die von der Stiftung betrieben wird. Auf dem weitläufigen Gelände befinden sich heute neben dem restaurierten Schloss Kreisau auch Gästezimmer und Konferenzräume, ein Cafe, Sportflächen und ein Grillplatz. Eine Dauerausstellung im Schloss widmet sich der Geschichte des Widerstandes und der Opposition im 20. Jahrhundert und bietet damit auch eine Rückbesinnung auf die einstigen Visionen des Kreisauer Kreises. *Claus Peter Kosfeld*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Polen fehlen die Bildikonen für das Wendejahr 1989, wie die tanzenden Menschen auf der Berliner Mauer, Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) auf dem Balkon der bundesdeutschen Botschaft in Prag, der den dort wartenden DDR-Flüchtlingen die Freiheit verkündet, oder die ungarischen Soldaten, die den Stacheldraht an der Grenze nach Österreich abbauen. Doch hat Polen einen enormen Anteil an den friedlichen Veränderungen im Ostteil Europas, die zur Auflösung des Sowjetblocks führten. Während die meisten Bundesbürger vor allem Kremlchef Michail Gorbatschow den Verdienst am Ende der Teilung Europas zuschreiben, sieht sich die überwältigende Mehrheit der Polen dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan sowie zwei Landsleuten zum Dank verpflichtet: Papst Johannes Paul II. und Arbeiterführer Lech Walesa. Der polnische Papst hatte im Juni 1979, ein halbes Jahr nach seiner Wahl, seine Heimat besucht. Ohne die Welle der Begeisterung, die er damit zur Bestürzung der Parteiführung auslöste, wäre sicherlich nicht im Sommer des folgenden Jahres die unabhängige Gewerkschaft Solidarnosc entstanden, die auch zum Sammelbecken der bislang unnachgiebig verfolgten Demokratiebewegung wurde, somit das erste große Bündnis zwischen Intellektuellen und Arbeitern. Binnen weniger Monate zählte die Solidarnosc mehr als neun Millionen Mitglieder. Im Danziger Abkommen vom August 1980 musste die Parteiführung ihr politische Zugeständnisse machen.

**Kriegsrecht** Im Kreml erkannte man die Bedrohung für den Herrschaftsanspruch der kommunistischen Nomenklatura, der neue Partei- und Regierungschef, General Wojciech Jaruzelski, verpflichtete sich, die Massenbewegung zu zerschlagen. Doch die Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981, das mit schwersten Menschenrechtsverletzungen, politischen Morden, dreistesten Propagandalügen und krassen Versorgungsmängeln einherging, konnte die Solidarnosc-Führung um Walesa nicht brechen. Dieser ließ sich auch nicht durch angebotene Privilegien korrumpieren, er sah sich durch den Zuspruch des Papstes in Rom gestärkt. Vor allem aber vermittelte der Papst seinen Landsleuten, dass sie von gewaltsamen Erhebungen ablassen sollten, wie es seit zwei Jahrhunderten polnische Tradition war.

Die DDR-Führung begrüßte das Kriegsrecht, Monate zuvor hatte Staats- und Parteichef Erich Honecker den Reiseverkehr mit Polen weitgehend einstellen lassen, da er die Ansteckung der DDR-Bürger durch den Solidarnosc-Virus befürchtete. Die DDR-Presse veröffentlichte antipolnische Kommentare und Karikaturen, sie belebte das alte preußische Klischee vom „faulen und unzuverlässigen Polen“. In der Bundesrepublik waren die Reaktionen auf das Kriegsrecht geteilt: Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) lobte, dass nun die Stabilität der Volksrepublik Polen und das Gleichgewicht der Blöcke wieder hergestellt seien. Auf diese Weise dokumentierte er, welcher tiefgreifender Unterschied zwischen Deutschen und Polen besteht: Für die Deutschen ist nach den beiden Weltkriegen Frieden das höchste Gut, für die Polen aufgrund ihrer historischen Erfahrungen aber die nationale Freiheit, für die sie auch zu kämpfen bereit sind.

**Unterstützung durch Kohl** Auch Schmidt's Amtsvorgänger Willy Brandt (SPD), wegen der faktischen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze in Polen bis dahin hoch geachtet, kam mit der Solidarnosc nicht zurecht. Der deutsche Friedensnobelpreisträger hoffte auf eine Rückkehr zur Entspannungspolitik mit der Parteiführung und lehnte deshalb ein Treffen mit dem polnischen Friedensnobelpreisträger Lech Walesa ab. Hingegen unterstützte die CDU unter Helmut Kohl von Anfang an die Solidarnosc

# Die Polen machten den Anfang vom Ende

**UMSTURZ IN OSTEUROPA** Die Bedeutung der Solidarnosc, des Papstes und der USA



1991 trifft Papst Johannes Paul II. (rechts) auf seiner vierten Reise in sein Heimatland mit dem damaligen polnischen Präsidenten Lech Walesa zusammen.

politisch sowie auch finanziell – und trug damit nicht wenig zu dem im Prinzip guten Einvernehmen zwischen Bonn und Warschau in der Nachwendzeit bei. Dass es zu dieser Wende überhaupt gekommen ist, sieht die überwältigende Mehrheit der Polen als Folge des politischen Drucks, den das Weiße Haus unter Ronald Reagan auf die Sowjetunion ausübte. In Moskau kamen demnach Partei und KGB zur Einsicht, dass der Sowjetblock ohne grundlegende Reformen hoffnungslos ins Hintertreffen

geraten würde. Reagan habe somit dem „großen Kommunikator“ Gorbatschow den Weg an die Macht geebnet. Dieser erkannte, dass Moskau nicht mehr die Kraft hatte, den Polen ihren politischen Weg vorzuschreiben. Angesichts des drohenden Staatsbankrotts musste Jaruzelski nach einer Streikwelle die Solidarnosc wieder zulassen. Bei den Verhandlungen am Runden Tisch im Frühjahr 1989, die Vorbild für andere Ostblockstaaten wurden, beginnend mit der DDR, einig-

ten man sich an der Weichsel auf die ersten halbfreien Wahlen im Ostblock. Sie endeten am 4. Juni 1989 mit einem Erdrutschsieg der Solidarnosc, allerdings waren zwei Drittel der Sejm-Mandate vereinbarungsgemäß den Blockparteien vorbehalten. Nun aber gelang es zweien der juristischen Berater der Solidarnosc, den bislang unauffällig gebliebenen Zwillingen Jaroslaw und Lech Kaczynski, hinter den Kulissen die Blockparteien zum Seitenwechsel zu bewegen. So ergab sich im Sejm eine Mehrheit für die

Wahl eines weiteren Solidarnosc-Beraters, des katholischen Publizisten Tadeusz Mazowiecki, zum ersten nicht-kommunistischen Premier der Nachkriegszeit.

**Walesa wird Präsident** Allerdings zerfiel Anfang 1990 die Demokratiebewegung. Mit Hinweis auf die inzwischen erfolgten Regimewechsel in den anderen Ostblockstaaten verlangte Walesa nämlich Neuwahlen, da der bisherige Sejm zu zwei Dritteln nicht demokratisch legitimiert war und somit

auch nicht der von ihm gewählte Staatspräsident Jaruzelski. Doch Mazowiecki und der linksliberale Flügel der Solidarnosc um den Historiker Bronislaw Geremek sowie den Publizisten Adam Michnik wollten an der Koalition mit den Kommunisten festhalten, obwohl sich deren Partei inzwischen aufgelöst hatte. Sie fürchteten, Walesa wolle ein nationalkatholisches Regime errichten – es war eine krasse Fehleinschätzung. Der Arbeiterführer setzte sich schließlich in dem Streit durch, er wurde zum Nachfolger Jaruzelski als Staatsoberhaupt gewählt. Doch die politischen Gräben zwischen den einstigen Kämpfern der Solidarnosc waren nicht mehr zuzuschütten. Immerhin bildete sich auf diese Weise ein weitgefächertes Parteiensystem heraus, das allerdings anders strukturiert ist als in der Bundesrepublik. So blieb das Demokratische Linksbündnis (SLD), Erbe der kommunistischen Arbeiterpartei, vor allem eine Interessenvertretung der ehemaligen Nomenklatura, immer wieder verstrickt in Korruptionsaffären und Finanzskandale. Aus der liberalen Strömung in der Solidarnosc ging die vom heutigen Premier Donald Tusk geführte Bürgerplattform (PO) hervor, dieser hat sich allerdings zum staatstragenden Konservativen gewandelt.

Zur Partei der kleinen Leute wurde dagegen die Gruppierung „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) unter Führung Jaroslaw Kaczynski, dessen Zwillingsbruder Lech 2010 beim Absturz der Präsidentenmaschine bei Smolensk den Tod fand. Die PiS steht weltanschaulich für nationalkonservative Positionen, das Wirtschaftsprogramm aber ist klassisch sozialdemokratisch. Kaczynski wird deshalb auch von der heutigen Solidarnosc unterstützt, die allerdings nur noch rund eine halbe Million Arbeitnehmer zählt.

**Streit mit Berlin** Die Zwillinge hatten 2006/2007 für 15 Monate als Präsident und Premierminister eine Doppelherrschaft ausgeübt, dabei auf Konfrontation zur Bundesrepublik gesetzt – vor allem wegen ihrer Überzeugung, die Deutschen wollten die Geschichte des Zweiten Weltkriegs zuungunsten Polens umschreiben. Es handelte sich um ein weiteres krasse Missverständnis, an dem die deutsche Seite allerdings nicht unschuldig war: Die Zwillinge wurden lange nicht von den deutschen Politikern ernstgenommen; die in Warschau sehr aktiven Parteienstiftungen versäumten es, sie in den deutsch-polnischen Dialog einzubinden, und begaben sich somit der Chance, deren quere Weltsicht zurechtzurücken. Überdies dämonisierte sie ein Teil der deutschen Medien in überzogener Weise. So wurden sie als verbohrt Antisemiten gebrandmarkt, dabei war das Gegenteil richtig: Sie haben sich energisch dafür eingesetzt, den traditionellen Antisemitismus der polnischen Rechten zu überwinden. Auch wurden ihre Warnungen vor dem Neoliberalismus Wladimir Putins und den politischen Gefahren der engen Zusammenarbeit der Deutschen mit dem Monopolisten Gazprom ignoriert.

Eine entschlossener Haltung gegenüber Moskau fordern heute aber auch die Vertreter des linken Flügels der ehemaligen Solidarnosc, an erster Stelle Adam Michnik, Chefredakteur der Gazeta Wyborcza, der größten Zeitung des Landes. Polnische Politiker von rechts bis links haben auf dem Maidan in Kiew neben den vielen dort wehenden Europafahnen die Flagge mit dem berühmten roten Logo gehisst. Sie sind sich einig, dass das Erbe der Solidarnosc sie dazu verpflichtet, auch die Demokratiebewegung in der Ukraine zu unterstützen. Man kann hier auch auf gemeinsame Erfahrungen verweisen: Auch die Solidarnosc wurde einst von der Kremlpropaganda als US-finanzierte faschistische Kraft gebrandmarkt. **Thomas Urban**

Der Spanien-Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ berichtete von 1988 bis 2012 für die SZ aus Warschau, Moskau und Kiew.

## Der Kanzler fühlte sich am falschen Ort

**MAUERFALL** Wegen der Ereignisse in Berlin unterbricht Helmut Kohl 1989 seine Visite in Polen. Nach seiner Rückkehr tauscht er mit Premier Mazowiecki in Kreisau den Friedensgruß

9. November 1989, 18 Uhr: In Ost-Berlin beginnt eine rund einstündige Pressekonferenz, an deren Ende SED-Politbüromitglied Günter Schabowski über die neue Reiseregulation der DDR berichtet. Um 19.05 Uhr verbreitet die Nachrichtenagentur AP als Eilmeldung: „DDR öffnet Grenze“. An diesem Abend fällt in Berlin die Mauer.

Zur selben Zeit, von 18.05 Uhr bis 19 Uhr, spricht Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) mehr als 500 Kilometer weiter östlich in Warschau mit dem „Solidarnosc“-Vorsitzenden Lech Walesa. Wie ein Aktenvermerk des Kanzleramts ausweist, bezweifelt Polens späterer Präsident dabei, dass „die Mauer in ein bis zwei Wochen noch stehen wird“. Am nächsten Morgen trifft Kohls außenpolitischer Berater Horst Tascher auf Walesa. Nun sei alles noch viel rascher geschehen, als er das gestern prophezeit habe, sagt Walesa dem Deutschen. „Zwar freue er sich über den Fall der Mauer, fürchte aber, dass Polen „den Preis dafür zahlen“ werde, da die westdeutsche Politik und Wirtschaft sich nun vollkommen auf die DDR konzentrieren werde. „Meine Antwort soll beschwichtigen, fällt aber schwach aus, denn im Grunde

weiß ich, dass er recht hat“, erinnert sich Tetschik später in seinem Buch „329 Tage. Innenansichten der Einigung“.

**Erste Visite** Fünf Tage waren für Kohls ersten offiziellen Besuch in Polen angesetzt. 1970 hatte sein Vorgänger Willy Brandt (SPD) mit seinem Kniefall von Warschau ein weltweit beachtetes Zeichen zur Aussöhnung gesetzt. Eine endgültige Aussöhnung lag indes noch ein gutes Stück in der Ferne, weshalb Kohl – wie Tetschik damals zitiert wurde – nicht den Ehrgeiz hatte, mit dem Besuch die Aussöhnung zum Abschluss zu bringen. Er und Polens erster nichtkommunistischer Ministerpräsident seit dem Zweiten Weltkrieg, Tadeusz Mazowiecki, hatten sich aber „vorgenommen, mit diesem Besuch einen Durchbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen zu erzielen“, wie Kohl in seinen „Erinnerungen“ schreibt. Die Vorbereitungen waren intensiv und schwierig, mit Missverständnissen und Streit. In der Frage der Oder-Neiße-Grenze hatte sich Kohl laut Tetschik „vor der Reise darauf beschränkt, die Rechtspositionen zu wiederholen, die alle Regierungen vor ihm



„Gruß der Versöhnung“: Mazowiecki (links) und Kohl beim Gottesdienst in Kreisau

vertreten haben“. Gestrichen wurde das umstrittene Vorhaben eines Besuch Kohls auf dem oberschlesischen Annaberg, auf dem 1921 polnische und deutsche Freischärler blutig aneinander geraten waren.

Und nun kommt, kaum dass der Kanzler in Warschau ist, zu alledem auch noch die Weltsensation des Mauerfalls. Für Kohl stellt sich die Frage, den Besuch zu unterbrechen. Nach einem Staatsbankett spricht er

am späten Abend vor mitgereisten Journalisten von der schwierigen Lage gegenüber seinen Gastgebern, aber auch von dem Gefühl, am falschen Ort zu sein. „Aber wenn schon im Ausland, dann ist hier der richtige Platz“, würdigt er Polens Vorreiterrolle beim Umbruch in Osteuropa. Danach sieht er die ersten TV-Bilder aus Berlin. „Sofort stand für mich fest, dass ich trotz der Wichtigkeit meines Polen-Besuchs zurück nach Deutschland musste. Der Platz des Bundeskanzlers konnte in dieser Stunde nur in der deutschen Hauptstadt sein“, heißt es in Kohls „Erinnerungen“.

**Über Berlin nach Bonn** Am 10. November setzt er zunächst sein Programm mit Kranzniederlegungen und Gesprächen fort. Um 14.30 Uhr fliegt er über Hamburg nach Berlin zu Kundgebungen, dann weiter nach Bonn, wo er mit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher und US-Präsident George Bush telefoniert, am nächsten Tag mit Frankreichs Präsident Francois Mitterrand und mit SED-Generalsekretär Egon Krenz sowie – nach einer Sondersitzung des Bundeskabinetts – mit dem sowjetischen

Präsidenten Michail Gorbatschow. Gegen 15 Uhr fliegt er zurück nach Warschau. Dort, schreibt er später, bekommt er zu spüren, dass „die Ereignisse der zurückliegenden Stunden (...) die Sorgen der Polen vor einem übermächtigen Gesamtdeutschland potenziert“ haben. Neben gemeinsamen Abkommen und Erklärungen kommt es schließlich bei einem Gottesdienst im schlesischen Kreisau auf dem einstigen Gut des Grafen Moltke, das im Dritten Reich einem Widerstandskreis den Namen gegeben hatte (siehe Seite 6), zur öffentlichen Versöhnungsgeste: Beim liturgischen Friedensgruß umarmen sich Kohl und Mazowiecki nach kurzem Zögern; ein „Gruß der Versöhnung“, wie Kohl später sagt. „Wir haben zueinander gesagt: Gott segne dich, Gott segne dein Volk! Und das dürfen wir nicht sagen ohne Folgen.“ **Helmut Stoltenberg**

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Die miteinander verwebenen politischen Umbrüche in Deutschland und Polen konnten kaum sinnvoller zum Ausdruck kommen als am 9. November 1989: Während eines Besuchs in Warschau wurde Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) von der Öffnung der Berliner Mauer überrascht. Es entstand eine politische Dynamik, deren Steuerung in den darauffolgenden Monaten in Bonn und Warschau höchste Staatskunst und politischen Weitblick verlangte.

Die deutsch-polnische Grenze war nur kurzzeitig wieder ein Konfliktpunkt, ehe sie im Grenzbestätigungsvertrag vom 14. November 1990 von Deutschland und Polen endgültig besiegelt wurde. Seit mehr als 200 Jahren gab es erstmals keinen deutsch-polnischen Grenzstreit mehr. Der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991 liefert bis heute den Rahmen für die Zusammenarbeit. Mit seinen 38 Artikeln ist er der umfangreichste bilaterale Freundschaftsvertrag, den die Bundesrepublik Deutschland jemals abgeschlossen hat. Für die Bundesregierung stellen seinerzeit die Kapitel zu den Minderheitenrechten (Artikel 20-22) und für die polnische Regierung die deutsche Zusage, Polen den Weg in die europäische Integration zu ebnet (Artikel 8), die wichtigsten Bestimmungen dar, die beide Regierungen für eine breite gesellschaftliche und politische Unterstützung benötigten.

**Geschichte Symbolik** Tatsächlich entwickelte sich das deutsch-polnische Verhältnis in den 1990er Jahren so vielfältig und intensiv wie nie zuvor in der neuzeitlichen Beziehungsgeschichte der beiden Nationen. Auf den Partnerschaftsvertrag folgte eine größere Anzahl von bilateralen Abkommen, die von der Erweiterung und Vertiefung der Beziehungen Zeugnis ablegten, aber auch von dem großen Nachholbedarf, wenn es darum ging, eine stabile und weiter ausbaufähige Infrastruktur lebendiger Nachbarschaft, insbesondere entlang der deutsch-polnischen Grenze, zu schaffen.

Von großem politischem Fingerspitzengefühl zeugten in den 1990er Jahren symbolische Geste des deutschen und polnischer Politiker, etwa die Teilnahme von Bundespräsident Roman Herzog an den Feierlichkeiten aus Anlass des 50. Jahrestags des Ausbruchs des Warschauer Aufstands am 1. August 1994 und die Rede von Außenminister Wladyslaw Bartoszewski im Bundestag aus Anlass des 50. Jahrestags der Beendigung des Zweiten Weltkriegs 1995. Politische Symbolik sieht sich seit dieser Zeit immer wieder publizistischer Kritik ausgesetzt. Dagegen ist zu sagen, dass die symbolträchtigen Rituale zur Selbstvergewisserung beitragen und in den meisten Fällen nur eine Verdichtung dessen sind, was an Verständigungsarbeit zwischen den Menschen tatsächlich geleistet wird.

**Rückfälle** Mit dem Erfolg der deutsch-polnischen „Interessengemeinschaft in Europa“, verstanden vor allem als Deutschlands Fürsprecherrolle für Polen auf dem Weg in die NATO und in die EU, schied deren ursprüngliche Aufgabe erfüllt zu sein. Die Ratlosigkeit im Umgang mit der neuartigen deutsch-polnischen Partnerschaft nach der Westintegration Polens war offenkundig. Was gab es noch für Aufgaben? Die ließen dann jedoch nicht lange auf sich warten. Es war ein schlechter Prozess, der eine gegenseitige Entfremdung förderte und damit begonnen hatte, dass es zu ersten Irritationen nach dem Abgang von Kanzler Kohl im Herbst 1998 kam, der in Polen parteiübergreifend als „europäischer Deutscher“ hohes Ansehen genoss. Zuerst waren es geschichtspolitische Debatten, dann folgten neue außen- und sicherheitspolitische



Nach einer schwierigen Annäherung sind die Nachbarn Deutschland und Polen nunmehr vereint in der Europäischen Union.

## Fast ein Wunder

**NACH DER WENDE** Mit dem politischen Umbruch 1989 traten auch die deutsch-polnischen Beziehungen in eine neue Phase

Fragen nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA, die einen Keil zwischen Berlin und Warschau trieben. Da stand die angebliche Arroganz Berlins, das mit Russland und China eine Koalition der Gegner eines Irakfeldzugs gegen die Regierung von US-Präsident George W. Bush aufbaute, gegen die blinde „Gefolgschaft“ Warschaws, des „Schoßhunds der Amerikaner“. Rückfälle in alte Denk- und Wahrnehmungsmuster mit Blick auf „die Deutschen“ und „die Polen“ waren zu beklagen. Hinzu traten in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts zwei weitere Themen, ganz besonders verstörend im Hinblick auf die Perspektiven der deutsch-polnischen Beziehungen: Die Debatte über eine europäische Verfassung und das heftig umstrittene deutsch-russische Pipeline-Projekt.

Die Abkühlung der deutsch-polnischen Beziehungen am Ende der rot-grünen Regierungsperiode (2005) lässt verblasen, was die Bilanz tatsächlich hätte heller erstrahlen lassen können. Berlin agierte nämlich konsequent als Anwalt polnischer EU- und NATO-Ambitionen. Dank der Intervention von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) beim französischen Präsidenten Jacques Chirac erreichte Polen finanziell günstige Beitrittsbedingungen und eine herausgehobene Stellung im Abstimmungsmodus des Nizza-Vertrags. Die Bundesregierung packte das Jahrzehntlang verschleppte Problem einer Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter an und vermittelte erfolgreich zwischen deutschen Unternehmen und Opferverbänden. Was zuletzt aber in Erinnerung blieb aus Schröders Kanzler-

schaft und ihm bis heute wie Pech an den Füßen klebt, war der energiepolitische Deal mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin über den Bau einer Gaspipeline durch die Ostsee.

**Annäherung** Die polnische Regierung unter der national-konservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) tat mit ihrer deutschlandskeptischen Politik und bisweilen antideutschen Rhetorik für zwei Jahre das Ihre, um die politischen Beziehungen auf einen nicht mehr für möglich gehaltenen Tiefpunkt zuzusteuern. Nach dem Wahlsieg der liberal-konservativen „Bürgerplattform“ (PO) von Donald Tusk im Spätherbst 2007 kam es dann mit der Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU) zu einer Renaissance der

„deutsch-polnischen Interessengemeinschaft in Europa“. Zum Themenkatalog gehörte eine östliche Nachbarschaftspolitik. Gemeinsame deutsch-polnische Beiträge zur Formulierung einer EU-Ostpolitik sollten eine stabilisierende Funktion nicht nur für die bilateralen Beziehungen, sondern auch für die gesamte europäische Entwicklung haben.

**Schuldenkrise** Zunächst wurden Berlin und Warschau jedoch von der Schuldenkrise eingeholt. Seit 2008 ging es auf einmal um den Erhalt des Projektes Europa. Und das Positive ist, dass Berlin und Warschau in den EU-existenzgefährdenden Monaten und bis heute eine vergleichbare Stabilitätsphilosophie, Wirtschafts- und Finanzpolitik vertreten. Beide Staaten haben Gründe dafür, eine dauerhafte Spaltung der EU zu verhindern und behalten dabei immer im Auge, dass die Nicht-Mitgliedschaft Polens in der Euro-Zone droht, die Nachbarn in unterschiedliche Interessenzonen auseinanderdriften zu lassen. Die Erwartung Polens an den neuen Verbündeten Deutschland gipfelte in dem vom polnischen Außenminister Radoslaw Sikorski in Berlin im Herbst 2011 ausgesprochenen Appell: „Deutsche Macht fürchte ich heute weniger als deutsche Untätigkeit“ – vorausgesetzt sie werde zugunsten des europäischen Projektes eingesetzt.

Ein vergleichbares politisches Interesse und Verantwortungsgefühl verbindet Berlin und Warschau auch bei der „Östlichen Partnerschaft“, die mit der Ukraine, Moldawien und Georgien in eine neue Phase getreten ist. Teilweise gescheitert wegen des zögerlichen Engagements und der Inkonsequenz der Europäer, fördert sie jetzt angesichts der dramatischen Entwicklungen in der Ukraine das Zusammengehen von Deutschland und Polen und brachte sogar die totegebliebene trilaterale Kooperation („Weimarer Dreieck“) zu einer Wiederbelebung, als am 20./21. Februar 2014 die Außenminister Walter Steinmeier (SPD), Sikorski und der Franzose Laurent Fabius in Kiew eine friedliche Lösung des innerukrainischen Machtkampfes suchten.

Die eklatante Verletzung des Völkerrechts und die fortgesetzte Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine durch Russland stellen nicht nur Deutschland und Polen vor die Frage, wie der Erschütterung der europäischen Friedensordnung durch die Großmacht Russland begegnet werden soll. So gewinnt auch das Thema Energiesicherheit, das die deutsch-polnischen Beziehungen vor knapp zehn Jahren so stark emotionalisierte, überraschende Aktualität. Deutschland und Polen ziehen heute an einem Strang, wenn es darum geht, grundlegende zivilisatorische Werte in Europa zu verteidigen.

**Gemeinsame Verantwortung** So blieb das, was im vergangenen Vierteljahrhundert an politischer Partnerschaft zwischen Deutschland und Polen aufgebaut wurde, über lange Zeit unvorstellbar, blickte man auf die historischen Ausgangsbedingungen nach 1945 zurück. Bundespräsident Joachim Gauck sprach am 29. Juli in Berlin zur Eröffnung einer Ausstellung über den Warschauer Aufstand 1944 in Anwesenheit von Staatspräsident Bronislaw Komorowski von einem „Wunder“, dass das Bekenntnis von Schuld der Versöhnung und dem Vertrauen den Weg geebnet habe. Heute sind es kaum mehr bilaterale Probleme, sondern es ist die gemeinsam empfundene Verantwortung für die Zukunft Europas, die Deutsche und Polen verbindet im Wissen darum, dass nichts garantiert ist und alles wieder verloren gehen kann, wenn nicht täglich für den Frieden gearbeitet wird. Dieter Bingen

Der Autor ist Direktor des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt. ■

## »Wir dürfen keine Osteuropa-Politik ohne Polen machen«

**MARTIN PATZELT** Der CDU-Bundestagsabgeordnete wünscht sich mehr Wertschätzung für die polnischen Nachbarn und würdigt ihren »wahnsinnigen Fleiß«

**Herr Patzelt, vor vier Jahren sind Sie Ehrenbürger der polnischen Stadt Slubice geworden. Wie sieht eine gute Zusammenarbeit zwischen zwei Städten, die durch eine Ländergrenze getrennt sind, aus?**

Als Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder) habe ich damals versucht, die Polen kennen zu lernen. Ich denke, nur durch die Frage „Warum?“ kann man eine Kultur wirklich verstehen. Das hat eine gute Grundlage für die Zusammenarbeit geschaffen. Wir haben gemeinsam Projekte entwickelt, zum Beispiel ein Jugendorchester, eine Seniorenakademie, Kindertagesstätten und ein Gymnasium. Ich habe auch ein Kompetenzzentrum mit polnischen und deutschen Mitarbeitern auf den Weg gebracht. Ich hätte damals noch gerne viele andere Projekte umgesetzt, zum Beispiel eine Straßenbahn, die über die Grenze fährt, aber das war noch nicht realisierbar.

**Welche Rolle spielen Sie dabei noch als Bundestagsabgeordneter?**

Meine Rolle ist derzeit eher die eines Außenstehenden, denn mein Einfluss als Parlamentarier ist nicht unbedingt messbar. Aber ich bemühe mich darum, in Diskussionen hineinzuwirken und Projekte zu befördern – das alles aber mit einer gewissen Zurückhaltung, weil ich eben nur unterstützend wirken. Wenn aber deutsch-polnische Veranstaltungen in Frankfurt stattfinden, werde ich immer wieder eingeladen. Hier und da gebe ich auch mal meinen Rat – wenn er erwünscht ist.



Patzelt vor der Grenzbrücke in Frankfurt.

ren. Mir war es auch wichtig, meinen Kindern die schlesische Heimat meiner Eltern zu zeigen.

**Wie schätzen Sie denn die aktuelle deutsch-polnische Beziehung ein?**

Ich meine schon, dass die Bundesregierung einen ganz guten Draht zu Polen hat. Wichtig ist nur, dass wir die historischen Erfahrungen und die daraus erwachsenen Befindlichkeiten der Polen nie außer Acht lassen und deshalb wichtige Dinge, etwa in der Ukraine-Krise, gemeinsam besprechen. Ich denke, dass sich Polen in letzter Zeit ein bisschen von uns alleine gelassen gefühlt hat. Wir müssen dem Land zu verstehen geben, dass es gehört wird. Allgemein stehen Deutschland und Polen aber als gutes Beispiel für Versöhnungsarbeit.

**Wo werden in Zukunft die größten Herausforderungen in der deutsch-polnischen Beziehung liegen und woran müssen wir besonders arbeiten?**

Auch wenn wir manchmal unterschiedliche politische Standpunkte vertreten, sollten wir die Polen nicht übergehen. Allgemein dürfen wir keine Osteuropapolitik ohne Polen machen. Differenzen müssen ausdiskutiert werden. So bringen wir den Polen eine Wertschätzung entgegen. Eine weitere Herausfor-

derung wird wohl die Ökologie sein. Wir können Polen nicht zwingen, auf ein geplantes Atomkraftwerk zu verzichten. Auch hier müssen wir miteinander daran arbeiten, dass Atomenergie für Polen verzichtbar wird. Außerdem müssen beide Länder weiterhin Vorurteile und Klischees aufarbeiten und gegen den Rechtsradikalismus vorgehen. Wir müssen die Geschichte gemeinsam aufarbeiten und die Zukunft gemeinsam gestalten.

**Was können wir von den Polen lernen?**

Lernen können wir vom wahnsinnigen Fleiß der Polen. Der rührt wohl daher, dass sie im Gegensatz zu uns nie große Subventionen bekommen haben. Um ihre Familien zu ernähren, stechen sie heute noch bei uns Spargel aus. Sozialhilfe und Arbeitslosengeld liegen in Polen nach wie vor unter dem EU-Durchschnitt. Die Polen müssen hart arbeiten, um gut zu leben. Zum anderen sehen wir aber auch, dass die Polen viel mehr Freude an öffentlichen und gemeinschaftlichen Leben haben. So gesellig zu sein und so zu feiern wie die Polen, das können wir in Deutschland leider nicht.

Das Interview führte Juliane Fiegler. ■

Die Autorin arbeitet als freie Journalistin in Berlin.

### GEMEINSAME INITIATIVEN

#### Das Deutsch-Polnische Jugendwerk

Im Jahr 1991 wurde das Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW) gegründet, das sich zum Ziel gesetzt hat, junge Menschen aus beiden Ländern zusammen zu bringen. Seitdem hat die Organisation mit Standorten in Potsdam und Warschau diverse Jugendprojekte mit insgesamt etwa 2,5 Millionen Teilnehmern unterstützt. Die möglichen Aktivitäten reichen von Theater-Workshops und Malwerkstätten über Fußballturniere bis hin zu Umweltprojekten. Fahrten zu Gedenkstätten, Praktika im Nachbarland und Schüleraustauschprogramme werden ebenfalls gefördert. Seminare und Kontaktbörsen sowohl für Lehrer als auch für außerschulische Projektleiter bietet das Jugendwerk selbst an.

#### Bundesverband der Deutsch-Polnischen Gesellschaft

Der Bundesverband der Deutsch-Polnischen Gesellschaft (DPGB) ist 1995 aus dem Bundesverband deutsch-polnischer Gesellschaften hervorgegangen. Sie steht nach wie vor in der Tradition der einzelnen deutsch-polnischen Gesellschaften, die sich schon seit den 1970er Jahren in den alten Bundesländern dafür engagieren, dass Deutschland und Polen zusammenarbeiten. Seit 1987 erscheint das zweisprachige „Deutsch-Polnische Magazin“ – das zentrale Projekt des DPGB. Mit einer Auflage von 7.000 Exemplaren ist es eins der größten binationalen Printprojekte in Europa. Sowohl in Polen als auch in Deutschland organisiert der DPGB Fachkonferenzen und Podien zur Beziehung beider Länder.

#### Die Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit

Die 1991 gegründete Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit (SdpZ) fördert gemeinsame Projekte. Schwerpunkte sind Initiativen auf kommunaler Ebene und die Stärkung der wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit. Auch der Informationsaustausch, der den Wissensstand und die Medienberichterstattung über das jeweils andere Land verbessern soll, stehen besonders im Fokus. Unter den rund 600 Projekten, die die Stiftung jährlich fördert, sind deshalb ein Deutsch-Polnischer Journalistenpreis, Deutsch-Polnische Medientage sowie Stipendien für Journalisten, Schriftsteller und Übersetzer.

#### Verband für die deutsche Minderheit in Polen

Schätzungsweise 300.000 Menschen mit deutscher Nationalität leben in Polen und sind dort in verschiedenen Organisationen vereint, die ihren Sitz in sogenannten Begegnungsorten haben und oft durch regionale Dachorganisationen betrieben werden. Fast alle dieser Organisationen sind durch den Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften (VdG) in Polen mit Sitz in Oppeln (Opole) auf nationaler Basis repräsentiert. Der VdG ist somit erster Gesprächspartner für die deutsche und polnische Regierung und arbeitet intensiv in den Bereichen Kultur, Bildung und Medien.

#### Deutsch-Polnische Industrie- und Handelskammer

In Polen ist die Deutsch-Polnische Industrie- und Handelskammer mit Sitz in Warschau die größte bilaterale Kammer, für Deutschland ist sie eine der international einflussreichsten Auslandshandelskammern (AHK) überhaupt. Die Mitgliedsfirmen, die die Kammer finanziell tragen, kommen beispielsweise aus der Automobil-, Lebensmittel-, Textil- oder Elektronikindustrie. Die Kammer berät Firmen aus Deutschland und Polen professionell zum Beispiel in Fragen der Unternehmensführung, aber auch in Steuer- und Rechtsfragen, beim Marketing oder in der Aus- und Weiterbildung. Auf diese Weise fördert die Industrie- und Handelskammer die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Nachbarländer.

#### Deutsch-Polnische Juristenvereinigung

Seit dem Ende des Kalten Krieges ist das Interesse deutscher Juristen nicht mehr nur auf westeuropäische Länder und auf die Vereinigten Staaten von Amerika gerichtet, sondern zunehmend auch auf mittel- und osteuropäische Länder. Deshalb wurde bereits im Jahr 1990 die Deutsch-Polnische Juristenvereinigung (DPJV) gegründet. Juristen, die an Fragen des polnischen Rechts interessiert sind, können hier aktuelle Informationen bekommen. Um das Wissen über polnisches Recht zu vertiefen, organisiert die DPJV Fachtagungen. Auch für die juristischen Nachwuchs stehen Angebote zur Verfügung: so etwa ein deutsch-polnischer Praktikumsaustausch, ferner Ausbildungsmöglichkeiten oder eine Jobbörse. juf

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Der Visionär der deutsch-polnischen Doppelstadt „Slubfurt“, Michael Kurzwelly, präsentiert seine Idee auf der Oderbrücke zwischen Frankfurt und Slubice

# Doppelstadt mit Doppelbürgern

**FRANKFURT/SLUBICE** Auf beiden Seiten der Oder wächst die Gemeinsamkeit. Von der Grenze ist fast nichts mehr zu merken

Vermutlich ist Sören Bollmann so etwas wie der Prototyp des Slubfurter Bürgers. Slubfurt, das ist eine Konstruktion des Kulturwissenschaftlers Michael Kurzwelly, erdacht vor mehr 15 Jahren. Damals dachte man auf beiden Seiten der Oder darüber nach, wie ein Zusammenwachsen von Frankfurt (Oder) und Slubice gelingen könnte. Kurzwelly ersann die fiktive Stadt, in der Deutsche und Polen ganz gleichberechtigt zusammenleben, er bietet Stadtführungen an und hat ein Parlament weiter lassen. Das Projekt begeisterte so sehr, dass es von der Kulturstiftung des Bundes gefördert wurde, die Bundeszentrale für politische Bildung verlieh Kurzwelly einen Preis.

**Heimat** Was der Kulturwissenschaftler vor vielen Jahren erdachte, ist längst nicht mehr nur Vision. An vielen Stellen bilden Frankfurt (Oder) und Slubice heute tatsächlich eine Doppelstadt – mit Doppelbürgern wie Sören Bollmann. Der 44-Jährige bewegt sich dies- und jenseits der Staatsgrenze mit einer solchen Selbstverständlichkeit, dass er über die Frage, welchen Teil der Stadt er als seine Heimat betrachte, kurz nachdenken muss. „Eindeutig beide“, sagt er dann, „ich führe ein deutsch-polnisches Leben in einer deutsch-polnischen Doppelstadt.“

Bollmann, studierter Deutschlehrer und Kommunikationstrainer, wurde in Duisburg geboren und lebte in Belgien, Frankreich und Polen, bevor er ihn vor 14 Jahren nach Frankfurt (Oder) verschlug. Er blieb und machte, inzwischen mit einer Polin verheiratet, das Projekt Doppelstadt zu seinem persönlichen Anliegen. Heute leitet er das Frankfurt-Slubice Kooperationszentrum, dass das Zusammenwachsen beider Städte koordiniert.

Slubice, mit knapp 17.000 Einwohnern und einer Fläche von nicht ganz 20 Quadratkilometern, und Frankfurt (Oder), mit knapp 59.000 Einwohnern und rund 148 Quadratkilometern, knüpfen dabei an vergangene Zeiten an: Bis 1945 war Slubice als Dammvorstand ein Stadtteil von Frankfurt (Oder). Die Potsdamer Konferenz besiegelte die Teilung der Stadt. Heute bemüht man sich um ein Zusammenwachsen beider Teile. Eine fast 600 Meter lange Brücke verbindet die beiden Stadtteile, irgendwo dazwischen mitten in der Oder verläuft die Staatsgrenze. Nachdem die Grenzanlagen seit dem Wegfall der Grenzkontrollen 2007 immer weiter abge-

baut wurden und im vergangenen Jahr gänzlich verschwunden sind, hat sich der Eindruck, man befinde sich dies- und jenseits der Oder in ein und derselben Stadt, weiter verstärkt. Die beiden Stadtverwaltungen forcieren das. Im Jahr 2009 wurden auf der Frankfurt-Slubice Zukunftskonferenz 2020 insgesamt 24 strategische Ziele für die „Vision Frankfurt & Slubice 2020“ niedergeschrieben. So soll es eine gemeinsame abgestimmte Stadtentwicklung geben, eine gemeinsame Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik, Kultureinrichtungen, die von beiden Seiten genutzt werden, und eine abgestimmte Sportinfrastruktur.

Das wohl sichtbarste Zeichen der Zusammenarbeit aber ist ein anderes: Seit Dezember 2012 verbindet Buslinie 983 die Schwesterstädte. Studenten der Viadrina nutzen ihn, um zwischen Wohnheimen und Veranstaltungsräumen hüben wie drüben zu pendeln, die Shopping-Touristen fahren damit in die Nähe des Basars. Möglich wurde das auch mit viel Pragmatismus: Um die gemeinsame Linie ins Leben zu rufen, wurde Slubice einfach zum Tarifgebiet „Frankfurt B“ erklärt. Jetzt kann jeder, der will, für der Stadt er als seine Heimat betrachte, kurz nachdenken muss. „Eindeutig beide“, sagt er dann, „ich führe ein deutsch-polnisches Leben in einer deutsch-polnischen Doppelstadt.“

2,80 Euro den ganzen Tag unterwegs sein. Das wird genutzt: Rund 1.000 Fahrgäste pro Tag zählt die Stadtverkehrsgesellschaft Frankfurt. Doch bei allem, was schon erreicht wurde: Noch immer sei das Verhältnis von Deutschen und Polen nicht wirklich auf Augenhöhe, sagt Sören Bollmann. Noch immer



Mit dem Bus die Grenze überwinden

werde Slubice zu häufig als kleiner, unterlegener Partner wahrgenommen. „Das liegt natürlich an den immer noch sehr starken wirtschaftlichen Unterschieden. Auch wenn Polen in den vergangenen Jahren eine gute Entwicklung genommen hat, liegen die Einkommen noch immer deutlich unter denen in Deutschland.“ Diese Tatsache verhindert auch, dass beide Städte eine einfache Lösung für ein gemeinsames Problem finden: Während in Slubice in den vergangenen Jahren kaum gebaut wurde und vor allem Wohnraum für Familien knapp ist, hat Frankfurt mit massivem Wohnungsleerstand vor allem in seinen alten Plattenbauten zu kämpfen. „Aber die meisten Polen können sich das Wohnen auf der deutschen Seite nicht leisten“, so Bollmann, „und die, die es können, erwarten für ihr Geld einen besseren Standard als den, den sie in den für uns billigen Platten bekommen.“

Mit den unterschiedlichen Einkommen gehen auch gravierende Preisunterschiede einher – was viele deutsche Schnäppchentouristen ebenso zu schätzen wissen wie jene, die in Frankfurt wohnen. Täglich kommen Hunderte zum Shoppen über die Grenze – egal, ob in die eher triste „Galeria Slubice“, wo man sich für wenig Geld die Haare schneiden lassen kann, oder auf den berühmten Basar am Slubicer Stadtrand, auf dem es von Tiernahrung bis zu Duschköpfen alles gibt.

„Zigaretten, Alkohol, Benzin“, antwortet Tabbea Kuhlmann daher auch wie aus der Pistole geschossen auf die Frage, was „drüben“ denn deutlich billiger sei. Die 25-Jährige lebt seit einigen Monaten in Frankfurt (Oder), zog für ihr Studium hierher. Obwohl sie das erst gar nicht wollte: „Eigentlich hatte ich vor, in Berlin zu wohnen – einfach weil die Stadt attraktiver ist. Aber dann habe ich festgestellt, dass ich nicht 15 Stunden pro Woche in der Bahn sitzen will.“ Rund die Hälfte der Viadrina-Studenten schätzt zwar die heimelige Atmosphäre an der kleinen Uni, lebt aber lieber im gut eine Stunde Fahrt entfernten Berlin. Kuhlmann hält das inzwischen für unnötig. Sie lebt gemeinsam mit 30 anderen jungen Leuten in insgesamt acht Ländern im „Verbündungshaus Forst“, einem studentischen Projekt, das sich zum Ziel gesetzt hat, Frankfurt (Oder) zu beleben. Dafür renovierte man einen alten Plattenbau direkt an der Oder und organisiert immer wieder Veranstaltungen, die Menschen aus Slubice und Frankfurt (Oder) zusammenbringen. Die Stadt sei viel schöner, als ihr schlechtes Image es suggeriere, sagt die Studentin. Und ärgert sich über die vielen Kommilitonen, „die außer dem Weg vom Bahnhof zum Vorlesungsgebäude nie etwas davon sehen und nie auf der polnischen Seite waren“.

Trotzdem sei die Viadrina „ein Leuchtturm“, wenn es um das Zusammenwachsen der beiden Städte gehe, sagt Sören Bollmann. Die Hochschule betreibt gemeinsam mit der Universität Posen das Collegium Polonicum in Slubice und vergibt alljährlich den Viadrina-Preis an Menschen, die sich um die deutsch-polnische Verständigung verdient gemacht haben. Dass man damit am besten schon im ganz jungen Alter beginnt, haben auch viele Bewohner der Doppelstadt bemerkt. Seit 1997 gibt es neben der Europa-Uni in Frankfurt (Oder) auch eine Euro-Kita. Dort werden fast 60 deutsche und polnische Kinder gemeinsam betreut, von Erziehern, die sowohl deutsch als auch polnisch sprechen.

Das Motto der Kita lautet „Kindheit ohne Grenzen“ – und weil genau das viele Eltern für ihren Nachwuchs wollen, sind die Wartelisten für einen Platz in der Einrichtung lang. Abhilfe soll ab September die Kita „Pinokio“ schaffen, als Pendant auf der polnischen Oderseite. Früher war es noch nötig, dass polnische Eltern und Kinder eine Sondergenehmigung des Bundesgrenzschutzes bekamen, um die langen Schlangen am Grenzübergang umgehen zu können. Seit dem Schengener Abkommen ist das Pendeln zwischen den Stadtteilen einfacher geworden. Und wenn Bus Nummer 983 demnächst wie geplant auch eine Haltestelle in „Pinokio“-Nähe bekommt, sind die Hürden jedenfalls für Eltern noch kleiner.

Doch ein Problem bestehe nach wie vor, sagt Sören Bollmann: „die Sprachbarriere“. Nur acht Prozent der Frankfurter Schüler sprechen polnisch, während auf der polnischen Seite 68 Prozent der Schüler Deutsch lernen. „In Slubice ist das ab der siebten Klasse Pflicht – und natürlich wird von polnischer Seite gelegentlich gefragt, warum wir das nicht auch machen.“ Bollmann und sein Team setzen aber lieber auf Freiwilligkeit als auf Zwang. Der überzeugte Doppelstädter ist optimistisch: „Wir hoffen, dass wir in drei Jahren für alle deutschen Schüler, die das wollen, ein gutes Polnisch-Angebot haben werden.“

Susanne Kaillitz  
Die Autorin ist freie Journalistin in Dresden.

## Bunte, multikulturelle Reformuniversität

**BILDUNG** Viadrina schickt Studierende regelmäßig ins Ausland. Ein Doppel-Abschluss ist möglich

Sie bezeichnet sich selbst als „multikulturelle Versuchung“: die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Knapp 6.500 junge Menschen studieren hier, jeder Vierte von ihnen kommt aus dem Ausland. Mehr als 80 Nationalitäten kommen hier in Vorlesungen und Seminaren zusammen. So viel Internationalität ist selten – und deshalb ist die Uni auch stolz auf ihre bunte Studentenschaft. Die Viadrina knüpft an eine lange Tradition an, die allerdings länger unterbrochen war. Sie sieht sich nicht nur namentlich in der Tradition der ersten brandenburgischen Landesuniversität Alma Mater Viadrina. Viadrina heißt auf lateinisch „die an der Oder gelegene“. Die Universität wurde 1506 gegründet und 1811 geschlossen. Bei der Neugründung der Viadrina 1991 aber zählte weniger der Blick in eine glänzende Vergangenheit, sondern der nach vorn: als Reformuniversität mit beispielloser Internationalität sollte sie zur Entwicklung der Region auf beiden Seiten der Oder beitragen, Schwerpunkte in der Osteuropaforschung setzen und insgesamt ein Leuchtturm der europäischen Integration werden. Eine Volluni ist sie nicht: In Frankfurt gibt es nur eine kulturwissenschaftliche, eine juristische und eine wirtschaftswissenschaftliche Fakultät. Mittendrin: mit dem Institut für transkulturelle Gesundheitswissenschaften auch ein Angebot für Komplementärmedizin. Das hat der Uni den informellen Titel „Hogwarts an der Elbe“ eingebracht – und Kritik der brandenburgischen Hochschulstrukturkommission. Bislang aber hält man daran fest. Vieles von dem, was der Viadrina bei ihrer Neugründung ins Stammbuch geschrieben wurde, ist gelungen. Sie genießt sowohl un-



An der Viadrina gibt es seit zehn Jahren regelmäßig die „Kinder-Uni“ mit Vorlesungen.

ter Wissenschaftlern wie Studenten einen hervorragenden Ruf. Erstere freuen sich über die Möglichkeit, nur eine Fahrtstunde von Berlin entfernt, an einer Hochschule mit besonderem Profil unter vielen Kollegen und Studenten aus aller Welt forschen zu können, letztere genießen die Vorteile einer kleinen Universität, in der die Betreuungsquoten gut sind und das Verhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden eng.

**Fremde Kulturen** Für ihre Studenten hält die Viadrina Schmäckerl bereit, die andere Hochschulen nicht zu bieten haben: Das sind etwa 20 internationale Mehrfachabschlüsse auf Bachelor- und Masterniveau. In gemeinsamen Programmen mit Partneruniversitäten auf der ganzen Welt absolvieren die Studenten dann einen Teil der Studien-

zeit in Frankfurt an der Oder und einen Teil im Ausland und erhalten dann schließlich Abschlüsse beider Universitäten. Ohne die Bereitschaft, fremde Kulturen kennenzulernen, geht es dabei nicht: In den allermeisten Studiengängen sind Auslandsaufenthalte und das Erlernen von bis zu zwei Fremdsprachen Pflicht – so will die Uni sicherstellen, dass Internationalität nicht nur ein Markenzeichen ist, das in allen Werbematerialien der Einrichtung auftaucht, sondern auch gelebt wird.

suk  
Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



# Wechselbad der Gefühle

**EUROPÄISCHE UNION** Die Ereignisse in der Ukraine drohen das deutsch-polnische Verhältnis nachhaltig zu beschädigen

**T**rug die Euro-Krise eher dazu bei, Deutsche und Polen einander näher zu bringen, so drohen die Verwerfungen in der Ukraine, das deutsch-polnische Verhältnis nachhaltig zu beschädigen.“ So warnt Piotr Buras, Warschauer Büroleiter der „Denkfabrik“ European Council on Foreign Relations, in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „Internationale Politik“. In der Tat hatten Berlin und Warschau gegenüber den Euro-Krisenstaaten gemeinsam eine harte Stabilitätspolitik vertreten. In der Ukraine-Krise aber zeigt sich nun, wie sehr Polen und Deutsche in ihrem politischen Denken von unterschiedlichen Erfahrungen geprägt sind. Beide Seiten werden viel guten Willen aufbringen müssen, um nicht, wie mehrfach in den letzten Jahren, in ein konfrontatives Verhältnis zu geraten.

**Misstrauen** Obwohl sich Deutschland in der Nachwendzeit gegen manche Widerstände für einen schnellen EU-Beitritt Polens stark gemacht hatte, blieb jenseits von Oder und Neißة immer ein latentes Misstrauen. Warschau suchte stets die besonders enge Anlehnung an Washington, wo es einen besseren Garanten seiner Freiheit und Sicherheit sah als in Deutschland, dem man immer eine Verständigung mit Russland auf Kosten Polens zutraute – nicht unverständlich angesichts schmerzhafter historischer Erfahrungen.

**In der Nachwendzeit hat sich Deutschland für einen EU-Beitritt Polens stark gemacht.**

Zu Spannungen führte diese Haltung 2002/03, als Polen den Irakkrieg der USA unterstützte, den die Bundesregierung unter Gerhard Schröder (SPD) aber vehement ablehnte. Für handfesten Krach sorgte dann 2005 das deutsch-russische Projekt der Nord-Stream-Pipeline (siehe Beitrag unten), das Warschau als Verletzung seiner wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen verstand. Nach Bildung der Großen Koalition im Herbst 2005 kam als weiterer Streitpunkt das im Koalitionsvertrag verankerte Projekt gegen Vertreibungen hinzu, hinter dem Polen Geschichtsrevisionismus witterte. Auf ihrem ersten EU-Gipfel als frischgekrönte Bundeskanzlerin im Dezember 2005 erreichte Angela Merkel (CDU) aber eine Klimaverbesserung: Sie erklärte den Verzicht Deutschlands auf 100 Millionen Euro aus dem EU-Regionalfonds zugunsten Polens.

Unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 erreichten die Beziehungen einen neuen Tiefpunkt. Merkel bemühte sich, mit einer Reform der europäischen Verträge die wichtigsten Ziele

der zuvor gescheiterten EU-Verfassung zu retten. In den Verhandlungen darüber stellte sich die polnische Seite insbesondere in der Frage der Stimmengewichtung im Europäischen Rat quer, da sie eine Bevorzugung Deutschlands sah. Der Direktor des Deutschen Polen-Instituts, Dieter Bingen, urteilte später, die damals regierenden nationalkonservativen Kaczyński-Zwillinge hätten bei der Aushandlung des Lissaboner Vertrages „antideutsche Reflexe aufleben“ lassen und „das Feindbild eines unverändert antipolnisch gesinnten deutschen Großmachtstrebens“ gepflegt.

Der Regierungswechsel im Herbst 2007 zu Donald Tusk, dessen Bürgerplattform wie die deutschen Unionsparteien zur EVP-Familie gehört, rettete den Lissaboner Vertrag und das deutsch-polnische Verhältnis. „Wenn die Beziehungen zwischen Warschau, Berlin und Paris gut sind, dann setzen wir auch das polnische Interesse in der Europäischen Union gut um“, schrieb Tusk am 23. November 2007. Auch im Verhältnis zur Russland bemühte sich Tusk um eine Normalisierung.

Meinungsverschiedenheiten, aber keine ernsthaften Differenzen zwischen Berlin und Warschau gab es über US-amerikanische Pläne, Komponenten eines Abwehrschirms gegen Langstreckenraketen in Polen und der Tschechischen Republik zu stationieren. Die Regierung Kaczyński hatte diese Pläne nachdrücklich unterstützt und, anders als Washington und Prag, nicht

mit der „iranischen Gefahr“ argumentiert, sondern ausdrücklich mit der „russischen Gefahr“. Die seit November 2007 amtierende Regierung Tusk stellte fest, dass das Abwehrsystem zur Verteidigung polnischer Territoriums ungeeignet sei, aber von Russland als bedrohlich empfunden werde. Daher, so argumentierte sie, gehe mit der Aufstellung der Abschussrampen ein Sicherheitsverlust einher, der durch Zusatzgarantien der USA ausgeglichen werden müsse. Warschau forderte Unterstützung bei der Modernisierung seiner Streitkräfte sowie die Aufstellung von Patriot-Luftabwehrsystemen. Dies hätte allerdings aus US-Sicht die Behauptung untergraben, das System richte sich nicht gegen Russland. Im Herbst 2009 erklärte Präsident Obama die Pläne zur Stationierung des Raketenabwehrsystems in Ostmitteleuropa für obsolet.

Angesichts des Georgien-Krieges 2008, der in Polen neue Ängste geschürt hatte, begannen die USA aber 2010 mit der Stationierung von Patriot-Batterien des modernen Typs SM-3 in Polen. Und zuletzt, nach dem Referendum auf der Krim, versicherte die



Deutsch-polnische Regierungskonsultationen mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Ministerpräsident Donald Tusk: Es gibt auch unterschiedliche Ansichten.

US-Regierung, die polnische Komponente eines Raketenabwehrschirms sei nicht aufgegeben und solle bis 2018 eingerichtet werden. Zudem schickte Washington zwölf Kampfflugzeuge und einige hundert Soldaten nach Polen. Und im April 2014 unterzeichneten beide Seiten ein „Programm für Solidarität und Partnerschaft“, das eine langfristige Stationierung amerikanischer Einheiten in Polen einschließt.

Diese neuerliche Hinwendung nach Washington wird in Berlin mit gemischten Gefühlen verfolgt. Zwar deutet nichts darauf hin, dass sie mit einer Abwendung von Europa verbunden ist, zumal Polen der vielleicht entschiedensten Verfechter einer gestärkten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU ist. Aber man ist

besorgt, dass die Truppenstationierung russischen Einschnürungsängsten Nahrung gibt. Unstimmigkeiten gibt es auch über die von Tusk als Absicherung gegenüber Moskau angestrebte europäische Energieunion (siehe Beitrag unten), über die Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) im Mai sagte, man dürfe sie „nicht missverstehen als Rückweg in die Energiestaatswirtschaft“.

**Gefühl der Bedrohung** Gemischte Gefühle gibt es aber auch in Warschau. Zwar registrierte man durchaus die Ernüchterung, die in der deutschen Einschätzung von Putin eingetreten ist. Obwohl die Regierung Tusk einen härteren Umgang mit Putin-Russland wünscht, trägt sie die deutsche Politik der Gesprächsbereitschaft mit

Doch das Verständnis, das eine Reihe deutscher Publizisten und Politiker für das russische Vorgehen in der Ukraine gezeigt hat, hält Zweifel wach, ob im Ernstfall Verlass auf Deutschland wäre. Denn, was in Deutschland nicht recht ernst genommen wird: Viele Polen fühlen sich bedroht. 47 Prozent der Bevölkerung – so viele wie nie seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 – sehen heute die Unabhängigkeit ihres Landes in Gefahr, hat das Meinungsforschungsinstitut CBOS ermittelt. Erstmals ist der Anteil derer geringer, die sich sicher fühlen.

Damit freilich unterscheiden sich die Polen nicht nur von den Deutschen. Auch in der Visegrad-Gruppe, zu der sich Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei Anfang

1991 zusammengefunden hatten, steht Polen alleine, wie Karel Schwarzenberg, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der tschechischen Nationalversammlung, unlängst in Berlin erläuterte. Die Regierung Ungarns habe „großes Verständnis“ für den russischen Standpunkt geäußert, berichtete Schwarzenberg, die der Slowakei ähnlich, und in Tschechien seien die Meinungen unter den Verantwortlichen geteilt. Genauso wie Polen beurteilen eigentlich nur die drei baltischen Staaten die Lage. Deren teils große russischen Minderheiten könnten Russland als Vorwand dienen, sich ähnlich zu verhalten wie gegenüber der Ukraine, Georgien und, nicht zu vergessen, Moldau. Polen hat eine solche Minderheit nicht. Peter Stützel

## Die Atomkraft als Option

**ENERGIE** Polen will seine Abhängigkeit von Energieimporten aus Russland verringern

Polens Energiepolitik hat, neben dem international vereinbarten Klimaschutz, vor allem ein Ziel: Die Abhängigkeit von Importen aus Russland zu verringern. Dabei ist diese gar nicht so groß. Strom wird fast ausschließlich aus heimischer Stein- und Braunkohle erzeugt, nur rund 30 Prozent der Energie wird importiert, verglichen mit EU-weit über 50 Prozent. Allerdings deckt Polen seinen Bedarf an Öl und Gas zu rund 90 beziehungsweise 65 Prozent aus russischen Lieferungen.

Das Gefühl, diese Abhängigkeit verringern zu müssen, wurde durch den Bau der Nord-Stream-Gaspipeline von Russland durch die Ostsee direkt nach Deutschland verstärkt. Man war nicht nur verärgert, von Deutschland und Russland wie schon öfter in der Geschichte übergangen worden zu sein. Nord-Stream verschlechterte auch die Verhandlungsposition gegenüber den russischen Lieferanten. Früher konnte Polen als Transitland, durch das die Druschba-Ölpipeline und die Yamal-Gaspipeline läuft, vernünftige Preise aushandeln, jetzt zahlt es mehr als westliche Länder.

**Energieunion gefordert** Einen möglichen russischen Lieferstopp wegen der Ukraine-Krise muss Polen weniger fürchten als viele andere europäische Länder. Gas kann inzwischen auch durch Pipelines aus dem Westen und Süden fließen, ein Flüssiggas-Terminal in Swinemünde steht kurz vor der Fertigstellung, und auch Öl lässt sich anderswoher beziehen. Dennoch hat Ministerpräsident Donald Tusk in den letzten Monaten nachdrücklich eine europäische Energieunion gefordert: Eine EU-Agentur sollte für alle russisches Gas und Öl einkaufen und so günstigere Bedingungen aushandeln können. Dass Jean-Claude Juncker dies in der Rede vor dem Europaparlament anlässlich seiner Wahl zum EU-Kommissionspräsidenten am 15. Juli aufgriff, ist in Warschau sicher gut angekommen.



Mit Schiefergas-Bohrungen wie hier im ostpolnischen Syczyn will Warschau eigene Erdgasquellen erschließen.

Zufrieden ist man auch, dass die EU-Kommission in ihren Vorschlägen zum Klimaschutz vom Januar den Mitgliedstaaten weitgehend freie Hand lassen will, wie sie die angestrebte Reduzierung von Treibhausgasen um 40 Prozent bis 2030 erreichen. Bestärkt sieht sich Polen auch dadurch, dass die EU-Kommission in ihren Klimazielen die Atomkraft als eine Option genannt hat. Die Regierung bekräftigte daraufhin ihr Kernenergieprogramm. Demnach soll das erste Atomkraftwerk 2025 nahe Danzig in

Betrieb gehen und zehn Prozent des Strombedarfs decken, mindestens ein weiteres soll folgen. Innenpolitische Widerstände gibt es nicht. Als weitere CO<sub>2</sub>-freie Energiequellen sollen die „Erneuerbaren“ ausgebaut werden. Im April hat das Kabinett in Warschau den Entwurf eines Erneuerbare-Energien-Gesetzes verabschiedet, das Investoren langfristige Preissicherheit bieten soll. Vor allem aber setzt Polen auf CO<sub>2</sub>-Reduzierung bei der fossilen Stromerzeugung. Im Kohlekraftwerk Belchatow entsteht die

erste CCS-Anlage, mit der Kohlendioxid aus dem Abgas abgeschieden und unterirdisch gelagert werden soll. Außerdem will Polen Erdgas verstärkt im eigenen Land fördern. Dazu will man Schiefergas-Vorkommen mithilfe der Fracking-Technologie ausbeuten. Nach anfänglicher Euphorie hat sich allerdings herausgestellt, dass die geologischen Bedingungen schwieriger sind als erwartet. Das dürfte die Schiefergas-Förderung verteuern, aufhalten jedoch nicht. pst

## Polnische Solidität

**WIRTSCHAFT** Schuldenbremse in Verfassung verankert

Von wegen „polnische Wirtschaft“! In Sachen Solidität können sich viele Europäer etwas von den Polen abschauen. Nicht nur hatte das Ex-Ostblockland in der Zeit der Wirtschaftskrise das höchste Wirtschaftswachstum aller europäischen Länder, nämlich zwischen 2009 und 2012 zusammen 12,7 Prozent, während Deutschland gerade mal 2,2 Prozent erreichte und viele andere sogar ins Minus rutschten. Warschau hat auch lange vor Deutschland, nämlich 1997, eine Schuldenbremse in der Verfassung verankert. Es sei „nicht gestattet, Darlehen aufzunehmen oder Garantien oder Finanzbürgschaften zu gewähren, in Folge derer die öffentliche Schuld des Staates drei Fünftel des Wertes des jährlichen Bruttoinlandsprodukts übersteigt“, heißt es dort. Allerdings hat sich Polen in letzter Zeit nahe an diese 60-Prozent-Grenze herangepircht. War der öffentliche Schuldenstand zunächst von 42,9 Prozent im Jahr 1997 auf 36,8 Prozent im Jahr 2000 gesunken, so steigt er seitdem stetig. 2008 waren schon 47,1 Prozent erreicht, 2011 dann 56,2 Prozent und zuletzt, 2013, 57 Prozent. Zahlen freilich, von denen andere Europäer, einschließlich der Deutschen, nur träumen können.

**Hohe Neuverschuldung** Grund für den Anstieg ist eine regelmäßig relativ hohe Netto-Neuverschuldung. Seit 2008 hat Warschau noch jedes Jahr die Drei-Prozent-Latte des Maastricht-Vertrages gerissen. Deshalb hat Polen derzeit auch keine Aussicht, den Euro einzuführen. Nur das gleichzeitig starke Wirtschaftswachstum hat bisher verhindert, dass der Schuldenstand, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, die 60-Prozent-Hürde gerissen hat. Inzwischen bemüht sich die Regierung Tusk verstärkt, das Haushaltsdefizit zu senken. Und das nicht nur wegen der Schuldenbremse. Donald Tusk möchte, wie er immer wieder betont, dass sein Land eine gestaltende Rolle in der EU spielt. Polen stehe vor

der Entscheidung, ob es ein Teil des „Herzens Europas“ sein wolle, also der Euro-Gruppe, oder ein Randstaat mit eigener Währung. Allerdings dringt der Premier da mit bei der Bevölkerung bisher kaum durch. Die Skepsis gegenüber der Gemeinschaftswährung ist infolge der Eurokrise gewachsen und liegt bei deutlich über 50 Prozent. In einer Ipsos-Umfrage vor einem Jahr sprach sich sogar unter den Anhängern von Tusks Bürgerplattform (PO) eine knappe Mehrheit gegen den Euro aus, bei den Anhängern anderer Parteien war die Ablehnung noch stärker. Da aber im Parlament auch die oppositionellen Sozialdemokraten für die Euro-Einführung sind, wäre eine politische Mehrheit vorhanden. Nicht jedoch eine verfassungsändernde, und die wäre nötig. In der Verfassung heißt es nämlich, „ausschließlich“ der Polnischen Nationalbank stehe „das Recht zu, Geld auszugeben sowie die Geldpolitik zu bestimmen und durchzuführen“. Ein nur schwer aufzulösender Widerspruch zu der mit dem EU-Beitritt 2004 eingegangenen Verpflichtung, den Euro einzuführen, sobald die Stabilitätskriterien erfüllt sind.

Mit Sorge beobachtet man in Warschau, wie im Zuge der Bewältigung der Euro-Krise immer mehr bindende Beschlüsse innerhalb der Euro-Gruppe fallen. Dadurch könne es in der EU zu einem „Riss“ zwischen Euro- und Nicht-Euro-Staaten kommen, mahnt ein Papier des Polnischen Instituts für internationale Angelegenheiten von Ende 2012. Immerhin hat Polen erreicht, dass es bei den Beratungen der Euro-Gruppe dabei ist. pst

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Es dauerte keine Stunde, dann war die Liste der Warschauer Verkehrsbetriebe voll. Ende Juli lud das Unternehmen Bürger und Besucher der Stadt zum Tag der offenen Tür in die neu gebaute Metrostation Swietokrzysko ein, was so viel heißt wie Heiligkreuz. Doch weil der Platz unter der Erde begrenzt ist, mussten sich Interessenten anmelden – und überfluteten das Internetportal der Verkehrsbetriebe mit Anfragen.

„Wir Warschauer nehmen teil an allem, was um uns herum geschieht“, sagt Krzysztof Kaminski, der mit seiner Anmeldung zu spät kam und stattdessen oberirdisch den Baufortschritt bestaunt. „Wir wollen immer wissen, was wann wo und sogar warum etwas gebaut wird“, erklärt der Lehrer mit einem hinterhörsigen Lächeln, das von einer großen Portion des berühmten polnischen Humors zeugt. Die Menschen in diesem historisch so leidprüften Land lieben es, die Welt philosophisch zu hinterfragen. Wer, was, wo, warum? Sicher ist, dass in Warschau gebaut wird. Der abgeschrägte Eingang in den Untergrund wirkt, als wollte er sich in den langen Schatten des nahen Kulturpalastes ducken. Diktator Josef Stalin ließ den monumentalen Bau nach dem Zweiten Weltkrieg zum Zeichen sowjetischer Dominanz im Osten Europas errichten. Mächtige Quader aus Sandstein türmen sich auf und tragen weit oben eine gewaltige Spitze, die 231 Meter hoch über Warschau thront.

**Glitzernde Fassaden** Die Polen hätten das architektonische „Monster“ nach der friedlichen Revolution von 1989 am liebsten abgerissen. Doch das Land und seine Hauptstadt waren in den 1990er Jahren nah am Bankrott. Ein Abriss war viel zu teuer. Und so geschah etwas Eigentümliches. Die Warschauer freundeten sich mit dem ungeliebten Riesen an, der heute außer einem Kongressaal für rund 3.500 Besucher auch ein Schwimmbad, mehrere Theater und Kinos, Cafés, Kneipen und diverse Museen beherbergt. „Wir lieben den Palast nicht, aber er ist da, und das ist gut so“, sagt Kaminski. Statt sich an dem Stalinturm abzuarbeiten, bauten die Warschauer neu und rahmten den Riesen ein. Ein gutes Dutzend moderner Wolkenkratzer reckt sich inzwischen in den Himmel über der Hauptstadt. Hinter den glitzernden Fassaden finden sich Nobelpaläste, Luxusapartments und Unternehmenszentralen. In dieser Umgebung ist der Kulturpalast nur noch ein architektonisches Augenzwinkern. Klar wird hier: Die Zeit der kommunistischen Volksrepublik liegt nicht nur 25 Jahre zurück. Sie ist in Geist und Materie überwunden. Warschau boomt, wie viele andere Städte in Polen auch. Voran marschiert die Messe- und Wissenschaftsstadt Posen im Westen, die von ihrer Nähe zu Deutschland und vor allem zu Berlin profitiert. Doch Breslau, Danzig und Krakau scheinen ebenfalls vor Ehrgeiz und Energie zu explodieren.

Allerorten entstehen neue repräsentative Gebäude wie der 205 Meter hohe „Sky Tower“ in Breslau. Vor allem aber ist mittlerweile eine moderne Infrastruktur entstanden. Es gibt noch Lücken und Defizite, aber Polen und seine Städte sind aus Europas Ökonomie nicht mehr wegzudenken. Der „World Investment Report 2014“ der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) führt das Land in einer Welttrangliste der begehrtesten Investitionsstandorte auf Platz elf.

**Hohe Wachstumsraten** Polen ist zur östlichen Herzkammer der europäischen Wirtschaft geworden. Seit der Jahrtausendwende und erst recht seit dem EU-Beitritt 2004 zeichnet das Land ein Dauerwachstum mit Zuwachsraten bis zu 6,8 Prozent (2007). Selbst im weltweiten Rezessionsjahr 2009



Tradition und Moderne: Glitzernde Fassaden rund um den Kulturpalast in Warschau (o.) und bäuerliches Leben auf dem Land

# Fragiler Frieden

**GESELLSCHAFT** Polen geht es wirtschaftlich blendend. Aber die politischen und sozialen Gegensätze sind nach wie vor groß

blieb ein beachtliches Plus von 1,7 Prozent, während alle anderen EU-Staaten Konjunkturbüche verzeichneten. Im Sommer 2014 beschreibt die britische Zeitschrift „Economist“, die für ihre Länderstudien berühmt ist, Polen als „prosperierend, friedlich, geistig und einflussreich“. Es gehe dem Land so gut wie zuletzt unter der Herrschaft der Jagiellonen im 16. Jahrhundert. Damals beherrschten die polnischen Könige weite Teile des östlichen Europas. Strebte Polen tatsächlich einem „neuen goldenen Zeitalter“ zu, wie der „Economist“ es ankündigt? In Warschau scheint auf den ersten Blick alles dafür zu sprechen, auch der Ausbau der U-Bahn. Nicht weit entfernt vom Kulturpalast beginnt in der Altstadt die Trasse des alten Königswegs. Er führt hinaus zur Sommer-

residenz Wilanów, die Johann III. Sobieski im 17. Jahrhundert errichten ließ, der „Retter von Wien“. Der polnische König verteidigte damals das christliche Abendland erfolgreich gegen den Angriff der Türken. Doch Sobieski war zugleich der letzte starke Herrscher, bevor das Land in eine Dauerkrise stürzte und schließlich von seinen imperialen Nachbarn Preußen, Österreich und Russland im 18. Jahrhundert geteilt wurde. Heute ist Polen wieder im Herzen der westlichen Staatengemeinschaft angekommen. Der Sobieski-Stadtteil Wilanów gilt als Wohnort einer gut betuchten, aufstrebenden Mittelschicht. Zwischen Kindergärten, Feinkostmärkten und Privatkliniken wächst ein weiteres Warschauer Monument in den Himmel: der Tempel der Gött-

lichen Vorsehung, der Polens neue Nationalkirche werden soll. Der mächtige Kupelbau, der in seiner Wucht durchaus an den Kulturpalast erinnert, geht auf Pläne aus dem Jahr 1792 zurück, die wegen der Teilungen auf Eis gelegt werden mussten. Nach 1989 bekannte sich das katholische Land mit seinen mehr als 90 Prozent Gläubigen wieder zu dem Tempel. Gleichwohl ist es die Religion, die den notorischen politischen Streit im postsozialistischen Polen grundiert. Weltanschauliche Dauerkonflikte lassen Zweifel aufkommen an jener Einheit des Landes, die der „Economist“ konstatiert. Immer wieder kochen Kontroversen über die Abtreibung, künstliche Befruchtung und die Homosexuellen-Ehe hoch – etwa als Friedensnobelpreisträger Lech Walesa im Jahr 2013 forderte, schwule Abgeord-

nete im Sejm „hinter eine Mauer zu verbannen“.

Walesa, der Polen in den 1980er Jahren in die Freiheit führte, ist ein schillerndes Beispiel für die Probleme, die das Land bei dem Bemühen hat, Tradition und Moderne miteinander zu versöhnen. Immer wieder prescht der tiefgläubige Solidarnosc-Held mit Thesen vor, die das Wirtschaftswunderland in seinem Selbstverständnis in Frage stellen. Walesa lässt sich von funkeln den Fassaden nicht blenden. „Die Macht des Mammons bedroht uns“, erklärt er.

Im Parlament offenbart sich der Grundkonflikt des modernen Polen im Dauerzwist zwischen der rechtsliberalen Bürgerplattform (PO) des Ministerpräsidenten Donald Tusk und der nationalkonservativen PiS von Oppositionsführer Jaroslaw Kaczynski wieder. Die PO ist die Partei der aufstrebenden Mittelschicht. Tusk, der seit sieben Jahren regiert, verkörpert auch persönlich den Erfolg des Landes. Als erster Premier seit 1989 wurde er für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. Doch der machtbewusste Regierungschef und vor allem seine Partei gelten als technokratisch und kaltherzig. Es ist keineswegs ausgemacht, dass die PO im Superwahljahr 2015 mit Parlaments- und Präsidentschaftswahlen erneut triumphiert.

Kaczynski versteht es durchaus, die Herzen vieler traditionsbewusster Polen zu erwärmen. „Dies ist ein Land der Reichen, das all jenen gibt, die schon viel haben“, sagt er. Vor allem im bäuerlich geprägten strukturschwachen Osten des Landes hört man solche Töne gern. Die Modernisierungsverlierer sind potenzielle Kaczynski-Wähler. Das gilt auch für die weltanschaulich weniger konservative Jugend. Zumindest können Tusk und die PO nicht mehr sicher sein, die Stimmen der jungen Wähler einzusammeln, die sich im ökonomischen „Rattenrennen“ aufreiben oder wegziehen. „Meine beiden Söhne studieren in London“, erklärt etwa Lehrer Kaminski.

**Viele Fragezeichen** „Rattenrennen“ ist in Polen ein gängiger Begriff für den Konkurrenzkampf in der wenig sozialen Marktwirtschaft des Landes. Etwa jeder zehnte Beschäftigte arbeitet auf der Basis sogenannter Müllverträge ohne soziale Absicherung. 90 Prozent von ihnen sind unter 35 Jahre alt. Das ist ein Alter, in dem sich Auswege bieten. Viele junge Leute, oft die besten Köpfe, suchen seit Jahren den Weg ins Ausland. Zwei Millionen Polen haben ihre Heimat seit dem EU-Beitritt verlassen.

Bei genauerem Hinsehen stehen also durchaus Fragezeichen hinter der euphorischen Beschreibung des „Economist“. Ja, Polen blüht auf, aber um den (sozialen) Frieden und die Einheit des Landes ist es nicht allzu gut bestellt. Auch mit dem Einfluss auf europäischer Bühne ist es eine zweischneidige Sache. Keine Frage: Die Worte von Tusk und seinem Außenminister Radoslaw Sikorski haben in Berlin und Brüssel Gewicht. Doch solange Polen nicht der Eurozone angehört, bleibt die Macht begrenzt. Die Einführung der Gemeinschaftswährung hat Tusk zuletzt auf „das Jahr 2020 oder später“ verschoben. Gründe dafür gibt es genug. Seit gut einem Jahr knirscht es im Konjunkturgetriebe. Da kann der heimische Zloty wichtige Dienste leisten. Er gilt durch die Möglichkeit der Abwertung als Wachstumsgarant. Zudem haben die europabegeisterten Polen, die den EU-Beitritt zu 85 Prozent für eine Erfolgsgeschichte halten, durch die Euro-Krise das Vertrauen in die Gemeinschaftswährung verloren. Vor dem Superwahljahr 2015 will Tusk deshalb nichts riskieren. Das könnte sich als Fehler erweisen. Denn wenn die 25-jährige Geschichte des postsozialistischen Polen etwas gezeigt hat, das es zu beweisen gilt, dann dies: Selten gewinnen jene, die nichts wagen.

Ulrich Krökel

Der Autor arbeitet als freier Korrespondent in Polen.

## Ein Weg in die Vergangenheit

**AUTOBAHN** Kaum drei Jahre ist es her, da gerieten Navigationsgeräte kurz hinter der deutsch-polnischen Grenze regelmäßig aus dem Konzept. „Wenn möglich, kehren Sie bitte um!“, riefen die Roboterstimmen. Umleitungen versetzten die Maschinen in Alarmbereitschaft. Es wurde kräftig gebaut auf der Europastraße 30, die Berlin mit Warschau verbindet.

Jenseits der Oder holperte man jahrzehntelang über die Landesstraße 2 nach Osten. Erst seit der Fußball-Europameisterschaft 2012 ist die Autobahn durchgehend befahrbar. Zum 25. Jahrestag der friedlichen Revolution in Polen taufen Präsident Bronislaw Komorowski und Bundespräsident Joachim Gauck die A2 im Juni auf den Namen „Straße der Freiheit“. Polens Weg zur Freiheit führt nach Westen, über Berlin in die EU, sollte das heißen.

Wie beschwerlich dieser Weg war, lässt sich noch immer auf der alten Landesstraße erleben. Sie führt parallel zur A2 Richtung Warschau. Wer Maut sparen will, weicht aus, rumpelt über Schlaglöcher und taucht mit den Rädern in abgrundtiefe Spurrinnen ein. Geschlagen hat diese Wunden der Schwerlastverkehr, der nach 1989 anschwoll wie eine Lawine.

**Mehr Störche als Händler** Die Straße führt vorbei an Schildern, die auf zwielichtige Etablissements hinweisen. „Alibi“ und „Eden“ heißen die Nachtclubs, die überlebt haben. Nur selten noch sieht man am unbefestigten Straßenrand jene Frauen mit hüfthohen Lederstiefeln, die sich dort früher um die besten Plätze an Haltebuchten und Lichtungen stritten. Die Prostitution hat im boomenden Polen längst keine Konjunktur mehr. Das gilt auch für den Straßenverkauf. Einst boten auf dem Weg nach Warschau fast überall Männer und Frauen jenseits der 70 für wenige Zloty die Früchte der polnischen Wälder und Felder feil. Selbst gesammelte Pilze und Beeren gehörten dazu oder eingelegte Gurken und Tomaten. Weiter im Osten, hinter Kutno, verkauften sie Äpfel aus dem eigenen Garten oder von den Streuobstwiesen der Gemeinden. Heu-



Taufe der A2 durch Polens Präsident Komorowski (r.) und Bundespräsident Gauck.

te sieht man häufiger Störche als Händler. „Ich setze mich nur noch manchmal an die Straße, aus alter Gewohnheit“, erzählt Jolanta Lipinska, die bei Lowicz Pfifferlinge verkauft. Die Zahl der Polen, die zumindest teilweise Selbstversorger sind, hat in den Zeiten des Wirtschaftswunders drastisch abgenommen.

Von Lowicz sind es noch 80 Kilometer bis nach Polens Hauptstadt Warschau. Das Navigationsgerät schlägt dort heute, im Sommer 2014, vor, schnell noch für den Rest der Strecke auf die Autobahn 2 zu wechseln. Über dem Asphalt der alten Landesstraße flirrt die Hitze wie ein Schimmer verdichteter Nostalgie.

uk

## Zwischen progressiv und konservativ

**PARTEIEN** Polens politische Landschaft ist von Spannungen und Kontroversen geprägt. Dass nicht alles auseinanderbricht, ist auch der Verfassung zu verdanken

25 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wünschen sich die Polen einen Sozialstaat mit einem funktionierendem Gesundheitssystem, einer guten Altersversorgung und einem Arbeitseinkommen, das niemanden mehr zur Emigration zwingt. Dies zeigt eine Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut PBS zum 25. Jahrestag der ersten halbfreien Palamentswahlen am 4. Juni 1989 in Polen durchgeführt hat. Angesichts der Ukraine-Krise steht für Polens Regierung unter Donald Tusk (57) jedoch momentan nicht die Innen-, sondern die Außen- und Sicherheitspolitik ganz oben auf der Agenda. Sie warnt seit Tagen vor einer russischen Intervention in der Ukraine und propagiert ein gegenüber Russland geeintes Europa. Die Wähler honorieren dies mit steigenden Popularitätswerten für ihre Führung. Dabei sah es vor den Europawahlen im Mai lange so aus, als würde die nationalkonservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) unter Jaroslaw Kaczynski der Koalition aus liberal-konservativer Bürgerplattform (PO) und gemäßigter Bauernpartei PSL den Rang ablaufen.

spräch zwischen dem Innenminister und dem Nationalbankchef aus dem vergangenen Sommer so, dass sich die politisch unabhängige Notenbank für einen Wahlsieg der Koalition im Jahr 2015 einsetzen sollte. Die Staatsanwaltschaft ermittelt, die Opposition fordert den Rücktritt der Regierung und Neuwahlen. Eine Vertrauensabstimmung im Parlament hat der Premier Ende Juni jedoch klar gewonnen.

**Große Bandbreite** Die aktuelle Regierung ist die erste seit 1989, die die Wähler ein zweites Mal im Amt bestätigt haben. Mit 207 Sitzen ist die von Tusk geführte PO die größte der insgesamt sechs Fraktionen im polnischen Parlament (Sejm). Ihr folgt Kaczynskis PiS mit 157 Sitzen. Sie vertritt im Gegensatz zur PO katholisch-nationalistische und europaskeptische Positionen und steht Deutschland wie auch Russland sehr kritisch gegenüber. Im Jahr 2011 schaffte es zudem die linksalternativistische Palikot-Bewegung aus dem Stand in die polnische Volksvertretung. Mit 40 Sitzen ist sie – die sich inzwischen „Twój Ruch“ (Deine Bewegung) nennt – drittgrößte politische Kraft. Sie versteht sich wiederum als antiklerikal und progressiv und fordert unter anderem ein liberales Abtreibungsgesetz. Tusks Koalition-

spartner, die Bauernpartei, ist mit 28 Sitzen vierter größte Kraft im Sejm. Die Klientelpartei ist die einzige Partei, die dort seit 1989 ununterbrochen vertreten ist. Kleinste Fraktionen sind das sozialdemokratische „Bündnis der demokratischen Linken“ (SLD) und die konservative PiS-Abspaltung „Solidarisches Polen“. Das „Wahlkomitee Deutsche Minderheit“ ist mit einem fraktionslosen Abgeordneten vertreten.



Spricht fließend Deutsch: Polens Premierminister Donald Tusk

Dass das politische System Polens trotz der Spannungen, die die Transformation in einen demokratischen Staat noch immer hervorruft, nicht auseinanderbricht, verdankt es unter anderem seiner Verfassung vom 2. April 1997. Sie wurde am 25. Mai 1997 nach jahrelangen, oft schwierigen Verhandlungen vom Volk in einer Volksabstimmung angenommen.

Polen hat seither ein parlamentarisches Regierungssystem, in der die Kompetenzen von Judikative, Exekutive und Legislative klar definiert sind. Die Legislative wird von den beiden Kammern des Parlaments – dem Sejm, mit 460 Abgeordneten und dem Senat mit 100 Senatoren – ausgeübt. Die Senatoren werden in den 49 Verwaltungseinheiten Polens direkt vom Volk gewählt, die Abgeordneten durch das Verhältniswahlrecht. Wahlen finden im Land alle vier Jahre statt. Die Aufgaben des polnischen Parlaments – das übrigens zu den ältesten der Welt gehört – sind genau verteilt: Der Sejm verabschiedet die Gesetze, der Senat kann sie innerhalb von 30 Tagen annehmen, verändern oder auch ablehnen. Jedoch kann auch der polnische Staatspräsident – derzeit der frühere Sejm-Marschall Bronislaw Komorowski (62, PO) – sein Veto einlegen und darüber hinaus auch eigene Gesetze einbringen. Er ist also ist deutlich einfluss-

reicher als etwa der deutsche Bundespräsident.

Die Judikative ist seit 1997 in den Händen von unabhängigen Richtern. Verfassungsänderungen sind nicht mehr so leicht möglich, wie noch während des Kommunismus. Um einer Zersplitterung des Parlaments entgegenzuwirken, gelten zudem Sperrklauseln: Für Parteien liegt die Hürde bei fünf Prozent, für Parteienbündnisse bei acht Prozent. Nur anerkannte nationale Minderheiten sind hiervon befreit.

Interessant – und im nach wie vor sehr katholisch geprägten Polen besonders umstritten – ist ein Passus in der Präambel. Die Verfassung heißt es darin, sei sowohl von denjenigen beschlossen worden, „die an Gott als die Quelle der Wahrheit, Gerechtigkeit, des Guten und des Schönen glauben“, als auch von denjenigen „die diesen Glauben nicht teilen“. Versöhnliche Töne in einem Land, in dem politische und gesellschaftliche Debatten oft sehr erbittert und kontrovers geführt werden.

Johanna Metz / gl



Anzeige

**DAS WILL ICH LESEN!**

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Meinung.  
Mehr Parlament.\*

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253  
parlament@ds-parlament.de  
www.das-parlament.de

# Ganz unauffällig erfolgreich

**ZUWANDERUNG** Polnische Migranten stellen die zweitgrößte Gruppe der in Deutschland lebenden Ausländer. Ihre Integration verläuft problemlos und vorbildlich. Vor allem Berlin ist zum Magneten für viele Polen geworden

Als Katja Früh vor 13 Jahren zum ersten Mal nach Berlin kam, verliebte sie sich unsterblich. In die Stadt, die ihr in ihrer Vielfalt und Buntheit „atemberaubend“ erschien. „Die polnischen Großstädte erschienen mir dagegen provinziell und viel zu homogen im Vergleich.“ Nach dem Abschluss ihres Studiums der Wirtschaftswissenschaften in Posen und Oxford beschloss Früh 2005, in ihre Traumstadt zurückzukehren. Die politische Entwicklung sei ihr damals sehr zu gute gekommen, erinnert sich die heute 33-Jährige. „2001, als ich den ersten Sommer in Deutschland verbracht habe, durfte ich als Polin keiner Arbeit nachgehen und habe als Babysitterin gejobbt, um ein bisschen zu verdienen. 2005 kam ich als EU-Staatsangehörige.“ Parallel zu einem Aufbaustudium an der Humboldt-Universität fand Früh einen Job bei einer Eventagentur – „für die waren meine guten Englischkenntnisse damals viel wichtiger als mein holpriges Deutsch“, erinnert sie sich. Heute ist Früh mit einem Deutschen verheiratet und lebt in Dresden, wo sie sich als Unternehmensberaterin selbstständig gemacht hat. Sie hat sich auf die Vermittlung von Personal aus Polen nach Deutschland spezialisiert. Deutsch spricht sie inzwischen akzentfrei – und gehört damit zu der großen Gruppe gut ausgebildeter und perfekt

integrierter Polen, die in Deutschland ihr Glück gefunden haben. So unauffällig leben die Migranten hier, dass es eine große Überraschung gab, als im Mai 2013 die vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung „Zensus 2011“ veröffentlicht wurden: Bei 13,1 Prozent lag der Anteil der Menschen mit polnischem Migrationshintergrund – eigentlich war man von deutlicher weniger ausgegangen. Nach dem Mikrozensus leben rund 1,53 Millionen Menschen polnischer Herkunft in Deutschland, andere Schätzungen gehen von bis zu zwei Millionen aus. Weil ein großer Teil von ihnen als so genannte Spätaussiedler eingewandert ist und einen deutschen Pass besitzt, ist formal nur die Hälfte von ihnen Ausländer. Die Polen sind damit nach den Türken die zweitgrößte Gruppe der in Deutschland lebenden Ausländer.

**Kein neues Phänomen** In der Integrationsdebatte aber kommen sie kaum vor. Die Polen würden im allgemeinen als so gut integriert gelten, dass sie nicht im Sinne von Integrationsproblemen auffallen würden, heißt es in einer Analyse des Instituts für Auslandsbeziehungen. Manche von ihnen hätten „ihre Herkunft sozusagen unter den Teppich gekehrt – teilweise aus eigenem Integrationswillen, teilweise aufgrund des verspürten Assimilationsdrucks. Weder ihre zumeist deutschen Namen noch ihr Aussehen oder ihre Religion sind auffällig.“

Das kann auch Witold Kaminski bestätigen. Er berät für den Polnischen Sozialrat seit mehr als 30 Jahren in Berlin Zuwanderer. Sich unauffällig in der Gesellschaft zu bewegen, sei Teil der polnischen Mentalität, sagt er. „Sie werden es vor allem unter den Einwanderern, die in den 1980er-Jahren gekommen sind, kaum erleben, dass die auf der Straße polnisch sprechen. Viele Kinder haben die Erfahrung gemacht, dass es was auf die Schnauze gab, wenn sie es trotzdem taten. Und so sprechen die Familien draußen entweder gar nicht oder deutsch.“



Berühmtester Spätaussiedler: Miroslav Klose bei der WM 2014.

Dabei ist die polnische Einwanderung im großen Stil kein neues Phänomen: Schon Ende des 19. Jahrhunderts, als Polen in drei Teile aufgeteilt war, die unter österreichischer, russischer und preußischer Herrschaft standen, zogen viele Menschen aus den Ostprovinzen Preußens vor allem in das Ruhrgebiet. Sie sprachen polnisch und fühlten sich als Polen – und wurden als „Ruhrpolen“ bezeichnet. Nach dem Zweiten Weltkrieg blieben viele ehemalige Zwangsarbeiter und Häftlinge, die nicht in den sowjetischen Einflussbereich zurückkehren wollten und für die unter alliierter Druck der Status des „heimatlosen Ausländers“ geschaffen wurde, der sie in ihren Rechten den deutschen Staatsangehörigkeiten nahezu gleich stellte.

»Exodus Poloniae« Seit Mitte der 1950er-Jahre kamen dann diejenigen, die heute unter den polnischsprachigen Einwanderern die größte Gruppe bilden: Menschen aus den ehemals deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie. Schließlich kamen jene, die der schlechten ökonomischen Lage in Polen entfliehen wollten und dafür die Erleichterungen nutzten, die mehrere deutsch-polnische Abkommen über Familienzusammenführungen und eine liberale Zuwanderungspolitik mit sich brachten. Zwischen 1970 bis Ende der 1980er Jahre haben so rund eine Million Bürger Polens ihr Land verlassen, um sich in Deutschland

anzusiedeln. Experten sprechen dabei von einem „Exodus Poloniae“. Heute kommen vor allem Polen, die sich als EU-Bürger fühlen und die Freiheiten nutzen, die ihnen die Europäische Union bietet. Für viele sei vor allem Berlin ein Magnet, weiß Witold Kaminski, „weil die Stadt nicht weit von Zuhause entfernt ist, aber als besonders attraktiv wahrgenommen wird“. Viele, mit großer Motivation und guter Ausbildung, würden ihr Glück hier finden, sagt Katja Früh. Doch auch ihr sind Vorurteile immer häufiger auf beiden Seiten. In Deutschland gelte sie als Ausländerin, „die für eine Polin ausgezeichnet deutsch spricht“ und immer beweisen müsse, dass sie ihren Mann nicht wegen seines Status, sondern aus Liebe geheiratet habe, und anders als angenommen nicht aus einer Familie von Alkoholikern stamme. Und auch in Polen sei sie fremd. „Für viele bin ich eine Verräterin, die ihre Heimat verleugnet hat. Eine, die sich für ein bequemeres Leben im Ausland entschieden hat und immer im Verdacht steht, sich für überlegen zu halten.“ Dass das Verhältnis von Deutschen und Polen noch nicht auf Augenhöhe ist, weiß auch Witold Kaminski. Noch immer sei es mangels staatlicher Unterstützung für viele gut ausgebildete Polen schwer, einen angemessenen Job zu finden; noch immer verorte man hierzulande Polen eher als Spargelstecher, Putzfrauen oder Handwerker, die schwarz und preiswert Bäder fliesen

würden. „Nicht alle finden hier ihren Platz. 26.000 Polen in Berlin beziehen Hartz-IV-Leistungen, das sind meist Aufstocker, die von ihrem Einkommen nicht leben können – meist weil sie die Sprache nicht vernünftig sprechen.“ Gäbe man ihnen die Chance, gut hier anzukommen und ihre Qualifikationen einzusetzen, „würden davon alle profitieren“, glaubt Kaminski. Wenig bekannt ist hierzulande auch, was für eine gute Entwicklung der Nachbarstaat im Osten in den vergangenen Jahren genommen hat. Das sieht auch Katja Früh ganz deutlich. Der deutsche Arbeitsmarkt sei deshalb inzwischen für Polen längst nicht mehr so attraktiv wie früher. „Der polnische Arzt oder Informatiker verdient immer häufiger auf das gut qualifizierte Personal jenseits der Grenze angewiesen – die Konditionen entsprechen dem aber noch immer nicht. Das bemerkt sie häufig bei der Personalvermittlung. „Oft möchte der Gastronom in Deutschland einen Spitzenkoch aus Polen für das Gehalt einer Küchenhilfe einstellen. Und in seiner eigenen Vorstellung tut er ihm damit einen Gefallen.“

Susanne Kallitz

Die Autorin ist freie Journalistin in Dresden.



Unternehmensberaterin Katja Früh: „Der deutsche Arbeitsmarkt ist immer häufiger auf das gut qualifizierte Personal von jenseits der östlichen Grenze angewiesen.“

## Über Autodiebe und Nationalstolz

**KÜNSTLER** Die beiden Comedians Steffen Möller und Marek Fis arbeiten sich an deutsch-polnischen Vorurteilen ab – jeder auf eine eigene Art

Liebe gilt gelegentlich als Krankheit – und so gesehen hat Steffen Möller eine ganz offensichtlich ansteckende Liebeserklärung verfasst. Sein Buch „Viva Polonia“ erschien zunächst in Polen und dort stießen die Beobachtungen des „deutschen Gastarbeiters in Polen“ auf riesige Begeisterung. An eine deutsche Ausgabe dachte Möller zunächst nicht. Er habe geglaubt, dass ein Buch über Polen in Deutschland niemanden interessieren würde, „weil ich in Polen nicht viele deutsche Touristen erlebt habe, die sich wirklich für Polen interessieren“. Die meisten würden deutsche Wurzeln in Schlesien oder Masurien suchen oder seien auf den Spuren deutscher Verbrechen.

**In den Startlöchern** Das aber habe nicht gestimmt. „Ich hatte nach der Veröffentlichung von Viva Polonia und etwa 2.000 Mails und Briefen den Eindruck, dass sehr viele Leute geradezu in den Startlöchern gesessen haben, weil sie ein harmloses, positives Polen kennenlernen wollen. Fast noch mehr Angst als vor den polnischen Autodieben haben die Leute anscheinend vor den traurigen Assoziationen, die in den aller-

meisten Polen-Büchern wiederholt werden.“ Er habe deshalb versucht, ein paar positive Eindrücke dagegen zu setzen. Möller liebt seine zweite Heimat und er kennt sie gut. 1994 zog der Wuppertaler nach Warschau. Dort arbeitete er erst als Deutschlehrer, dann als Kabarettist. Von 2002 bis 2007 spielte er in einer ausgesprochen beliebten Fernsehserie einen deutschen Kartoffelbauern, moderierte populäre Shows – und gilt inzwischen sowohl in Polen als auch in Deutschland als Experte für deutsch-polnische Angelegenheiten. Möller spielt Vorurteile auf beiden Seiten genüsslich auf, um sich dann an ihnen abzuarbeiten. Er sagt, Polen und Deutsche würden ganz unterschiedlich auf Witze über ihre Mentalität reagieren. „Die Polen sind geübter darin, über sich selbst zu lachen. Sie beschäftigen sich generell viel mehr mit ihrer Mentalität als die Deutschen, weil sie an einem gehörigen Minderwertigkeitskomplex leiden.“ Die Distanz zum eigenen Land gehöre in Polen zum guten Ton – während Polska als pathetische Idee nicht kritisiert werden dürfe und wegen seiner vielfältigen Leidensgeschichte bis zum letzten Blutstropfen verteidigt werden müsse. „Sobald ein Ausländer

kommt und irgendwas kritisiert, wird er mit dem Besen aus der Wohnung gejagt. Aber dann gibt es noch das reale Polen, den realen Staat, die realen Parteien, Fußballclubs und Produkte. An denen lässt man kein gutes Haar und hier darf der Ausländer mitlästern.“ In Deutschland empfinde er es genau umgekehrt, sagt Möller. „auch wir haben einen Minderwertigkeitskomplex, aber der bezieht sich nur auf Deutschland als Idee“. Geschichte, Fahne, Nationalhymne und Patriotismus seien – abgesehen vom Fußball – diskreditiert. „Sobald es aber um den realen Staat und seine Errungenschaften geht, Grundgesetz, Mercedes, VW, Krankenversicherung – dann sind alle begeistert, da hört der Spaß auf.“ Eine Pole, der aus dem Urlaub zurück nach Hause komme, seufze im Flugzeug „Oh nein, jetzt geht der Wahnsinn wieder los.“ Der Deutsche reibe sich die Hände: „Endlich wieder Normalität.“ Möller pendelt inzwischen zwischen Warschau und Berlin. Fünf Jahre lang ist er ausschließlich in Polen aufgetreten. Nachdem das ganze Land seine Witze gekannt habe, sei er zwischen 2008 und 2012 durch Deutschland getourt und habe die gleichen Witze noch einmal erzählt. Inzwischen ar-



Grenzgänger für gemeinsames Lachen: Marek Fis (links) und Steffen Möller

beitet Möller an einem neuen Buch über zwei polnische Großstädte – und will auch darin mit Klischees aufräumen und ein bisschen provozieren: Anders als die meisten findet Möller nämlich Krakau über- und Warschau unterschätzt.

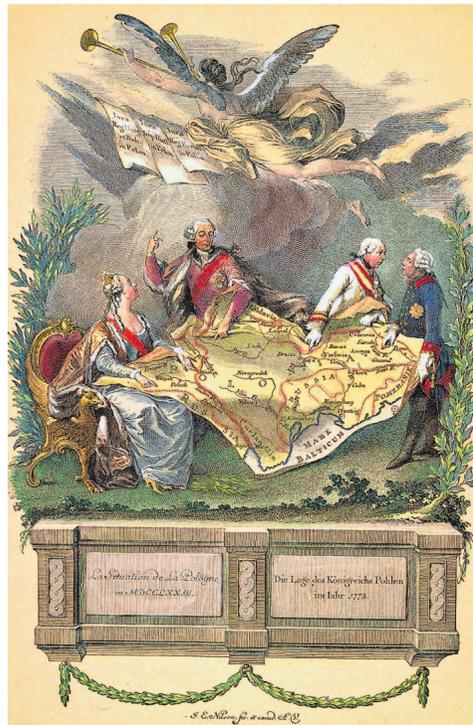
Mit solchen vergleichsweise harmlosen Provokationen gibt sich ein anderer Künstler, der sich auf das deutsch-polnische Verhältnis spezialisiert hat, eher nicht ab. Marek Fis wurde im polnischen Leba in Hinterpomern geboren und kam mit fünf Jahren

nach Deutschland. Er geht im roten Polska-S-Shirt und grauer Jogginghose auf die Bühne – und lässt in seinen Programmen „Ein Pole legal in Deutschland“ und „Baustelle Europa – ein Pole packt ein/aus!“ kein Vorurteil aus. Sein Publikum begrüßt er gern mit der Ansage, es sei schön, jetzt auch mal die Gesichter zu den Autos zu sehen.

**Das Lachen im Hals** Fis, der eigentlich Wojciech Oleszczak heißt und nur auf der Bühne mit polnischem Akzent spricht, hat einmal angekündigt, er werde dem ersten deutschen Beamten, der seinen bürgerlichen Namen nur vom Hören korrekt schreiben könne, 500 Euro zahlen. Er finde Stereotypen nicht schlecht, sagt er, man dürfe sie aber nicht zu ernst nehmen. Deshalb halte er den Menschen mit Humor den Spiegel vor. Dass seinen Zuschauern das Lachen manchmal im Hals stecken bleibt, ist gewollt – etwa wenn er sie auffordert, den Namen seines polnischen Heimatdorfes zu wiederholen und dann feststellt: „Typisch. Billig Kippen kaufen, aber nicht wissen, wo.“ Insgesamt aber, da ist sich Fis sicher, erlebe das deutsch-polnische Verhältnis die beste Zeit, die es je gegeben habe. Nur für das Verhältnis der beiden Künstler gilt das wohl nicht. Auf die Frage, ob ein gemeinsames Programm denkbar sei, antwortet Steffen Möller: „Ja, aber erst, wenn Beatles und Rolling Stones das erste gemeinsame Konzert gemacht haben.“ suk



Deutsche und Polen sind nicht nur Nachbarn Tür an Tür, sie sind seit über 1.000 Jahren eng miteinander verwoben. Auf die vielen Jahrhunderte einer Nachbarschaft mit enger Verflechtung legte sich „erst“ seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert ein großer Schatten. Polens Staatsbildung im 10. Jahrhundert verbindet sich mit dem ersten namentlich bekannten Herrscher Mieszko aus dem Geschlecht der Piasten. Mieszko ließ sich 966 taufen – nach dem römischen Ritus, nicht dem byzantinischen. Die polnischen und römisch-deutschen Herrscher suchten schon bald den Kontakt zueinander. So fand der Beginn der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte in einem – um es mit einem Bild der Gegenwart zu beschreiben – „deutschen Staatsbesuch in Polen“ seinen symbolischen Niederschlag. Im Jahre 1.000 reiste der erst 19-jährige römisch-deutsche Kaiser Otto III. nach Gnesen, traf hier den polnischen Herzog Boleslaw I. Chrobry (der Tapfere), den er symbolisch krönte, erhob den Gastgeber zum „Bruder und Mitarbeiter des Reiches“, und huldigte dem von den heidnischen Pruzen im Jahr 997 erschlagenen Märtyrer Adalbert. Heiratsverbindungen festigten die Beziehungen. So heiratete Chrobrys Sohn Mieszko II. eine Nichte des deutschen Kaisers, die somit polnische Königin wurde. Polen war wenige Jahrzehnte nach seinem Eintritt in die Geschichte Europas bereits fester Bestandteil der europäischen Staatenwelt. Handelsbeziehungen, die sich rasch intensivierten, beschleunigten den Austausch von Waren, Menschen und Ideen insbesondere auch zu den deutschen Nachbarn. Auf Einladung von polnischen Herrschern, die das Ziel verfolgten, die agrarische Produktion in bisher siedlungsarmen Landschaften zu intensivieren und das Städtchen auszubauen, vollzog sich bereits seit dem 12. Jahrhundert der so genannte „ostmitteleuropäische Landesausbau“, oft auch „deutsche Ostkolonisation“ genannt, obwohl diese Bezeichnung falsche Vorstellungen weckt. Die zehntausende angeworbenen Bauern und Handwerker wurden mit rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Privilegien ausgestattet. Nach deutschem Recht wurden zahlreiche Städte gegründet. Diese deutsche Siedlung war eine ökonomische, rechtliche und kulturelle Leistung, von der Deutsche, Polen und andere im Königreich siedelnde Ethnien profitierten. Zu der Wirtschaftsentwicklung trug die Wanderung von Juden insbesondere auch aus Deutschland bei, wo sie seit dem Ende des 11. Jahrhunderts in immer mehr Städten pogromartiger Verfolgung ausgesetzt waren, während sie in Polen von den Herrschern willkommen geheißen wurden. Insbesondere von dem letzten Piastenkönig Kazimierz III., der Große (Regierungszeit von 1333 bis 1370), wurde die Ansiedlung von Juden gefördert. Der innere Landesausbau konnte jedoch äußere Bedrohungen nicht aufhalten: Die Mongolen fielen nach der Niederrichtung des Großfürstentums Kiew in Polen ein. Die Niederlage eines polnisch-deutschen Heeres unter dem Piastherzog Heinrich II. dem Frommen auf der Walsztatt bei Liegnitz im April 1241 fand in polnischen und in deutschen Geschichtsbüchern Erwähnung. Die Deutsche Bundespost und die Polni-



Gemälde vom Hambacher Fest von 1832 (re.): Teilnehmer schwenken die weiß-rote polnische Fahne und sympathisieren so mit dem Freiheitskampf der Nachbarn. 60 Jahre zuvor war Polen zum ersten Mal geteilt worden (li.).

# Mal Feind, mal Freund

**GESCHICHTE** Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen waren über Jahrhunderte sehr wechselhaft

nur die erste große Auseinandersetzung zwischen der polnischen Krone und dem Ordensstaat dar, dessen Expansionsdrang ein vereintes polnisch-litauisches Heer 1410 in der Schlacht von Grunwald ein Ende setzte. Grunwald/Tannenberg wurde in Polen lange Zeit zum Sinnbild eines dauerhaften deutsch-polnischen Gegensatzes stilisiert, obwohl der Deutsche Orden gar nicht Teil des römisch-deutschen Reiches war. Einen erneuten Krieg mit dem Orden entschied Polen nach 13 Jahren mit dem Zweiten Thorner Frieden (1466) für sich. Es gewann Pommern mit Danzig, das Kulmer und Michellauer Land, Thorn, Elbing und die Marienburg, das so genannte königliche (= polnische) Preußen. Das östliche Preußen mit Königsberg verblieb dem Deutschen Orden als polnisches Lehen. 1525 leistete der für die Reformation gewonnene letzte Hochmeister Albrecht von Brandenburg-Ansbach gegenüber dem polnischen König den Lehenseid und erhielt als weltlicher Herzog das bisherige Deutschordensgebiet, das nunmehrige Herzogtum Preußen, zum Lehen. 1618 fiel es an Brandenburg und musste 1657 im Vertrag von Wehlau von Polen ganz aufgegeben werden. Für die nächsten Jahrhunderte wurde Brandenburg-Preußen dem Königreich Polen zu einer schicksalhaften Herausforderung. Die Entscheidung, nach dem Aussterben der auf die Piasten folgenden Dynastie der Jagiellonen im Mannesstamm (1572) eine Wahlmonarchie einzurichten und den gesamten Adel zur Wahl zuzulassen, führte zur Schwächung der königlichen Macht und beschleunigte die Ausprägung einer extrem adelsrepublikanischen Staatsform. Das seit 1652 respektierte Recht eines jeden Abgeordneten des Adels, mit seinem Einspruch den Reichstag beschlussunfähig zu machen, erleichterte den an einer Schwächung Polens interessierten Nachbarmächten die Einflussnahme. Die Schwäche des Staates, die Stärke der Magnaten und die destruktive Einflussnahme der Nachbarn wurden unter August III. (1733-63) aus dem sächsischen Herrscherhaus der Wettiner so bedrohlich, dass sich im Lande die Überzeugung von der unabhängigen Reform der Adelsrepublik Bahn brach. Die Auseinandersetzungen um Staatsreformen boten Russland und Preußen Gelegenheit zur Einmischung. Zarin Katharina II. ließ sich von der preußischen Diplomatie dazu bewegen, 1771 eine Teilungsvereinbarung mit Preußen zu treffen und 1772 Österreich in diese einzubeziehen. Das innenpolitisch zerrissene und militärisch wehrlose Polen verlor 1772 über ein Viertel seines Staatsgebiets und ein Drit-

tel seiner Bevölkerung an die drei Teilmächte. Die andauernde Bedrohung von außen und der Schock der Teilung setzten Polen unter noch größeren Reformdruck. Ein „Vierjähriger Sejm“ (1788-92) verabschiedete am 3. Mai 1791 die erste geschriebene Verfassung Europas, die einer konstitutionellen Erbmonarchie den Weg ebnete. Katharina die Große unterstützte die Adelsreaktion gegen die Mai-Verfassung und intervenierte mit einer 100.000 Mann starken Armee. Ein preußisch-russischer Teilungsvertrag besiegelte die zweite Teilung Polens 1793. Nach dem Zusammenbruch eines Volksaufstands im Oktober 1794 wurde der kaum noch lebensfähige polnische Rumpfstaat 1795 zum dritten Mal geteilt und Polen verschwand für 123 Jahre von der politischen Landkarte Europas.

**Große Sympathien** Für Polen begann der Aufbruch Europas ins 19. Jahrhundert, das „nationale Zeitalter“, mit der schmerzhaften Erfahrung des Verlustes staatlicher Selbstständigkeit. Nach der kurzzeitigen Wiedergeburt eines Großherzogtums Warschau von Napoleons Gnaden (1807) wurde auf dem Wiener Kongress 1815 ein aus den polnischen Zentralgebieten gebildetes „Königreich Polen“ (Kongresspolen) aus der Taufe gehoben, das auf ewige Zeiten durch eine Personalunion mit Russland verbunden sein sollte. Der russische Zar war jetzt zugleich König von Polen. Die repressive Politik von Zar Nikolaus I. löste in Kongresspolen den Novemberaufstand von 1830/31 aus, der blutig niedergeworfen wurde. In ganz Europa, vor allem aber in Deutschland, hegten weite demokratisch gesinnte Kreise große Sympathien für die Polen. Unzählige Polengedichte und Polenunterstützungsvereine entstanden. Auf dem Weg in die Emigration nach Frankreich wurden zehntausende Polen in Mittel- und Südwestdeutschland freundlich empfangen. Das Hambacher Fest im Frühjahr 1832 wurde zum Sinnbild einer kurzzeitigen „Polenbegeisterung“. Als nach 1848 die Bildung eines deutschen Nationalstaats zum Ideal großer Teile der liberalen Eliten wurde, ging die propolnische Orientierung in Deutschland verloren, da sich nun polnische und deutsche Nationalidee mit gegenseitigen Gebietsansprüchen unvereinbar gegenüberstanden. Nach der kleindeutschen Einigung 1871 verstärkte sich der Druck auf die polnischen Bürger im preußischen Teilungsgebiet Polens, der seinen stärksten Ausdruck im Kulturkampf der Behörden gegen die Polen und Katholiken sowie in dem Versuch fand, den polnischen Anteil in der „Provinz Posen“ durch Ansiedlung von Deutschen zurückzudrängen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts gab es an staatlichen Schulen in

Preußen praktisch keinen polnischsprachigen Schulunterricht mehr. Ein anderes Element der Entwicklung im deutsch-polnischen Verhältnis war die starke Migration von Polen aus allen polnischen Teilungsgebieten nach Oberschlesien und in das

Ruhrgebiet. So war das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen am Ende des 19. Jahrhunderts von gegensätzlichen Tendenzen gekennzeichnet: von intensiven Transfers und Verflechtungen und von einer antipolnischen Repressionspolitik. Auf Unterstüt-

zung aus Deutschland für seine Freiheits- und Unabhängigkeitsbestrebungen konnte Polen jedenfalls nicht hoffen. Die staatliche Wiedergeburt erfolgte erst nach der Niederlage der drei Kaiserreiche im November 1918.

Dieter Bingen

Anzeige



**Deutschlandforschertagung 2014:**  
Was bleibt von der Mauer? Deutsche und europäische Dimensionen  
Weimar, 30. Oktober bis 1. November 2014

*Call for Papers*  
(für insg. 18 Tagungspräsentationen)

Vom 30. Oktober bis 1. November 2014 veranstaltet die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb in Kooperation mit der Akademie Rosenhof e. V. Weimar, der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, der Union Stiftung Saarbrücken, dem Trägerwerk Soziale Dienste sowie in Verbindung mit Deutschland Archiv Online in Weimar die Deutschlandforschertagung 2014 zum Thema

„Was bleibt von der Mauer? Deutsche und europäische Dimensionen“.

Auf der Tagung, die sich gleichermaßen an die Fachwissenschaft (Historiker, Politik-, Wirtschafts-, und Sozialwissenschaftler, Juristen, Völkerrechtler, Theologen) sowie an Studierende und die allgemein Öffentlichkeit richtet, soll verschiedenen Leitfragen nachgegangen werden: Wie gestaltete sich das Leben mit der Mauer in Ost und West? An welchen Stellen, in welchen Bereichen war die Mauer durchlässig? Welche Kontakte waren trotz oder sogar wegen der Mauer möglich? Wo lebt sie noch heute fort? Wo sind die Folgen der 40-jährigen deutschen Teilung heute noch spürbar? Welche (europäischen) Perspektiven eröffnen sich durch diese Fragestellungen für die Gegenwart und die Zukunft? Hat die (überwundene?) Teilung noch Relevanz für die nachgewachsenen Generationen?

Ein Kernstück der Tagung ist der Austausch in drei thematischen Sektionen:

- I. Herrschaft und Widerstand gegen die Mauer
- II. Gesellschaft und Mauer, damals und heute
- III. Kultur und Sport im Schatten der Mauer

Für diese Sektionen sind insbesondere Nachwuchswissenschaftler(innen) und Doktorand(inn)en der Geschichts- und Politikwissenschaften aufgefordert, ihre Forschungsergebnisse einem breiteren (Fach)Publikum vorzustellen. In jeder Sektion können sechs Beiträge (maximal 30 Minuten) präsentiert und diskutiert werden.

Beitragsvorschläge (zusammen mit kurzen Angaben zum akademischen Werdegang) werden bis zum 15. August 2014 als ein- bis zweiseitiges Exposé erbeten an:

Prof. Dr. Dr. Heiner Timmermann  
Akademie Rosenhof e. V.  
Schwanenseestr. 101  
99427 Weimar  
Email: profstim@web.de  
Tel. 0173/5683547  
Fax: 03643/770824

Kontakt bpb: magdalena.langholz@bpb.de



1794 blieb von Polen nur noch ein Rumpfstaat. Ein Jahr später verschwand das Land ganz von der Landkarte Europas.

sche Post widmeten dem Ereignis anlässlich seiner 750. Wiederkehr 1991 eine gemeinsame Briefmarke. Das piastisch regierte Schlesien schied 1339/53 aus dem polnischen Staatsverband aus und wurde als Teil Böhmens mittelbar Bestandteil des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation.

**Expansiver Ritterorden** Eine weitere Bedrohung Polens kam aus dem Norden: Verheerende Einfälle der heidnischen Pruzen veranlassten Herzog Konrad I. von Masowien zu einem Hilferuf an den 1198 im Heiligen Land gegründeten Deutschen Ritterorden. Dem versprach er 1230 das Kulmer Land. Ursprünglich zum Kampf gegen die Heiden gerufen, wuchs der Orden zu einem souveränen Militärstaat und zu einem zivilisatorischen Faktor im Landesausbau heran. Von den piastischen Fürsten wurde er als eine Gefahr für die nördlichen Provinzen Polens wahrgenommen. So stellte die vertragswidrige Besetzung Pommerns mit Danzig durch den Orden (1308)

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

**AUFGEKEHRT**

**Gefahr aus der Chipstüte**

Chipsessen ist ungesund und macht dick, das ist bekannt. Trotzdem greifen viele beim Fußballgucken oder Tatort schauen beherzt in die Tüte. Doch Achtung, in Zukunft könnten noch weitere Gefahren von den frittierten Kartoffelscheiben ausgehen – oder besser gesagt von deren Verpackung: Mit Hilfe von Chipstüten, das haben US-amerikanische Forscher herausgefunden, kann man nämlich ganz einfach Gespräche abhören. Was wie aus einem James-Bond-Film klingt, funktioniert tatsächlich: Trällert beispielsweise jemand in einem Raum ein Lied, vibriert eine achttausendstel Millimeter dicke Chipstüte automatisch mit. Filmt eine schlichte Handykamera, etwa durch eine Scheibe hindurch, die schwingende Hülle, ist es möglich, den Gesang anschließend zu rekonstruieren. Böswillige könnten aber auch einfach die Kameras unserer Smartphones, Laptops oder Tablets hacken – und schon würden sie hören, wie Sie zu Hause mal wieder über Simone Thomalla lästern oder über das Urteil von Bernie Ecclestone denken. Das Ganze funktioniert wohl ebenso im Freien und außerdem auch mit Alufolie, Pflanzen oder einem Glas Wasser. Unsere Privatsphäre zu wahren wird in Zukunft also noch schwieriger als bisher. Wer etwas zu verbergen hat, sollte, wenn NSA und Co. das Verfahren erst mal entdecken, einen ausgeprägten Putzimmel entwickeln, einen weiten Bogen um Knabbergebäck machen, Parks, Zimmerpflanzen und sonstiges Grün meiden, nichts trinken und nicht duschen oder baden. Wem das auf Dauer zu anstrengend wird, der kann es ja mal mit Schweigen probieren. Das ist garantiert abhörsicher und – gemäß der Devise „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold“ – ohnehin manchmal besser.

Johanna Metz |

**VOR 60 JAHREN ...**

**Flucht nach Osten**

**21. August 1954: CDU-Abgeordneter setzt sich in die DDR ab.** „Schon wieder einer nach Osten getümt“, lautete die Schlagzeile im August 1954. Es waren erst wenige Wochen vergangen, nachdem der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Otto John, unter ungeklärten Umständen in Ost-Berlin aufgetaucht war, als ein anderer bekannter West-Deutscher in der DDR ankam. Am 21. August 1954 gab das DDR-Innenministerium bekannt, dass der Bundestagsabgeordnete Karlfranz Schmidt-Wittmack am Asyl gebeten habe. Schnell wurde klar: Der CDU-Politiker hatte für die Stasi spioniert.



Der Abgeordnete Karlfranz Schmidt-Wittmack (CDU)

Schmidt-Wittmack zog erst 1953 in den Bundestag ein, seine Geheimdienstkariere begann aber wohl schon 1948, als er für die Parteiaufklärung der KPD/SED tätig wurde. Wie wertvoll er für Ost-Berlin war, ist nicht eindeutig geklärt. In seinen Memoiren nannte allerdings DDR-Spionagechef Markus Wolf Schmidt-Wittmacks „Informationen über geheime Ausschusssitzungen“ – er war Mitglied im Ausschuss für Fragen der europäischen Sicherheit und im Ausschuss für gesamtdeutsche und Berliner Fragen – „von unschätzbarem Wert“. Laut Wolf hatte Schmidt-Wittmack nie eine Flucht in die DDR geplant. Nur durch das Vortäuschen einer bevorstehenden Verhaftung sei es gelungen, Schmidt-Wittmack samt Familie zu Propagandazwecken gen Osten zu lotsen. Auf einer Pressekonferenz kritisierte dieser am 26. August Kanzler Konrad Adenauer (CDU) für dessen „autoritativen“ Politikstil und die Forcierung der Wiederbewaffnung.

Benjamin Stahl |



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

**ORTSTERMIN: BEIM MAUERDENKMAL DER DANZIGER WERFT**



Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) enthüllte 2009 neben dem Reichstagsgebäude ein Stück der Backsteinmauer der Danziger Werft. Es erinnert an die Bedeutung Polens für das Ende der deutschen Teilung und ein vereintes Europa.

**Symbol für Demokratie und Freiheit**

Etwas verloren wirkt das rötliche, etwa drei Meter hohe Stück Backsteinmauer im Schatten des Reichstagsgebäudes. Aufgestellt direkt an der nordöstlichen Ecke des Parlamentsbaus gehört es nicht zu den auffälligsten und sichtbarsten Erinnerungsorten der Hauptstadt. Doch immer wieder zieht es Touristen vom Spreepfer herüber zu dem Mauerstück. Einige Passanten eher durch Zufall, weil sie den in der Nähe stehenden Polizisten nach dem Weg zum Besuchereingang des Bundestags fragen, andere aus Neugier. So zum Beispiel Roland und Melanie Fleischer. „Mir ist das merkwürdig vorgekommen. Ein Stück der Berliner Mauer kann es ja nicht sein. Die war ja aus grauem Beton“, sagte der Familienvater. Dem Ehepaar aus Frankfurt am Main fiel das Backsteinwerk auf, als es mit seinen beiden Töchtern auf dem Weg zu einem Besuch der Reichstagskuppel war. Und in der Tat: Das Mauerstück stand ursprünglich nicht in der deutschen Hauptstadt, sondern auf dem Gelände der Danziger Werft in Polen.

Über diese unscheinbare Werftmauer soll am 14. August 1980 der spätere polnische Staatspräsident und Friedens-

nobelpreisträger Lech Walesa geklettert sein, um die Führung der streikenden Werftarbeiter zu übernehmen – und Geschichte zu schreiben. Es folgte die Gründung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarnosc“, die in Polen und in den anderen ost- und mitteleuropäischen Ländern die Bevölkerungen dazu inspirierte, die kommunistischen Regime herauszufordern. Was mit dem Fall der Berliner Mauer, der sich in diesem Jahr zum 25. Mal jährt, und dem Untergang des Sowjetreiches glücklich endete, fing mit dem Klettern über eine Mauer in Danzig an. Eben in jener Stadt, in der vor 75 Jahren die ersten Schüsse des Zweiten Weltkrieges fielen. Der Sejm, das polnische Parlament, schenkte 2009 dem Deutschen Bundestag das bedeutungsvolle Mauerstück. Bei der Übergabe am 17. Juni desselben Jahres erinnerte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) daher auch daran, dass es in der Nähe dieser Mauer in Danzig war, wo der „Kampf für die Demokratie“ im kommunistischen Teil Europas begonnen hatte. Eine bronzene Gedenktafel an dem Bauwerk würdigt folglich „den Beitrag Polens zur

Wiedervereinigung Deutschlands und für ein politisch geeintes Europa“. Die unmittelbare Nähe des Danziger Mauerstücks zum einstigen Verlauf der Berliner Mauer weckt auch bei Besuchern aus dem Ausland Erinnerungen. Philip Osanic aus Kanada hielt das Mauerstück zunächst für einen Teil der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze. Doch der Verweis auf „Solidarnosc“ brachte ihn schnell auf die richtige Spur. „Wir haben die Ereignisse in Polen damals intensiv in den Nachrichten verfolgt“, sagte Osanic. Gemeinsam mit seinem Vater Brian und Sohn Nicolas ist er gerade auf Reise quer durch Europa. Die Umwälzungen in Deutschlands östlichen Nachbarland seien damals auf große Resonanz in Kanada getroffen. „Bei uns gibt es viele polnisch-stämmige Einwohner“, berichtete Osanic. Die vergleichsweise bescheidene Präsentation der Mauer am Spreepfer stößt indes nicht bei allen Passanten auf Zustimmung: „Das ist ein wichtiges Stück Geschichte“, sagte etwa Frank Streicher aus Freiburg im Breisgau. „Das sollte zentraler dargestellt werden.“

Sören Christian Reimer |

**LESERPOST**

**Zur Ausgabe 27 vom 30.6.2014, Beilage in Leichter Sprache:**

Ich finde es großartig, dass Sie sich für die Herausgabe einer Beilage in einfacher Sprache entschieden haben. So etwas sollte es für jede Zeitung und Zeitschrift geben. Und wie Sie es in Ihrem Editorial schon andeuten: Es wird viele Menschen geben, denen diese Beilage auch dann nützlich sein kann, wenn sie die komplexeren Texte verstehen. Das ist ein Schritt in die Zukunft und ein starkes Zeichen dafür, dass die UN-Behindertenrechtskonvention nicht nur ein theoretisches Papier ist, sondern auch in die Praxis umgesetzt werden kann und muss.

Ferenc Földesi, per E-Mail

Sie haben das Problem richtig erkannt: Zusammenhängende Texte werden von Millionen Menschen in Deutschland nicht verstanden. Ihr Lösungsversuch kann meiner Meinung nach jedoch nicht zum Erfolg führen, da diese Menschen kaum Zugang zu Ihrer hervorragenden Zeitung haben und wohl auch nicht Abonnent sind. Schade.

Claus Schramm, per E-Mail

**Zur Ausgabe 28-30 vom 7.7.2014, Dokumentation der Gedenkstunde zu 100 Jahre Erster Weltkrieg:**

„Europa gedenkt der Kriegsoffer“, so war in den letzten Tagen immer in den Tageszeitungen zu lesen. Gemeint waren die Opfer des Ersten Weltkrieges. Die Printmedien waren voll davon, das Fernsehen hatte viele Sendungen zu diesem Thema. Letztendlich befassete sich auch der Deutsche Bundestag in einer Gedenkstunde am 3. Juli damit. In der Rede des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert (CDU) wurde die Tragödie dieses Krieges angeschnitten, der mit 17 Millionen Toten und vielen Verkrüppelten viel Kummer

und Leid verbreitete. Doch was haben wir, die Enkel und Urenkel, aus dieser Sinnlosigkeit gelernt? In der Zwischenzeit zwischen damals und heute hat sich in Europa ein weiterer und nicht weniger grausamer Krieg abgespielt. Die Zahl der Kriegsoffer wird hier mit 55 bis 60 Millionen angegeben. Und nochmal: Was haben wir, die vom Bundestagspräsidenten in seiner Rede genannten Enkel und Urenkel, daraus gelernt? Nicht viel, wenn man das Handeln heutiger Regierungen und auch diverser Kriegsgewinnler betrachtet. In seiner Rede zitierte der deutsch-französische Publizist Alfred Grosser Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) mit den Worten, „dass es (...) keinen weiteren Krieg auf europäischen Boden geben könne, weil

die wirtschaftlichen Verflechtungen einfach zu groß seien“. Schön für die Bürger Europas, schlecht für die Rüstungsindustrie. Doch man ist erfinderisch, man beliefert Ersatz-Kriegsschauplätze und, wie sich herausstellt, ist das gar keine so schlechte Idee. Kritikern wird entgegengeworfen, dass zum Beispiel in Deutschland 80.000 Arbeitsplätze daran hängen, vom Wachstum mal ganz abgesehen. Wir liefern nur an zuverlässige Staaten, heißt es. 2.000 Leopardpanzer an Saudi Arabien, gepanzerte Fahrzeuge an Algerien, Kleinwaffen an das ehemalige Regime in Libyen und viele andere Staaten. Ob diese Empfänger dort nur eine Drehscheibe sind und die Waffen weiterveräußert werden? Wachstum ist die Devise. Denkbare ist, dass ein Bundeswehrsoldat, wenn er wieder

mal in Sachen Friedensmission unterwegs ist, von einer Kugel aus einem Heckler&Koch-Sturmgeschütz deutscher Produktion getötet wird. Wir wollen es nicht hoffen, aber es könnte sein. Trotz wirtschaftlicher Sanktionen gegen Russland aufgrund der Ukraine-Krise liefert Frankreich zwei Kriegsschiffe an Russland. Wenn nicht, dann sind mehrere Tausend Arbeitsplätze gefährdet. Arbeitsplätze sind das Druckmittel gegenüber Regierungen. Die Liste der Kriege, die im 20. und 21. Jahrhundert weltweit geführt wurden, ist lang und an etlichen von ihnen war die sogenannte Erste Welt beteiligt. Die Opfer werden mit 175 Millionen beziffert. Was haben wir gelernt? Nichts! Also was ist das Restimee aus den geschilderten Bekenntnissen zum Heldengedenken? Nach meinem Empfinden: Heuchelei!

Horst Steinkamp, Wuppertal

**SEITENBLICKE**



**Zur Ausgabe 28-30 vom 7.7.2014, „In Würde alt werden“ auf Seite 1:**

In Ihrer Ausgabe schreiben Sie an verschiedenen Stellen zum Thema Pflegeversicherung von „Pflegefällen“. Gemeint sind dabei wohl die Menschen, die auf pflegerische Hilfe angewiesen sind. Der Gebrauch von Babysprache oder von sogenannten Unwörtern wirft ein bezeichnendes Licht auf die Begegnung mit pflegebedürftigen Menschen in unserer Gesellschaft. Zu Unwörtern in diesem Zusammenhang zählt nach meinem Dafürhalten auch der Begriff „Pflegefall“. Durch diesen Ausdruck werden diese Personen auf ihre Defizite reduziert und zu Hilfspflegern herabgestuft. Die von Ihnen gewählte Überschrift „In Würde alt werden“ und die Bezeichnung „Pflegefall“ beißen sich deshalb.

Engelbert Humm, Bad Merzheim

**PERSONALIA**

**>Karl-Heinz Hansen † Bundestagsabgeordneter 1969–1983, SPD/parteilos**

Am 22. Juli starb Karl-Heinz Hansen im Alter von 87 Jahren. Der Gymnasiallehrer, gebürtig im ostwestfälischen Extertal, trat 1961 der SPD bei und war von 1970 bis 1980 stellvertretender Vorsitzender seiner Partei in Düsseldorf. Hansen, der zu den bekanntesten Kritikern des NATO-Doppelbeschlusses zählte und die Bundesregierung unter Helmut Schmidt zu Beginn der 1980er-Jahre wiederholt kritisierte, wurde Ende 1981 aus der SPD ausgeschlossen. 1982 gründete er zusammen mit dem ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Manfred Coppel die Partei „Demokratische Sozialisten“ und unterstützte später die PDS. Im Bundestag gehörte Hansen zuletzt dem Auswärtigen Ausschuss an.

**>Ludwig Elm Bundestagsabgeordneter 1994-1998, PDS**

Ludwig Elm vollendete am 10. August sein 80. Lebensjahr. Der promovierte Historiker und Hochschullehrer aus Jena sowie Autor zahlreicher Veröffentlichungen zur Neueren Geschichte war von 1952 bis 1989 SED-Mitglied. Von 1971 bis 1981 gehörte er der Volkskammer der DDR an. Im Bundestag arbeitete Elm im Bildungsausschuss mit.

**>Alfred Mechttersheimer Bundestagsabgeordneter 1987-1990, parteilos**

Am 13. August wird Alfred Mechttersheimer 75 Jahre alt. Der Bundeswehroffizier und promovierte Politologe aus Neustadt an der Weinstraße trat 1970 der CSU bei. 1981 wurde er aufgrund seiner Kritik am NATO-Doppelbeschluss aus der Partei ausgeschlossen. Der Verfasser vieler Publikationen zur Sicherheitspolitik, der sich in den 1980er-Jahren in der Friedensbewegung engagierte, war 1987 mit einem Mandat der Grünen-Landesliste Baden-Württemberg in den Bundestag gewählt worden. Dort gehörte Mechttersheimer dem Verteidigungsausschuss an.

**>Uta Würfel Bundestagsabgeordnete 1987-1994, FDP**

Uta Würfel begeht am 19. August ihren 70. Geburtstag. Die Fremdsprachenassistentin trat 1976 der FDP bei, war von 1982 bis 1986 Kreisvorsitzende ihrer Partei in St. Ingbert und stand 1990/91 an der Spitze ihrer Partei im Saarland. Im Bundestag arbeitete die frauenpolitische Sprecherin ihrer Fraktion im Ausschuss für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit mit. 1991 wurde sie stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

**>Bärbel Sothmann Bundestagsabgeordnete 1990-2002, CDU**

Bärbel Sothmann begeht am 20. August ihren 75. Geburtstag. Die Betriebswirtin aus Bad Homburg schloss sich 1972 der CDU an, war von 1980 bis 2002 Mitglied des Kreisvorstands Hochtanaus und von 1996 bis 2000 Vorsitzende der Frauen-Union Hessen. Dem Präsidium der hessischen CDU gehörte sie von 1996 bis 2002 an. Die Direktkandidatin des Wahlkreises Hochtanaus war von 1994 bis 2000 Mitglied im Vorstand der CDU/CSU-Fraktion. Im Bundestag engagierte sich die Christdemokratin überwiegend im Bildungsausschuss.

**>Franz Peter Basten Bundestagsabgeordneter 1994-1998, CDU**

Franz Peter Basten wird am 22. August 70 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus Trier trat 1969 der CDU bei. Basten war von 1981 bis 2002 CDU-Vorsitzender des Kreises Trier-Saarburg und gehörte von 1979 bis 1985 sowie von 1991 bis 1994 dem rheinland-pfälzischen Landtag in Mainz an. Von 1985 bis 1991 amtierte er als Staatssekretär in den rheinland-pfälzischen Landesregierungen unter den christdemokratischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel und Carl-Ludwig Wagner. Im Bundestag gehörte Basten dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union an.

**>Anton Stark Bundestagsabgeordneter 1965-1990, CDU**

Am 23. August vollendet Anton Stark sein 85. Lebensjahr. Der promovierte Jurist und Rechtsanwalt aus dem württembergischen Kirchheim unter Teck schloss sich 1956 der CDU an. Der Direktkandidat der Wahlkreise Nürtingen-Böblingen beziehungsweise Nürtingen arbeitete in allen Wahlperioden im Rechtsausschuss mit, an dessen Spitze er 1983/84 stand. Von 1969 bis 1976 gehörte er dem Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an.

bmh |

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 25. August.

leicht  
erklärt!

# Überfall auf Polen

## Der Beginn vom 2. Welt-Krieg



### Polen und Deutschland - Eine wechselhafte Beziehung

Deutschland und Polen sind Länder. Sie liegen neben-einander. Deshalb hatten die beiden Länder oft miteinander zu tun.



Deutschland und Polen gehören heute beide zur Europäischen Union. Die Europäische Union ist eine Gruppe von Staaten.

Die Staaten möchten gemeinsam etwas erreichen. Deshalb arbeiten sie zusammen.

Das ist etwas Besonderes. Denn: Die beiden Länder haben auch schon viel miteinander erlebt.



Das waren auch viele gute Dinge. Zum Beispiel: Das Ende von der Sowjet-Union. Und der Aufbau danach. Dabei hat Deutschland gut mit Polen zusammen gearbeitet.

Das war vor 25 Jahren.



Es sind aber auch viele schlechte Dinge passiert.

Ein schlimmes Ereignis war vor allem:

Deutsche Soldaten haben Polen überfallen.

Und das am 1. September 1939. Also vor 75 Jahren.

Der Überfall war der Beginn von einem Krieg.

An diesem Krieg waren immer mehr Länder beteiligt.

Und das im Laufe der Zeit.

Er wurde dann zu einem Welt-Krieg. Und zwar zum 2. Welt-Krieg.

### Wie kam es dazu?

Deutschland wurde damals von einer Partei regiert.

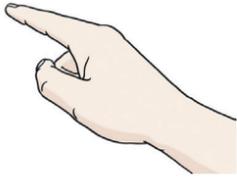
Das waren die National-Sozialisten. Die National-Sozialisten wollten andere Länder erobern.

Deshalb haben sie Krieg geführt.



### Deutschland stellt Forderungen an Polen

Die Regierung von Deutschland stellte erst Forderungen an Polen. Und zwar vor dem Überfall. Das machte sie schon im Jahr 1938.



1. Die Stadt Danzig sollte zu Deutschland gehören. Danzig lag zwischen Deutschland und Polen. Danzig war eine freie Stadt. Das heißt: Sie gehörte nicht zu Deutschland. Und sie gehörte nicht zu Polen. Das war so entschieden worden. Und zwar nach dem 1. Welt-Krieg.

2. Man wollte eine Straße nach Ost-Preußen bauen. Ost-Preußen war eine Region von Deutschland. Zwischen Ost-Preußen und dem Rest von Deutschland lag aber ein Stück Polen. Hier wollte die Nazi-Regierung eine Straße. Und eine Zug-Strecke.

Die polnische Regierung war aber gegen die Forderungen. Sie wollte etwas verhindern. Und zwar, dass Deutschland mehr Macht bekommt. Polen fühlten sich von Deutschland bedroht.



### Lange geplant und vorbereitet

Dazu hatten die Polen auch Grund. Die National-Sozialisten wollten Polen erobern. Wenn es sein musste, auch in einem Krieg.

Adolf Hitler war der Anführer von den National-Sozialisten. Hitler hat den Krieg mit Polen vorbereitet. Die deutsche Armee hieß „Wehr-Macht“.



Die Chefs von der Wehr-Macht sollten einen Plan überlegen. In diesem Plan sollte stehen: Wie kann man Polen erobern?

Und im Mai 1939 verriet Hitler der Wehrmacht: Eigentlich geht es um mehr als Danzig. Hitler wollte mehr „Lebens-Raum“ für die Deutschen. Deshalb wollte er Gebiete im Osten erobern.

Auch die anderen Menschen in Deutschland wurden „vorbereitet“. Die National-Sozialisten erzählten ihnen Lügen. Sie haben behauptet: Die Polen haben Dinge gemacht, die verboten sind.



Zum Beispiel: Polnische Soldaten sind einfach nach Deutschland gekommen. Und sie haben dort Deutsche verletzt oder ermordet.

Diese Lügen standen auch in Zeitungen. Oder es wurde im Radio darüber berichtet. Deshalb dachten viele Deutsche: Eine Strafe für Polen ist gerecht.



### Der Überfall

Die Polen ahnten deshalb schon: Bald wird etwas passieren. Trotzdem wurden sie überrascht. Und das von deutschen Soldaten.

Sie überfielen Polen. Und zwar am 1. September 1939. Ganz früh am Morgen. Die deutschen Soldaten haben dann viele Teile von Polen erobert.

Sie waren dabei meistens sehr grausam. Und das gegen die polnischen Menschen.



Wie haben die Deutschen das begründet?



Es wurde behauptet:  
Polnische Soldaten haben am Abend angegriffen.

Und zwar einen deutschen Radio-Sender.

Das war aber eine Lüge.

Es waren deutsche Soldaten.

Sie hatten sich als Polen verkleidet.

### Auch Russland greift Polen an

Deutschland hat Polen angegriffen.  
Und das im Westen.

Polen wurde auch von Osten aus angegriffen.

Nämlich von der russischen Armee.  
Und das ab dem 17. September 1939.



Die deutsche und die russische Regierung hatten das abgesprochen.

Und zwar vor den Angriffen.

Und sie hatten abgesprochen:

Wie wird Polen aufgeteilt?

Und sie haben sich versichert:

Wir bleiben friedlich zueinander.

### Ein Freundschafts-Vertrag

Deutschland und Russland haben dann noch einen Vertrag miteinander abgeschlossen.

Und zwar, als sie Polen erobert hatten.

Das war am 28. September 1939.

In dem Vertrag wurde geklärt:

1. Welche Gebiete gehören jetzt zu Deutschland?

Das war der Westen von Polen.

Die Mitte von Polen wurde „General-Gouvernement“ genannt.

Das General-Gouvernement wurde von Deutschland verwaltet.

2. Und welche Gebiete gehören jetzt zu Russland?

Russland bekam den Osten von Polen.  
Polen war dann kein eigener Staat mehr.



### Sehr schlechte Zeiten für Polen

Die National-Sozialisten haben viele Menschen getötet.

Beim Überfall auf Polen.

Und auch später im Krieg.

Und das aus diesem Grund:

Und sie wollten, dass Deutsche in diesen Ländern leben.

### Die Polen wurden dann sehr schlecht behandelt.

1. Sie wurden zum Arbeiten gezwungen.

In Polen.

Aber auch in Deutschland oder Russland.

Viele von ihnen wurden dorthin verschleppt.

Die Bedingungen waren dabei meistens sehr schlecht.

2. Und den Polen wurde sehr viel weg-genommen.

Zum Beispiel das, was in Fabriken hergestellt wurde.

Oder das, was auf den Feldern gewachsen war.



### Jüdische Polen

Die jüdischen Polen wurden besonders gequält.

Sie wurden gedemütigt.

Und sie wurden später in Wohn-Vierteln zusammen gepfercht.

Das heißt:

Sie mussten auf engem Raum zusammen-leben.

Und sie mussten in dem Wohn-Viertel bleiben.

Diese Wohn-Viertel wurden Ghetto genannt.

Dort gab es sehr wenig zu essen.

Viele Menschen sind deshalb verhungert.

Oder sie wurden krank.

Krankheiten haben sich dort schnell verteilt.

Denn:

Die Leute mussten dort sehr eng zusammen leben.



### Widerstand

Einige Polen haben sich dagegen gewehrt.  
Sie haben also Widerstand geleistet.  
Das war sehr gefährlich.  
Denn:  
Es gab sehr harte Strafen.  
Auch, wenn man nur etwas Kleines gemacht hatte.  
Oft gab es dafür schon die Todes-Strafe.

### Die polnischen Opfer



Viele Polen wurden also durch die Deutschen getötet.  
Die Polen wurden als „minderwertig“ gesehen.  
Genauso, wie alle Menschen aus dem Osten.  
Deshalb gingen die National-Sozialisten mit den Leuten besonders schlecht um.  
Sie glaubten:  
Die Deutschen sind ein besseres Volk.



In Polen gab es die meisten Opfer.  
Und das im Verhältnis zur Bevölkerung-Zahl.  
Es waren zwischen 5 und 6 Millionen Tote.  
Und das im 2. Welt-Krieg.  
Sie starben vor allem durch:

- Massen-Mord
- Hunger
- und Krankheiten

### Nach dem Krieg

Polen musste einen Teil vom Land abgeben.  
Und das an die Sowjet-Union.  
Deshalb sind viele Polen in die anderen Gebiete von Polen gegangen.  
In manchen Gebieten lebten auch viele Deutsche.  
Auch schon vor dem Krieg.  
Die Deutschen verließen die Gebiete dann.  
Sie machten das aus Angst.  
Oder weil sie vertrieben wurden.



Deutschland musste auch deutsche Gebiete abgeben.  
Die Deutschen mussten die Gebiete meist verlassen.  
Denn:  
Die Polen wollten meistens keine Deutschen mehr dort haben.



### „Funk-Stille“

Es gab dann lange keinen Kontakt mehr.  
Und zwar zwischen Deutschland und Polen.  
Das hatte verschiedene Gründe:

- Es waren schlimme Dinge passiert.
- Viele Deutsche mussten ihre Heimat verlassen.  
Das fanden sie ungerecht.  
Sie waren deshalb böse.  
Und das auf Polen.
- Und wegen dem Kalten Krieg  
Kalter Krieg bedeutet:  
Es gibt zwei Gruppen von Ländern.  
Die beiden Gruppen haben etwas gegeneinander.  
Polen und Ost-Deutschland gehörten zur einen Gruppe.  
West-Deutschland gehörte zur anderen Gruppe.  
Das änderte sich nach und nach.  
Aber vor allem ab dem Jahr 1989.  
Dann war der Kalte Krieg zu Ende.  
Und Deutsche und Polen hatten wieder mehr Vertrauen zueinander.



Weitere Informationen in leichter Sprache gibt es unter:  
[www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

### Impressum

Dieser Text wurde in leichte Sprache übersetzt von:



**Nachrichten  
Werk**

[www.nachrichtenwerk.de](http://www.nachrichtenwerk.de)

Die Bilder sind von Stefan Albers, Atelier Fleetinsel, 2013  
©Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e.V.  
Titel-Bild: picture-alliance / dpa